



# ***Neue Zeiten denken***

Beschlüsse  
Juso-Bundeskongress

Berlin  
02. - 04. Juni 2000

# Inhaltsverzeichnis

<b>Neue Zeiten denken</b>	<b>3</b>
<b>Anstoß für eine Erneuerung, Demokratisierung und Öffnung der SPD</b>	<b>19</b>
<b>Rot-Grüne Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen jetzt konstruktiv zu einem Ende bringen</b>	<b>34</b>
<b>Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten</b>	<b>36</b>
<b>Kritik und Perspektiven des "Bündnis für Arbeit"</b>	<b>53</b>
<b>Solidarität mit der Gewerkschaft ÖTV</b>	<b>60</b>
<b>Die Zukunft der Rente solidarisch sichern!</b>	<b>61</b>
<b>Bildungsfinanzierung statt Populismus</b>	<b>65</b>
<b>Chance ergreifen – Wehrpflicht abschaffen</b>	<b>71</b>
<b>IUSY-Festival</b>	<b>78</b>

# Neue Zeiten denken

## *Manifest für die Politik junger SozialistInnen in der SPD*

### **1. Die Sozialdemokratie auf der Suche nach der verlorenen Jugend?**

Bei der Bundestagswahl 1998 hat auch die Mehrheit der jungen Generation grosse Hoffnungen in die neue Bundesregierung gesetzt und zum Regierungswechsel beigetragen. Im ersten Regierungsjahr hat die SPD jedoch erhebliche Einbußen bei JungwählerInnen hinnehmen müssen. Lag die Zustimmung bei der Bundestagswahl noch bei rund 35% (bei allen anderen Altersgruppen war sie höher), so sank sie bei der Europawahl auf 23%. Gerade die jüngste WählerInnengruppe geht auf kritische Distanz zur SPD. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein lag die SPD im Bereich der 18-24jährigen - trotz CDU-Affäre - nur 2 Prozentpunkte vor der Union und 11 Prozentpunkte unter dem Ergebnis der nächsthöheren Altersgruppe der 25-34jährigen.

Aber auch die Mitgliederentwicklung der SPD gibt Anlaß zum Nachdenken: von den gut 85.000 Mitgliedern im Juso-Alter sind über die Hälfte älter als 30 Jahre. Unter 25 Jahren sind nur knapp 3% aller organisierten SozialdemokratInnen.

Einfache Antworten auf diese Entwicklungen sind kaum möglich. Vielmehr überlagern sich langfristige Trends und ein offensichtlicher Vertrauensverlust der SPD aufgrund der Politik des ersten Regierungsjahres. Diese Entwicklung verbietet für alle Verantwortlichen ein bloßes "weiter so". Unseres Erachtens ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen junger Generation und Sozialdemokratie auf zwei Ebenen zu erörtern.

Zum einen geht es darum, über die politische Praxis der SPD Vertrauen zurückzugewinnen. Für die gesunkene Zustimmung zur SPD trägt die Politik der Bundesregierung die maßgebliche Verantwortung. Zum einen wurden eindeutige Wahlversprechen zur Verbesserung der materiellen Situation vieler Jugendlicher - wie die ausreichende regionale Versorgung mit Ausbildungsplätzen oder die Strukturreform der Ausbildungsförderung - nicht eingelöst. Zum anderen haben die autoritäre Rhetorik ("Zu unserer Politik gibt es keine Alternative") und der allenfalls fragmentarische Kurswechsel dazu beigetragen, dass der SPD nicht mehr die Rolle einer politischen Alternativkraft zugeschrieben wird. Die Regierungsverantwortung muß als Chance verstanden werden, Jugend wieder von der Gestaltungskraft demokratisch legitimierter Politik zu überzeugen. Der durch die Skandale der Jahreswende 1999/2000 vertieften Legitimationskrise der "politischen Klasse" muß durch eine Politik entgegengewirkt werden, die die Interessen der jungen Generation ernst nimmt und vertritt.

Zum anderen geht es um die Mobilisierung der jungen Generation für eine weiterreichende linke Reformperspektive. Diese kann nicht allein durch Regierungshandeln oder gar zentralgesteuerte Kampagnen aus dem Willy-Brandt-Haus hergestellt werden. Die wesentlichen Impulse müssen aus der jungen Generation selber kommen. Hier stellen sich die Fragen nach dem Kern eines neuen Projektes und den zukünftigen politischen Organisationsformen. Eines ist aber klar: das langfristige Schicksal der Sozialdemokratie ist eng verbunden mit der Herausforderung, in der jungen Generation eine mate-

rielle und politische Spaltung in GewinnerInnen und VerliererInnen der gesellschaftlichen Umbruchentwicklung zu verhindern. Wir brauchen neue Solidarität in neuen Zeiten.

## **2. Jugend 2000**

Die öffentliche Debatte über das Selbstverständnis der jeweils jungen Generation ist ausschnitthaft. Sie beschränkt sich zumeist auf spektakuläre kulturelle Ausdrucksformen oder Problemphänomene wie Drogenkonsum und Gewalt. Auch die gegenwärtige Selbst-Inszenierung einer "Generation Berlin" oder "Generation Golf" bleibt auf die Befindlichkeiten einer postmodernen, akademischen Jung-Elite reduziert. Eine differenzierte Analyse der Interessen- und Problemlagen der jungen Generation findet so gut wie gar nicht statt.

Dass es "die Jugend" nicht gibt, ist eine Binsenweisheit. Zu unterschiedlich sind soziale Lagen oder auch regionale und kulturelle Identitäten. Was die junge Generation heute eint ist, dass sie - mit deutlich unterschiedlichen Startchancen - ihr Leben in einer Phase der ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche bewältigen muß.

Die Jugend im Jahr 2000 findet einen gegenüber den ersten Nachkriegsjahrzehnten deutlich veränderten Kapitalismus vor. Der wirtschaftliche Strukturwandel in Richtung Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, die Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses, die informationstechnologische Revolution, die "innere Landnahme" von Freizeitwelten durch kommerzielle Angebote prägen die junge Generation und bringen neue Chancen, aber auch neue Formen der Unsicherheit und - unter den Vorzeichen einer wirtschaftsliberalen Politik - auch soziale Spaltungen hervor.

Wesentlicher Kern des neuen Vergesellschaftungsmodus ist der Formwandel der Ware Arbeitskraft. Die zukünftige Arbeitsgesellschaft wird u.a. geprägt durch die massenhafte Verbreiterung der neuen Informationstechnologien. Neue Wertschöpfungsstrukturen und Arbeitsrealitäten werden von der jungen Generation unmittelbar aufgebaut und gestaltet. Wer heute einen Beruf erlernt und in das Erwerbsleben einsteigt, kann sich immer weniger sicher sein, diesen das ganze Leben lang auszuüben. Vielfach wechseln sich unterschiedliche Formen von Erwerbsarbeit ab. Die Anforderungen an Eigenverantwortlichkeit, an zeitliche und räumliche Flexibilität und kontinuierliche Weiterentwicklung der beruflichen Kompetenzen steigen. Zentral wird die Fähigkeit zur Selbstorganisation. Zwar gilt dies längst nicht für alle jungen Erwerbstätigen. Dennoch wird der Umbruch als historisch neue Situation wahrgenommen, die sich tendenziell verallgemeinert. Hinzu kommt: diese neuen Formen der Erwerbsarbeit werden subjektiv nicht ausschließlich als Problem, sondern auch als Steigerung der individuellen Flexibilitätsspielräume, Herauslösung aus tradierten Zwängen und damit als qualitativ neue Stufe der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit angesehen. Die in den flexiblen Kapitalismus hineinwachsende Generation ist sich dessen bewußt, dass es auch unter Rot-Grün kein Zurück in das angeblich "goldene Zeitalter" der fordistisch geprägten Nachkriegsgesellschaft geben kann.

Aber auch Alltagsrealität und Lebensweisen sind im Umbruch. Traditionelle soziale Milieus lösen sich auf und zunehmend weniger können die Biographien der Eltern Sicherheit und Orientierung für die eigene Lebensplanung bieten. Durch die informationstechnologische Revolution entstehen neue Formen der Informationsbeschaffung, der Kommunikation und auch der politischen Artikulation. Viele

Jugendliche haben durch PC und Internet subjektiv eine größere Veränderung oder sogar Bereicherung ihres Lebens erfahren, als durch irgendein Gesetz oder eine politische Massenbewegung.

Selbstverständlich sind die Chancen, den eigenen Lebensentwurf zu realisieren, ungleich verteilt. In den 60ern und 70ern hieß es: "Unsere Kinder sollen es einmal besser haben." Wohlfahrtsstaat und Bildungsreform haben den sozialen Raum geöffnet und den Kindern der alten Aufbaugeneration neue Aufstiegschancen ermöglicht. Während in den 80ern noch die Chance für progressive Politik gesehen wurde, an den Resultaten der Bildungsreform, der Individualisierung und der Pluralisierung der Lebensstile anzuknüpfen, hat im gleichen Zeitraum die konservative Politik zu einer Schließung des sozialen Raums, d.h. zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und einer Blockierung gesellschaftlicher Aufstiegschancen geführt. Die Notwendigkeit zur Selbstorganisation verschärft bestehende Chancenungleichheiten. Bildungssystem und Sozialstaat haben diese Entwicklung jedoch noch nicht nachvollzogen. Wer beim beschleunigten Tempo nicht mithalten kann oder will, droht in prekäre Randbereiche der Arbeitsgesellschaft abgedrängt oder ganz abgekoppelt werden.

Jugendliche sind früh konfrontiert mit der Konkurrenz um Bildungszugänge, Arbeitsplätze und individuelle Zukunftschancen. Wer heute 16 Jahre alt ist, kennt keine andere Situation, als dass der monatliche Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt der Arbeit mindestens einen Pegelstand von zwei Millionen angibt. Nach wie vor stehen in vielen Regionen nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Armut wird zu einem wachsenden Problem, das gerade Kinder und Jugendliche betrifft und die persönlichen Entwicklungschancen entscheidend prägt. Je mehr Freizeitaktivitäten kommerzialisiert werden, desto stärker werden vor dem Hintergrund von relativer Armut soziale und Spaltungen vertieft. Auch die Nutzung der modernen Informationstechnologien ("Generation @") bleibt überwiegend Jugendlichen mit ausreichender materieller Absicherung vorbehalten. Auf diese Ungleichheiten hat die Politik bislang keine ausreichenden Antworten gefunden. Während ein Teil der jungen Generation in der Lage ist, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, wird ein anderer Teil zunehmend sozial und kulturell marginalisiert.

Aus dieser sozialen Spaltung der jungen Generation droht auch eine politische Spaltung zu werden. Gerade benachteiligte Jugendlichen fühlen sich (zu Recht) von der Politik im Stich gelassen. Sie wenden sich von den Parteien ab, gehen überwiegend nicht zu Wahlen und vergeben somit ihre Möglichkeit, die Politik in ihrem Interesse zu beeinflussen. Die historische Verantwortung, dieser politischen Spaltung entgegenzutreten liegt vor allem bei der Sozialdemokratie.

Ein wesentlicher Irrglaube liegt u.E. in der Annahme, die junge Generation habe sich mit den herrschenden Verhältnissen abgefunden. Aus der Tatsache, dass linke Gesellschaftsentwürfe heute kritischer hinterfragt werden als in den 70ern, darf nicht der simple Schluß gezogen werden, dass die junge Generation nach rechts gerückt ist. Selbstverständlich haben 16 Jahre neokonservative Politik und die Ideologie des "Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied" ihre Wirkung hinterlassen. Weite Teile der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik sind in diese Richtung geprägt worden. Eine kritische Gegenöffentlichkeit findet kaum noch statt. Gleichzeitig verbergen sich ökonomische und politische Interessen angesichts der geopolitischen Veränderungen und der Konzentration wirtschaftlicher Macht durch neue Akteure z.B. auf den Finanzmärkten hinter einem Schleier der Anonymisierung.

Dennoch gibt es gerade in den modernen Milieus der jungen Generation erhebliche "Fortschrittspotenziale". Steigende Qualifikationsanforderungen in der Erwerbsarbeit, die Herauslösung aus tradierten sozialen Zwängen, der zunehmende Wunsch junger Frauen nach einer qualifizierten Erwerbsbiographie stehen in Widerspruch zu einer neoliberalen und autoritären Politik. Die steigenden Ansprüche an Partizipation, Individualität und die Entfaltung von Kompetenzen können nur im Rahmen einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik realisiert werden. Ebenso ist der Anspruch auf soziale Gerechtigkeit stark ausgeprägt.

Was gegenwärtig jedoch fehlt, ist politischer Druck der jungen Generation auf die Regierung. Die bestehenden Widersprüche werden im sozialen Umfeld diskutiert, aber sie finden kein gesellschaftliches Echo. Dennoch gelingt es immer wieder, zumindest punktuelle Aktivitäten zu entfalten. Die großen Mobilisierungsaktionen der Gewerkschaftsjugend mit vielen Tausend Jugendlichen haben den Konflikt zwischen Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit auf der einen und steigenden Gewinnen auf der anderen Seite in Zentrum gerückt. Die Studierendenproteste in Deutschland vor wenigen Jahren haben den Widerspruch zwischen neuen beruflichen Anforderungen und mangelnder Ressourcenausstattung und Modernisierung des Bildungssystems thematisiert. Die überwiegend von Jugendlichen getragenen Demonstrationen in den USA im Rahmen der WTO-Konferenz waren keine Proteste gegen "die Globalisierung", sondern gegen ihre unsozialen Auswirkungen vor allem für benachteiligte Weltregionen.

Der Linken ist es bislang jedoch nur unzureichend gelungen, diese Potenziale zu nutzen. Die Themen, Rituale und kulturellen Ausdrucksformen der Linken in Deutschland stehen vielfach in Widerspruch zu den Erfahrungen und Lebensweisen der jungen Generation. Eine neue Linke muß die neuen Widersprüche des flexiblen Kapitalismus thematisieren und politische Alternativen entwickeln.

### **3. Zur Debatte um Generationen(un)gerechtigkeit**

Eine große Koalition zwischen Jung-PolitikerInnen nahezu aller Parteien, jungen MedienmacherInnen und der privaten Versicherungswirtschaft thematisiert seit mehreren Jahren die Frage der Generationengerechtigkeit. Die Grundthese lautet, dass die ältere Generation angesichts der demografischen Entwicklung und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf Kosten der jüngeren leben und daher Einschnitte v.a. in das System der sozialen Sicherung erforderlich seien. Vor allem entlang der Rentenfrage soll der bislang gültige Konsens des "Generationenvertrages" zugunsten einer stärkeren Individualisierung und Privatisierung der Alterssicherung aufgekündigt werden.

Auch die rot-grüne Bundesregierung griff auf die Thematisierung der "Generationengerechtigkeit" zurück, um ihr Sparpaket mit einem höheren Sinn zu versehen. Zwei Begriffe tauchen zunehmend wie siamesische Zwillinge auf: "Generationengerechtigkeit" und "Nachhaltigkeit". Beide weisen auf den Grundsatz hin, dass keine Generation auf Kosten der nächsten leben dürfe. Was für den Bereich der Ökologie einigen Sinn macht - so lassen sich verbrauchte natürliche Ressourcen, wenn überhaupt, nur in weitaus längeren Zeiträumen reproduzieren - taugt als Analogie jedoch nicht für die Ökonomie. Die Wirtschaft ist kein Feuchtbioptop.

Entscheidend für die materielle Lage aller Generationen ist das erreichte Niveau des Volkseinkommens. Entscheidend für die materielle Lage der privaten Haushalte - ob jung oder alt - ist die Verteilung dieses Volkseinkommens. Das gegenwärtige Niveau der Reichtumsproduktion basiert auf dem von ehemals und aktuell erwerbstätigen Generationen aufgebauten Realkapitalstock, dem Wissen, der öffentlichen Infrastruktur etc. Der Lebensstandard der Jüngeren ergibt sich demnach aus den Vorleistungen der älteren Generationen. Gegenstand des Generationenvertrages ist es, dass die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Generation auf Basis des jeweils erreichten Wohlstandsniveaus teilhaben kann. Finanziert wird die Alterssicherung aus dem jeweiligen Volkseinkommen der laufenden Periode.

Selbstverständlich wirkt sich die demographische Entwicklung bzw. die Alterung der Gesellschaft auf die Sozialversicherungssysteme aus. Lag der Anteil der über 60jährigen noch 1980 bei 19%, so wird er bis zum Jahr 2030 auf ca. 35% steigen. Dennoch ist auch im Jahr 2030 nicht die entscheidende Frage, wie groß der Anteil an RentnerInnen ist, sondern: Reicht der zu verteilende Kuchen, um allen Generationen einen größeren Wohlstand zu ermöglichen? Zudem ist die demographische Entwicklung kein Naturgesetz. Eine Politik, die mehr Einwanderung ermöglicht und die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert könnte zur Verjüngung der Gesellschaft beitragen.

Auch in der Debatte um die Haushaltspolitik ist das Generationenargument problematisch. Unzweifelhaft belastet eine wachsende Zins-Steuer-Quote kommende Generationen von SteuerzahlerInnen. Allerdings belastet eine Senkung der Staatsquote, die Rücknahme von Investitionen und Sozialausgaben mitnichten nur die ältere Generation. Oft ist das Gegenteil der Fall: die Rücknahme von investiven Ausgaben des Staates in Infrastruktur wirkt sich negativ auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung aus und belastet somit die jüngere Generation. Gerade im Bildungssystem bleiben erforderliche Investitionen und Einstellung von mehr Personal aus - auch dies geht v.a. auf Kosten der Jungen. Auch haben keineswegs nur ältere Erwerbslose unter einer Reduzierung der Sozialleistungen zu leiden. Zudem wird so getan, als würde eine steigende Staatsverschuldung Geld vernichten. Öffentlichen Schulden muß jedoch zwangsläufig privater Reichtum gegenüberstehen. Dieser ist jedoch höchst ungleich verteilt und reproduziert über den Generationenwechsel soziale Ungerechtigkeiten. Mittlerweile werden im Jahr über 400 Mrd. DM vererbt, d.h. von einer Generation an die nächste weitergegeben. Dass jedoch jede/r zweite nichts erbt und nach wie vor erhebliche Ungerechtigkeiten im Hinblick auf die soziale Herkunft existieren, gehört auch zur Realität der Generationengerechtigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ohne Zweifel eine Gerechtigkeitslücke. Diese ist aber eine interpersonelle und keine intergenerationelle. Mit anderen Worten: der Konflikt zwischen arm und reich, d.h. die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die hohe Massenarbeitslosigkeit sind die eigentlichen Probleme. Die stärkere Einbeziehung von Kapitaleinkommen in die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung und die Finanzierung der Sozialversicherungen wäre ein Beitrag auch zur Herstellung von Generationengerechtigkeit.

Insofern verschleiert die Debatte um Generationengerechtigkeit die eigentliche Probleme mehr, als sie gelöst werden. Es ist bezeichnend dass die wenigsten, die sich als Interessenverteter der jungen Generation profilieren, sich darum kümmern, welche aktuellen Chancen die jüngere Generation hat. Im Mittelpunkt müßten dann Kinder- und Jugendarmut, der Lehrstellenmangel, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, der schlechte Zustand der Bildungseinrichtungen, die rückständige Modernisierung der

beruflichen Ausbildung, die geringe Ausbildungsförderung, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Unmöglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Karriere, kurzum: die unzureichenden Chancen der Realisierung individueller Lebensentwürfe stehen.

Die Debatte um Generationengerechtigkeit trägt vor allem dazu bei, die junge Generation zu spalten. Während privilegierte Jugendliche gegen den Sozialstaat mobilisiert werden, bleiben benachteiligte Jugendliche sich selber überlassen. Wenn die Linke sich auf diese Debatte einläßt, tappt sie in die Falle der Wirtschaftsliberalen, deren strategisches Kalkül in der Zerschlagung des Sozialstaats über den Generationenwechsel liegt.

#### **4. Unsere Alternative: Sozialismus der nächsten Generation**

Der Kampf um die Köpfe und damit auch die Zukunftsfähigkeit der Linken entscheidet sich über den Generationenwechsel entlang der Sozialstaatsfrage gerade in den modernen ArbeitnehmerInnenmilieus. Entweder es gelingt, die neuen Arbeits- und Lebensrealitäten zum Ausgangspunkt für ein modernes linkes Gesellschaftsprojekt zu machen, oder die individuelle Flucht aus dem Wohlfahrtsstaat wird zunehmen. Die strategische Herausforderung für die Zukunft linker Politik besteht darin, der sich entlang der Sozialstaatsfrage vollziehenden Spaltung der jungen Generation gemeinsame Anknüpfungspunkte für eine solidarische und emanzipatorische Politik entgegenzustellen. Ein von der jungen Generation zu tragendes Emanzipationsprojekt müßte die erfahrbaren Widersprüche zwischen Ansprüchen auf der einen und die blockierten Realisierungschancen auf der anderen Seite thematisieren. Im Zentrum einer solchen Erneuerung muß der Anspruch auf individuelle Emanzipation und Partizipation stehen.

Strategisch geht es in diesem Zusammenhang für uns Jusos um zwei miteinander zu verzahnende Zielsetzungen:

Erstens geht es darum, der sozialen Spaltung der jungen Generation entgegenzutreten. Es gilt, die Interessen der "ModernisierungsverliererInnen" konsequent zu vertreten und eine Verbesserung ihrer Zukunftschancen zu erkämpfen. Nur dann, wenn ihre materielle Absicherung ausreichend ist und sie eine gestaltbare berufliche Zukunft haben, werden die meisten von ihnen überhaupt wieder eine positive Bezugnahme auf Politik vornehmen.

Zweitens müssen wir die strategische Herausforderung angehen, in der jungen Generation einen "Fortschrittsblock" zu organisieren. Wir müssen daran arbeiten, die fortschrittlichen Potenziale in der gesellschaftlichen (!) Mitte, d.h. vor allem die modernen ArbeitnehmerInnenmilieus für linke Politik der Zukunft zu gewinnen. Ihre Interessen und Ansprüche aufzugreifen, heißt nicht, die benachteiligten Teile der Gesellschaft zu ignorieren. Im Gegenteil: nur ein breites gesellschaftliches Bündnis ist in der Lage, die fortschrittliche Politik durchzusetzen. Auch der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit war nur als historisches Bündnis zwischen ArbeiterInnen und gesellschaftlichen Mittelschichten denkbar.

Wir setzen auf eine Politik für Zukunftschancen der jungen Generation und nicht auf einen Generationenkonflikt "alt gegen jung". Dabei ist uns klar: ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist eine Politik für Zukunftschancen illusionär.



Die Auseinandersetzung um den politischen Generationenwechsel ist eine zentrale Machtfrage. Daher ist es auch Aufgabe der Jusos, an der Stärkung einer jungen Linken in Politik, Wissenschaft, Medien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Bereichen zu arbeiten, d.h. jetzt die Basis für die hegemonialen Kämpfe der Zukunft zu legen und Schlüsselpositionen zu besetzen.

Wir Jusos können und dürfen nicht nur eine Kopie der vorangegangenen Generationen der Linken sein. Vor allem ist es ein kein Zukunftsmodell, die alten Strömungskämpfe der sozialistischen Linken permanent auf immer niedrigerem Niveau zu reproduzieren und in ritualisierten Binnenaussinandersetzungen Kräfte zu verlieren. Nur dann, wenn es uns gelingt, mit fortschrittlichen Potenzialen in der eigenen Generation in einer "organischen" Verbindung zu stehen, werden wir auch gesellschaftlichen Einfluß haben.

Wir müssen sozialistische Politik im Jahr 2000 neu definieren. Dabei geht es mitnichten darum, alle bisherigen theoretischen Ansätze und Forderungen über Bord zu werfen. Sie müssen aber im Hinblick auf die neuen Realitäten des Kapitalismus kritisch überprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Dies erfordert zum einen Intensivierung der theoretischen und programmatischen Anstrengungen. Zum anderen müssen wir uns öffnen und unsere eigene Generation in die Debatte einbeziehen. Wir wollen eine Diskussion darüber führen, wie wir als junge Generation eigentlich in Zukunft arbeiten, leben und wirtschaften wollen. Wir werden diese Diskussion auf folgenden Leitbildern aufbauen:

1. Das eigene Leben gestalten: Ein gesellschaftliches Freiheitsverständnis, das sich nicht auf 24-Stunden-Banking und Privatversicherung reduziert, erkennt plurale und wechselnde Lebensformen an. Das Leitbild der "selbstbestimmten Lebensführung" steht für die Einlösung der in die Individualisierungstendenzen gesetzten Hoffnungen - und zwar für beide Geschlechter. Hierzu muß der Tatsache Rechnung getragen werden, dass bisherige Erwerbsbiographien, Lebensweisen und Familienstrukturen diesem Anspruch Grenzen setzen. Es geht vor allem um die Ausweitung der Vielfalt an verlässlichen Wahlmöglichkeiten, sein eigenes Leben zu organisieren. Hierzu gehört zunächst eine ausreichende finanzielle Absicherung.

2. Neues Arbeiten - Kompetenzen für die Zukunft: Der Ohnmacht der jungen Generation gegenüber der Standortlogik muß durch die Stärkung des Selbstbewußtseins als ProduzentInnen begegnet werden. Zu thematisieren ist der Widerspruch zwischen den formalen Rechten von StaatsbürgerInnen und den mangelhaften Rechten als ArbeitnehmerInnen. Es geht einerseits um die Ermöglichung von einklagbaren sozialen Ansprüchen auf verkürzte Arbeitszeiten, temporäre Heimarbeit, Weiterbildung usw. Andererseits geht es um die Stärkung und die Mobilisierung der beruflichen Kompetenzen für die schrittweisen sozialen und ökologischen Umbau der Produktions- und Lebensweise durch die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten bezüglich der Arbeitsorganisation, der Produktion etc.

3. Neues Wirtschaften: Wir wollen keine Welt, in der die einen von Aktiengewinnen leben und die anderen mit Billiglöhnen abgespeist werden. Die Menschen in den Fabriken, Werkstätten, Büros oder Bildungseinrichtungen arbeiten und erzeugen Werte. Auch das Erziehen von Kindern oder die Pflege von Menschen ist eine Leistung und schafft mehr Wohlstand. In einer gerechten Gesellschaft wird Arbeit und Leistung mehr belohnt, als das Zocken im globalen Casino-Kapitalismus. Die neuen Formen der Verfügung über Aktienkapital erfordern neue Regeln und eine Stärkung der demokratischen

Gestaltung von Wirtschaft. Erforderlich sind mehr Entscheidungsmöglichkeiten darüber, was und wie produziert wird. Unser Verständnis von Innovationsförderung richtet sich danach, welche Produkte und Dienstleistungen Sinn machen und ökologisch verträglich sind. Erforderlich ist ein ökologischer Strukturwandel, der regionale Wirtschaftskreisläufe und eine nachhaltige Entwicklung stärkt. Wir wollen den Gegensatz zwischen staatlicher Bürokratie und profitorientierter Marktwirtschaft überwinden. "Neues Wirtschaften" heißt: wirtschaftliche Initiativen auf lokaler Ebene zu stärken, die auf gesellschaftliche Bedürfnisse ausgerichtet sind.

4 . Bildung für die Zukunft: Ein neuer Anlauf der Bildungsreform muß zunächst das Prinzip der Chancengleichheit realisieren. Neben einer ausreichenden Absicherung gehört die Überwindung anachronistischer selektiver Bildungsstrukturen zu der wesentlichen Herausforderung. Eine Bildungsreform muß auch der Tatsache Rechnung tragen, dass sich die Arbeitsgesellschaft gravierend geändert hat und die Bildungsphase bereits als Gleitflug in die Erwerbsarbeit verstanden wird. Die Bildungslaufbahn muß früher mit der Erwerbsperspektive verzahnt werden und emanzipatorisches Bewußtsein im Produktionsprozeß stärken. Bildung der Zukunft muß die Förderung von Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Solidarität mit einander verbinden. Neue Formen wie das Arbeiten an Projekten und Teamwork oder auch die Ausstattung mit moderner Technologie wollen wir nicht der zufälligen Initiative überlassen, sondern muß Bestandteil eines modernen Bildungssystems werden.

5. Aktivdemokratie und Teilhabe: Wir wollen keine Zuschauer- und Nachplapperdemokratie. Eine Gesellschaft, die kritiklos übernimmt, was so genannte Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien erzählen, basiert nicht auf einer lebendigen Demokratie. Demokratie lebt davon, vorherrschende Strukturen und Argumentation in Frage zu stellen und die eigenen Interessen anzumelden. Wir setzen auf eine Aktiv-Demokratie. Jeder Ort, an dem Menschen zusammenkommen, leben und arbeiten soll auch ein Ort der politischen Willensbildung sein. Demokratie darf nicht auf den bloßen Wahlakt alle paar Jahre reduziert bleiben, sondern muß gesellschaftliches Prinzip sein. Gerade neue Kommunikationsmedien wie das Internet ermöglichen neue Formen der Demokratie. Erforderlich ist daher ein gleichberechtigter Zugang zu den neuen Medien. Erforderlich ist eine Staatsreform, die mit weniger Bürokratie auskommt, aber mehr Transparenz und Teilhabe ermöglicht.

6. Unser Europa: Wir begreifen den weiteren Prozeß der europäischen Einigung als Projekt der politischen Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung. Nur durch die Überwindung von Unterbietungskonkurrenzen und Steuerdumping kann die Grundlage für einen europäischen Wohlfahrtsstaat des 21. Jahrhunderts geschaffen werden. Die EU muß zudem Vorreiter einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik und der Schaffung von Entwicklungsperspektiven für andere Weltregionen sein.

Im Rahmen des vom Juso-Bundesvorstand beschlossenen "Zukunftsprogramms 2000" wollen wir diese Leitbilder mit politisch interessierten Jugendlichen offen diskutieren und unsere Positionen weiterentwickeln. Wir begreifen das "Zukunftsprogramm 2000" bewußt als Diskussionsplattform und nicht als der Weisheit letzter Schluß.

## 5. Unsere Kampagne: Neue Zeiten denken

Mit der im Frühjahr 2000 gestarteten Zukunftskampagne der Jusos tragen wir diesen Überlegungen Rechnung. Wollen wir nicht nur für einzelne Positionen werben, sondern tatsächlich einen Beitrag zur Formierung der jungen Generation leisten, müssen wir die Kampagne offen gestalten und als Kommunikationsplattform auf Basis bestimmter Leitorientierungen begreifen. Unter dem Motto "Neue Zeiten Denken" werden wir ein diskursiven Prozeß über die Zukunftsansprüche unserer Generation anstoßen. Es geht um die Frage, wie wir uns Zukunft arbeiten, wirtschaften und leben wollen.

Im Rahmen der Kampagne formulieren wir folgende Ziele:

- Öffnung unserer Zukunftsdiskussion von links. Wir wollen ausgehend von der Leitfrage "Wir wollen wir in Zukunft arbeiten, leben und wirtschaften?" einen Dialog mit unserer eigenen Generation über die eigenen Ansprüche und die Erwartungen an Politik führen. Die Ergebnisse wollen wir in die anstehende Programmdebatte der SPD einfließen lassen.
- Entwicklung neuer Arbeitsformen. Wir wollen neue Ansätze des politischen Arbeitens jenseits von Sitzungen im SPD-Büro und Satzungsdebatten entwickeln. Es geht darum, interne Strukturen zu straffen und viel stärker dort agieren, wo Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Lebenssituation mit den Widersprüchen unserer Gesellschaft konfrontiert sind.
- Neue Netzwerke aufbauen. Wir wollen in unserem eigenen Lebensumfeld ergänzend zur klassischen Bündnisarbeit Kontakte zu interessanten Personen und Gruppen aufbauen und festigen.
- Generationenformierung. Vor allem geht es uns darum, unsere eigene Generation für linke Politik zu gewinnen und zu mobilisieren. Dabei sollten wir nicht immer den Eindruck vermitteln, dass wir alles besser wissen. Wir müssen uns als Plattform verstehen, die Impulse gibt und Impulse aufnimmt.

Wir werden auf drei Ebenen Diskussionen "von unten" anstoßen:

- ZukunftsEntwürfe. Unser Ideenwettbewerb für Studierende junge WissenschaftlerInnen soll einen Beitrag zur Einbindung junger wissenschaftlicher Kompetenz in die Zukunftsdiskussion leisten.
- Wir machen uns Arbeit. In regionale Innovationsnetzwerken zur zukünftigen Gestaltung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt wollen wir Kräfte für eine Reform der Arbeitsmarktpolitik bündeln.
- Es geht um Dich. In lokalen Ideenwerkstätten in Schulen und Betrieben wollen wir Ansprüche an die Arbeit der Zukunft aufgreifen.

Selbstverständlich kann mit der Kampagne der Jusos nur ein erster Beitrag zur Weiterentwicklung des Verbandes geleistet werden. Vielfach kann es aber - ob auf lokaler oder Bundesebene - gelingen, entscheidende Anstöße zu geben, die neue Ideen und neue Solidaritäten erzeugen. Damit wäre der erste Schritt getan.

Dies werden wir dann natürlich auch in die Programmdebatte der SPD einspeisen.

Die Programmdebatte kann eine Chance sein, den Durchmarsch zu Modernisierer zu stoppen. Wir werden unser Modell der Teilhabegesellschaft gegen ihre elitären Debatten um dritten Weg und neue Mitte setzen und da sich Qualität durchsetzt sehen wir gute Chancen unsere Konzepte zu verankern. Dies wird uns allerdings nur gelingen, wenn wir es schaffen eine Programmdebatte nicht in kleinen Zirkeln zu führen, sondern eine breit angelegte, möglichst regionale Diskussion zu führen. Jusos müssen sich in solche Diskussionen einmischen und sie dort anstoßen, wo sie bisher nicht geführt wird.

Die Jusos aus sich selbst heraus erneuern, die Kampagne umsetzen und sich in die Programmdebatte einmischen und unser Gesellschaftsmodell dort verankern sind die Aufgaben dieses Jahres. Wenn wir sie umsetzen, werden wir nicht nur neue Zeiten denken, wir werden auch an ihnen teilhaben!

### **Strategiedebatte**

Wir Jusos haben die Notwendigkeit einer grundlegenden Strukturdebatte erkannt. 1971 haben die Jusos mit der Doppelstrategie die Grundlage für ihre Entwicklung als schlagkräftiger sozialistischer und feministischer Richtungsverband gelegt. Im Jahr 2000 ist es erforderlich, diese Diskussion neu zu führen, um die beschriebenen veränderten Rahmenbedingungen in unsere politische Strategie zu integrieren. Wir werden diese Diskussion solidarisch und konstruktiv führen. Das Ziel muss sein, im kommenden Jahr eine neue strategische Grundlage für einen erneuerten sozialistisch-feministischen Richtungsverband zu beschließen.

Dem Bundeskongress in Berlin lagen zwei unterschiedliche Ansätze für die künftige Ausgestaltung unseres Verbandes vor. Beide stellen Beiträge für diese Diskussion dar, ohne alle offenen Fragen beantworten zu können. Als solche sind sie zu Beginn der bevorstehenden Diskussion für alle Jusos zu publizieren.

Der Bundesvorstand ist gefordert, auf seiner ersten Sitzung nach diesem Bundeskongress einen gemeinsamen Ablaufplan für diese Strategiedebatte vorzulegen.

### **Weiterer Diskussionsprozeß:**

#### **Sonderausgabe update oder argumente**

Im Rahmen einer Sonderausgabe des update oder der argumente soll der Diskussionsstand nach dem Bundeskongress 2000 dokumentiert und unter Einbeziehung aller vorgetragenen Positionen aufgearbeitet werden.

#### **Problemanalyse**

Wesentliche Voraussetzung für die weitere Strategieentwicklung und die Klärung der Handlungsfähigkeit ist es, einen objektiven Überblick über Themenschwerpunkte, Probleme und Strukturen des gesamten Verbandes zu bekommen. Der Bundesverband wird hierzu unter Beteiligung der Bezirke eine Problemanalyse vornehmen, die alle Ebenen, Regionen und teilautonomen Bereiche einbezieht.

#### **Regionalkonferenzen:**

Um die Strategiedebatte von unten zu führen und eine breite Problemanalyse zu ermöglichen, werden wir Vorbereitungskonferenzen in den Regionen abhalten. Die Ergebnisse werden zur Jahreswende im Bundesausschuß vorgestellt und diskutiert.

#### **Strategie- / Zukunftskongress**

Fortführung der Strategiedebatte; Feststellung eines Zwischenergebnisses; Präsentation der Ergebnisse aus der Zukunftskampagne; Prämierung Ideenwettbewerb „Zukunftsentwürfe“

#### **Bundeskongress 2001**

30 Jahre nach Hannover - Strategiedebatte für das 21. Jahrhundert  
Abschluss durch Beschlussfassung über eine Strategieplattform

## **A6 neu (Stimmungsbild)**

### **Jusos im 21. Jahrhundert: Zwischen Arbeiterliedern und World Wide Web - Captain Future oder Junge Garde des Proletariats?**

Der Massenverband der 70er ist passé. Diese Feststellung ist sicherlich keine Sensation und auch das Horrorszenario, daß die Jusos aus demografischen Gründen in nächster Zeit 50 Prozent ihrer Mitglieder verlieren werden, war schon seit geraumer Zeit absehbar; hatte nicht eben gerade diese Entwicklung dazu geführt, daß Jusos neue Elemente der Jugendsprache wie Kampagnenorientierung und als deren Ausfluß die „Juso-Mitgliedschaft“, in ihr Repertoire aufnahmen? Die Frage ist, wieso es uns dennoch in den letzten Jahren nicht gelungen ist, den Verband auf personell hohem Niveau zu stabilisieren.

Ein wesentlicher Grund liegt darin - und auch dies ist keine neue Erkenntnis -, daß sich die wenigsten Jugendlichen bewußt für einen „Juso-Beitritt“, entscheiden, sondern daß die Entscheidung im wesentlichen von der Performance der SPD und ihrer Glaubwürdigkeit abhängt. Und der zweite Versuch von Münte, Machnig und Co., sich der Zielgruppe Jugend zuzuwenden, wird wiederum kläglich scheitern, wenn damit nicht der Vertrauensverlust Jugendlicher in die Politik wettgemacht werden kann. Hier hat die SPD in den letzten Jahren Potenzial verspielt. Noch 1999 assoziierten 51% der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren „Zukunft“, mit der SPD, dagegen nur 26% mit der CDU. Noch deutlicher ist der Unterschied beim Thema Gerechtigkeit (53% zu 24%) und gerade beim Thema Jugend hatte die SPD einen deutlichen Vorsprung (44% zu 16%) (vgl. Generation Bravo: Schröder rules! Grüne verlieren den Anschluß!, München, Juni 1999).

Relativ kurz nach der Bundestagswahl war festzustellen, dass die mehrheitlich sozialdemokratische Bundesregierung nicht nur "nicht alles anders", sondern auch nicht vieles besser machen wollte. Die anfängliche Euphorie, gerade bei den aktiven Jusos, zerschlug sich schnell - wurden doch die von uns gesetzten zentralen Themen wie Doppelte Staatsbürgerschaft, Atomausstieg und Umlage schnell vom Tisch gewischt. Dass Jusos bei ihrem Eintritt für den Politikwechsel vergessen, bzw. außer Acht gelassen hatten, dass Jugendliche, die unter 16 Jahren konservativer Politik aufgewachsen waren, einen Wechsel an der Spitze der Bundesrepublik zwar generell gut fanden, jedoch keine konkreten Vorstellungen hatten und haben, wie dieser Politikwechsel aussehen soll und vor allem, an welcher Stelle der "Reformstau" nun zuerst beseitigt werden sollte, stellt sich als Problem dar. Eine fehlende politische und gesellschaftliche Alternative der SPD in Zeiten der Opposition und eine sozialdemokratische Regierungspolitik, die anstelle Politik zu gestalten, sich ritualisiert alternativlos und Sachzwängen untergeordnet präsentiert, tragen und trugen dazu bei, dies zu verfestigen.

Die Reaktion darauf ist deutlich: Jugendliche verbinden inzwischen mit dem „Begriff Politik die Landschaft von Parteien, Gremien, parlamentarischen Ritualen, politisch-administrativen Apparaten, der sie [nur noch] wenig Vertrauen entgegenbringen.“ Genau hier müssen Jusos ansetzen, denn „ent-

scheidend ist [...], den Jugendlichen Ressourcen und Unterstützung zu bieten, ihre Zukunft zu meistern,, (Hauptergebnisse der 13. Shell-Jugendstudie).

#### Jusos - Staatsjugend aber nicht staatstragend

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und vor der Herausforderung, die Kernaufgaben für den Verband der "Generation @" zu definieren und zu meistern, muß noch einmal selbstkritisch festgehalten werden, daß die Jusos - und da stehen wir der Partei in nichts nach - zwar auf den Sieg vorbereitet waren, aber nicht auf das Regieren. Eine Diskussion darüber, welche Aufgaben Jusos als Regierungsjugend zu erfüllen haben und wie sie damit umgehen, hat bis heute nicht stattgefunden.

Konnten Jusos sich in 16 Jahren Oppositionszeit in innerverbandlichen Grabenkämpfen ergehen, die sicherlich für außenstehende den Eindruck der Volksfront von Judäa gegen die jüdische Volksfront vermittelten, hatte bis zum Regierungswechsel niemand die durchaus guten Konzepte auf ihre Vermittelbarkeit überprüft bzw. haben Jusos verlernt, ihre Forderungen "runterzubrechen". Dies heißt aber nicht, daß unsere Konzepte nicht an den Lebensrealitäten Jugendlicher ansetzen würden, die Frage ist vielmehr, ob wir im medialen Zeitalter der Informationsflut noch in der Lage sind, Jugendlichen in zwei Sätzen zu erklären, was wir eigentlich wollen. Zum letzten mal gelang uns dies wohl an der Frage der Umlagefinanzierung, denn mit dem Slogan "Wer nicht ausbildet, muß zahlen" konnte nicht nur eine praktische Idee, sondern gleichzeitig auch eine Ideologie vermittelt werden, die zunächst uns selbst und dann auch andere begeisterte.

Damit soll nicht bestritten werden, daß wir an vielen Stellen inhaltlich erheblichen Nachholbedarf haben, so z.B. bei der Frage, wie wir unter dem Leitbild der Teilhabe mit den veränderten Ansprüchen der Menschen an Erwerbsarbeit umgehen, welche Konzepte von Wirtschaftsdemokratie wir der Ausweitung von "mitbestimmungsfreien Zonen" entgegensetzen und vor allem, wie ein emanzipatorisches Bildungskonzept in der Informationsgesellschaft jenseits von Elite-Denken und ökonomischer Verwertbarkeit aussehen soll.

Unseres Erachtens geht es für uns Jusos nun nicht darum, "Mut zum schlanken Verband" zu haben, sondern uns in der Funktion als Regierungsjugend auf unsere Stärken und Kernkompetenzen zu besinnen, diese auszubauen und sinnvoll zu nutzen.

Dazu gehört zum einen, daß wir auf die Erwartungen, die andere (Jugend)Verbände an uns haben und die uns durchaus als Andockstelle und politisch relevanten Akteur betrachten, gerecht werden müssen; hier sind in den letzten Monaten vielfach Chancen vertan worden (z.B. bei der Schily-Frage, Atomausstieg, Doppelte Staatsbürgerschaft, Bafög-Reform, etc.). Das heißt, daß wir an zentralen Themenfeldern öffentlich Akzente setzen müssen, die auch den Rahmen der kritischen Solidarität mit der Regierung sprengen, sich dabei aber nicht in Verbalradikalismus erschöpfen dürfen. Nur so kann es gelingen, Signale zu setzen, die eben andere kritische gesellschaftliche Akteure zum "Aufspringen" ermutigen; wir sollten unser Licht hier nicht unter den Scheffel stellen.

Zum anderen geht es darum, daß sich Jusos auch weiterhin im klassischen Dreiklang "Jugendverband - Parteijugend - sozialistischer und feministischer Richtungsverband" positionieren und diese "Einzigartigkeit im politischen Raum" offensiv vertreten müssen, denn gerade dieser Anspruch ist es, der uns von links-radikalen Sektierern und Ewig-Gestrigen unterscheidet.

Innerhalb der Partei finden sich Jusos in einer Doppelfunktion wieder. Einerseits als Verteidiger klassischer Mitgliederstrukturen und der Rechte der einzelnen Mitglieder gegenüber einer zunehmend

autoritär agierenden Parteiführung, die Parteistrukturen vornehmlich nur noch als Transmissionsriemen des Regierungshandelns begreift. Auf der anderen Seite müssen Jusos als Ideengeber agieren, die immer wieder linkssozialistische Vorstellungen in die Partei einspeisen. Eingetreten werden muss in einem Kompetenzwettbewerb, der die Parteibasis quasi als Schiedsrichter begreift, wenn Jusos SPD-Regierungen offen herausfordern, welches die zukunftsfähigsten, zielgerichtetsten Problemlösungen sind.

Dabei sind Jusos Teil einer, aber nicht ausschließlich Parteilinke. Das heißt, dass Jusos ihre Rolle in der Parteilinken behalten werden, aber sich über linkssozialdemokratische Forderungen hinaus positionieren müssen. Jusos müssen in der Partei die Rolle des inhaltlichen Linksaußen wieder wahrnehmen, ohne sich durch inhaltlich nicht haltbaren Radikalismus ihrer Glaubwürdigkeit zu berauben. Sie müssen das linke Feld eröffnen um den linken Kräften in der Partei wieder mehr Spielraum zu ermöglichen. Es gilt den schmalen Grad zu begehen, der Jusos als linkssozialistischen und feministischen Richtungsverband positioniert und ein ernst zu nehmenden politischem Diskussionspartner bleiben lässt.

Zielgruppe - das eine tun ohne das andere zu lassen

Wie in vielen Papieren schon festgestellt, wird es uns nicht ohne gesellschaftlichen Druck gelingen unsere Forderungen durchzusetzen. Daher werden wir zu einer neuen, verbesserten Form der Bündnisarbeit kommen und uns auch neuen Bündnispartnern zuwenden. Dies ist nicht der einfachste, aber der einzig mögliche Weg.

In der aktuellen Diskussion dreht es sich nun darum, ob wir nun die Peergroups, den erfolgreichen Broker der neuen Mitte ansprechen wollen, oder bei unserem eher klassischen Klientel verbleiben sollten.

Unseres Erachtens ist es sinnvoll, das eine zu tun ohne das andere zu lassen. Natürlich müssen wir die Peergroups, die Trendsetter und Meinungsmacher unserer Generation für uns gewinnen. Ihnen streben ja nicht nur die Teile der Jugendlichen nach, die wir in der neuen Mitte verorten würden, sondern auch die gesellschaftlichen Verlierer sehen in ihnen Vorbilder, die Erfolg haben und denen sie es nachtun wollen.

Das bedeutet aber nicht, dem teilweise in diesem Verband noch sehr ausgeprägten Elitedenken zu erliegen, sondern eine Strategie zu entwickeln, die sowohl den modernen, erfolgreichen und materiell abgesicherten Jugendlichen anspricht, als auch den Bogen zu den sozial schlechter gestellten, bis hin zu den Marginalisierten zu schlagen. Sicher ist dieser letztere Pfad im Moment nicht der ausstrahlungsfähigste, aber sollten wir ihn in unserer Politik nicht mitdenken und mitbehandeln verlieren wir unsere Legitimation und geben Land verloren, das wir nutzen können und auf dem große Potentiale brach liegen.

Trotz aller Schwierigkeiten, die sich bei der Mobilisierung von Marginalisierten ergeben, existiert die Chance, deren kollektiven Widerstand zu organisieren, sofern ihnen Unterstützung durch die Verbände, Vereine, politischen Träger und Bürgerrechtsbewegungen zuteil wird. Viel häufiger als früher werden Proteste sozial marginalisierter Gruppen und ihrer Verbündeten im öffentlichen Raum laut. Neue Akteure haben – neben den klassischen, wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen – die sozialpolitische Arena betreten. Ihre basis- und projektorganisierte Praxis, ihre organisatorische Orientierung an vernetzten Strukturen und ihre Bereitschaft zu Protest und zivilem Ungehorsam rücken sie in die Nähe dessen, was wir von den neuen sozialen Bewegungen kennen.

Mit Altwater ist zu einer Strategie der Regionalisierung plus Demokratisierung plus Aktivierung zivilgesellschaftlicher Akteure in einem umfassenden sozialen Diskurs zu raten, was nur heißen kann, möglichst viele Betroffene einzubinden. Arbeitslose und Arme müssen als politische Subjekte ernstgenommen und durch Selbstorganisation auch hierzulande zu einer sozialen Bewegung werden, wie sie z.B. die Arbeitsloseninitiativen in Frankreich bereits herausgebildet haben.

Gerade weil der Individualisierungsprozess persönliche Schuldzuschreibungen an die Betroffenen begünstigt und strukturelle Zusammenhänge verdunkelt, muss eine übergreifende Sichtweise gefordert und gefördert werden. Sozial- und politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle verdienen angesichts um sich greifender Theoriefeindlichkeit und "Politikverdrossenheit" mehr Beachtung. Mehr als drei Jahrzehnte nach der legendären Studentenrevolte wird es Zeit für einen neuen Aufbruch, für eine zweite Reformoffensive, die Gesellschaft auch jenseits parlamentarischer Willensbildungsprozesse betreibt, das Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes einzulösen versucht und weder vor herrschenden Autoritäten noch bestehenden Machtverhältnissen viel Respekt zeigt.

Durch die Rückkehr der "sozialen Frage" auf die politische Agenda wird die Konfliktorientierung in der sozialen und politischen Bildungsarbeit wieder aktuell, wobei sich diese neuen Spaltungstendenzen, Zielgruppen und gesellschaftlichen Polarisierungsmustern zuwenden muss, da sie quer zu den gewohnten "Klassenfronten" liegen.

Diese Bildungsarbeit werden Jusos nicht leisten können. Jusos werden auch nicht - so wünschenswert dies auch wäre - der organisierende Kern dieser neuen zivilgesellschaftlichen Akteure werden. Jusos müssen allerdings eben diese Potentiale nutzen um Druck entfalten zu können.

Das bedeutet, dass wir die Zusammenarbeit - vor allem auf kommunaler Ebene - mit z.B. Arbeitsloseninitiativen suchen müssen. Mit den real Betroffenen Politik zu machen kann unsere Forderungen und Konzepte besser legitimieren, als die wissenschaftlichste Abhandlung über Globalisierung und Wirtschaftsdemokratie.

Eine adäquate Form der Zusammenarbeit mit diesen Vereinen und Zusammenschlüssen zu finden, wird eine zentrale Form der neuen Bündnisarbeit der Jusos und eine Aufgabe des kommenden Jahres sein.

#### Der Verband im Wandel - Evolution statt Zerstörung

Wie bereits festgehalten, war das Bild von Jusos lange Zeit geprägt vom verbalen Schlagabtausch, der mehr den innerverbandlichen Ritualen und Schlagworten galt, als wirklichen inhaltlichen Auseinandersetzungen.

Dies scheint der Verband allerdings in großen Teilen überwinden zu wollen.

Jusos befinden sich im Wandel, der Verband befindet sich im Fluss, was weniger an inhaltlichen Positionen, als denn in der Organisation und der Verbandskultur erkannt werden kann. Auch ist die Zeit der Jusos als "LeistungsverweigererInnen" vorbei, denn die "geistig-moralische Wende" hat auch bei uns - und verstärkt noch bei den Frauen - bewirkt, dass persönliche Prioritäten anders gesetzt werden. Auch bei uns gibt es kaum noch jemanden, der/ die bis zum bitteren Ende, also dem Erreichen der Bioklippe, aktiv ist. Kaum noch jemand beendet sein Studium kurz vor oder nach 35, wie dies über viele Jahre üblich war. Gerade dies ist ein Grund dafür, dass der heranwachsenden "Juso-Generation" an Effektivität des politischen Handelns gelegen ist und dass sie mit ritualisierten Grabenkämpfen nichts mehr bzw. nur noch wenig anfangen kann.



Immer deutlicher wird, dass die Zeit der ideologischen Strömungen vorbei ist. An ihre Stelle treten regionale und inhaltlich arbeitende Bündnisse, die den Zweck haben die - auch im Verband - immer knapper werdende Ressourcen zu bündeln und effektiv zu nutzen.

Der Bundesverband muss an dieser Stelle als Clearingstelle agieren, und versuchen die verschiedenen inhaltlichen Positionen abzugleichen und einen gemeinsamen Kompromiss zu entwickeln.

Dies bedeutet nicht weniger inhaltliches Profil oder ein Abweichen von sozialistischen Positionen, sondern es ist die Erkenntnis, dass nur ein geeinter Juso-Verband ausstrahlungsfähig auf Jugendliche wirkt und Druck in die Partei entwickeln kann.

Sich auf gemeinsame Positionen zu einigen und die strittigen Punkte zu diskutieren und dann - gibt es keinen Kompromiss - abzustimmen ist die zwar selbstverständlich klingende, aber in unserem Verband nicht immer selbstverständliche gewesene Arbeitsweise, die sich in der letzten Zeit herausgebildet hat.

Ein so entstandenes Ergebnis als Gesamtverband zu vertreten ist dann die demokratische Konsequenz aus diesem Vorgehen.

Die Bezirke - und auch in stärkerem Maße die Unterbezirke - sind in der Pflicht mit inhaltlichen Konzepten in die Vorlage zu gehen. Der Bundesvorstand darf nicht der Vortänzer des Verbandes werden, genauso wenig, wie er die alleinige Hoheit über die inhaltliche Positionierung der Jusos bestimmen darf. Gerade da die Zeit der Showkämpfe vorbei ist, muß nicht nur die Zusammenführung der verschiedenen inhaltlichen Konzepte und die Auseinandersetzung darüber wieder in die dafür demokratisch legitimierten Gremien zurückgeführt werden. Diese Gremien müssen auch wieder in die Lage versetzt werden inhaltlich entwickeln zu können.

Für die Bundesebene gilt dies in besonderer Weise für den Bundesausschuss. Dieses Gremium der Bezirke muss in Zukunft viel stärker betont und nicht nur als Clearingstelle, sondern auch als inhaltlich entwickelnde Struktur genutzt werden.

Daneben ist der Bundesverband viel stärker als früher in der Pflicht politischer Dienstleister für seine Untergliederungen zu sein. Mit den Argumentationsleitfäden im neuen Update ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden.

Die Aufgabe des Bundesverbandes und auch seines Vorstandes ist nicht in erster Linie Papiere zu entwickeln, die in wissenschaftlichen Zeitungen veröffentlicht werden könnten (so begrüßenswert dies auch ist), sondern konkrete inhaltliche Fragestellungen zu beantworten und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die für die Arbeit der Untergliederungen vor Ort genutzt werden können.

Daneben gibt es die immer wieder gern geführte Debatte um neue Strukturen bei den Jusos. Fraglich bleibt aber, was an die Stelle des "traditionellen" Verbandes tritt, wie sich Jusos in Zukunft organisieren werden und welchen Typus von Verbandsfunktionär wir wollen.

Jugendliche, die bei Jusos Politik machen, wollen möglichst wenig von Vorständen und Vorsitzenden geführt werden. Daher müssen klare Werte im Sinne von Leitplanken vorgegeben werden, die aber möglichst weiten Spielraum für flexible Lösungen und eigenverantwortliches Handeln lassen.

Eine solche Verbandsführung setzt ein Menschenbild voraus, das die FunktionärInnen grundsätzlich als engagiert und leistungsbereit auffasst. Die Vorsitzende und Vorstände verstehen sich nicht mehr als Macher vor der Basis, sondern als Coach hinter ihnen.

Sachliche Führung genügt nicht mehr. Soziale Kompetenz sowie Entwickeln und Fördern der Aktiven werden zur zentralen Aufgabe der Führung.

In turbulenten Zeiten ist eine starre Hierarchie von oben nach unten oft zu langsam. Es sind also Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Funktionäre anregen, Neues auszuprobieren. Zu oft werden Nachwuchsleuten die Flügel gestutzt. Später ist man dann erstaunt, dass sie nicht mehr fliegen können.

Es geht um einen Abbau von Strukturen und Hierarchien, um eine bessere Vernetzung und Kommunikation im Verband, bei gleichzeitiger möglicher Teilhabe aller am politischen Prozess. Dafür wird es kein statisches Modell geben können, sondern die Gliederungen werden die für sie passende Struktur selbst entwickeln müssen.

Daneben wird es eine zentrale Frage sein, wie wir fachliches Know-how jenseits von Mitgliedschaften in den Verband einbinden können.

Wenn Jusos so spannend und ausstrahlungsfähig sind, dass es sich für Außenstehende wieder lohnt ihre fachliche Kompetenz einzubringen, so muss man dafür die geeigneten Möglichkeiten schaffen. Dies bedeutet eine Art Beraterumfeld aufzubauen, die für Jusos bei verschiedene Fragen zur Verfügung stehen.

Allerdings gilt auch hierbei, Jusos sind ein Mit-mach-Verband und werden niemanden verwehren sich inhaltlich in die Arbeit einzubringen, entscheiden werden aber weiterhin die dafür gewählten Gremien und nicht Fachexpertenrunden.

Der Bundesverband wird die Bezirke und Unterbezirke (gerade in strukturschwachen Gebieten) bei einer Debatte um neue, effizientere Strukturen und bei dem Aufbau eines Beraterumfeldes unterstützen, ihnen beratend zur Seite stehen und Modellprojekte fördern. Fordern und fördern ist auch hier der Schlüssel.

Jedenfalls müssen die Jusos Raum bieten für Heterogenität, nicht für elitäre Konformität. Eben zwischen "Arbeiterliedern", also traditionalistischen Elementen, die einen zentralen Bestandteil unserer Identität ausmachen und weder aufgegeben werden können noch sollen, und World Wide Web.

#### Neue Zeiten denken

Die Debatte um die Zukunft des Verbandes muss möglichst breit geführt werden. Die Rollen und Aufgaben der einzelnen Gliederungen und ihre Struktur werden zum Teil nach den genannten Anforderungen neu definiert werden müssen. Dies muss in unseren Augen in einem evolutionären Prozess geschehen: Funktionierende Strukturen werden erhalten, andere neu entwickelt.

Es muss allerdings deutlicher werden, wer was leisten muß und in welcher Form man die verschiedenen Ansätze zusammenführt und weiterentwickelt.

Einen solchen Prozess anzustoßen soll dieses Papier leisten, die Diskussion wird dann im Verband geführt werden müssen und sollte in den offiziellen Gremien des Bundesverbandes ihren Widerhall und Konsequenzen finden

# Anstoß für eine Erneuerung, Demokratisierung und Öffnung der SPD

Spätestens die Landtagswahl im sozialdemokratischen "Stammland" NRW hat strategische Schwächen der SPD offengelegt. Selbst in einer Situation, in der die CDU durch die Nachwirkungen der Spendenaffäre demoralisiert und demotiviert am Boden lag, in der durch die konsequente Medieninszenierung der Wirtschaftsaufschwung die wirtschaftspolitischen Schlagzeilen beherrschte und mit Wolfgang Clement ein sozialdemokratischer Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten antrat, der seinen Herausforderer im persönlichen Vergleich um Längen schlug, ist es nicht gelungen, den Stimmanteil der SPD zu halten oder gar die Zustimmung bei den WählerInnen an Rhein und Ruhr zu stabilisieren. Im Gegenteil die Sozialdemokratie droht selbst hier ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit zu verspielen.

Wir werten dies als ernstes Signal, bestätigt sich doch die Tendenz der vergangenen – noch dramatischer ausgefallenen – Wahlergebnisse auf Länder- und Kommunalebene. Der SPD ist es bisher nicht gelungen, ein ausstrahlungsfähiges Zukunftsprojekt, das die Gestaltung des ökonomischen Strukturwandels mit mehr sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit verknüpft, zu entwickeln. Gleichzeitig ist die SPD als Partei meilenweit von einer Kampagnen- und Diskursfähigkeit entfernt.

Sicherlich resultiert dies vielerorts aus der völligen Entkopplung der Organisation von ihrem zivilgesellschaftlichen Umfeld, tragen personelle Auszehrung, Personalquerelen und Ritualisierung dazu bei, die Funktionsweise und das Bild der SPD als ernstzunehmender politischer Akteur nachhaltig in Frage zu stellen. Diese Aufstellung der Partei vor Ort, inzwischen jedoch auch bis in Bezirke und Landesverbände hinein, steht jedoch ebenso als Konsequenz der organisationspolitischen Strategie und Agieren der Parteiführung der vergangenen 10 Jahre: Die Zurückdrängung innerparteilicher Demokratie, von Räumen der Mitbestimmung und Einbringungsmöglichkeiten ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Vor dem Hintergrund dieser drei Befunde, der bisher nicht gelungenen Formulierung eines ausstrahlungsfähigen politischen Projekts und Diskurses, der zunehmenden gesellschaftlichen Entkopplung der Organisation und einer durch die Parteispitze verordneten und exerzierten Strategie der Entdemokratisierung und Verschlankung, gilt es die Ursachen differenziert zu betrachten, Wirkzusammenhänge zu verdeutlichen. Eine konsequente Neubestimmung muss die bestehenden Strukturen jedoch radikaler in Frage stellen und vor allem Programm- und Strukturfragen zusammendenken.

## 1. Schwächen der SPD bei den vergangenen Landtagswahlen:

Auch wenn die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen für die SPD weit undramatischer ausfielen als beispielsweise in den ostdeutschen Bundesländern und bei der Kommunalwahl in NRW, so zeigen sich doch die gleichen Schwächen. Wir sehen drei Trends verstetigt:

Die SPD hat eine Mobilisierungsschwäche

In NRW hat die SPD gegenüber 1995 über 620.000 WählerInnen verloren. Die 43,3% NichtwählerInnen gehören zum großen Teil zur "sozialdemokratischen Klientel". Es ist zwar grundsätzlich eine stärkere Mobilität der WählerInnen und ein Abbröckeln von Stammwählerschaften und Traditionsmilieus zu erkennen, jedoch gelingt es der SPD immer weniger die vorhandenen Potenziale auszuschöpfen.

Das durch den sozio-ökonomischen Wandel sicherlich kleiner werdende Klientel der traditionellen Arbeitnehmerschaft ist in seiner strategischen Bedeutung für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie mithin nicht zu unterschätzen. Die SPD gibt sich gerade in den Ballungsräumen einer Illusion hin, wenn sie ernsthaft annimmt, als sozialliberales Schrumpfmotiv Mehrheiten sichern und wieder erlangen zu können.

Deshalb ist die Wahlabstänze gerade (aber nicht nur) in diesen Bereichen für die Sozialdemokratie ein strategisches Problem.

#### Die SPD hat eine Schwäche bei JungwählerInnen

Bei der Landtagswahl Schleswig-Holstein lag der Anteil der JungwählerInnen 10 Prozentpunkte, bei der Landtagswahl in NRW 9 Prozentpunkte unterhalb des Gesamtergebnisses. Wir verlieren junge Erwachsene vor allem an das "Lager der NichtwählerInnen", zum Teil aber auch an die bürgerlichen Parteien.

Einfache Antworten auf diese Entwicklung sind kaum möglich. Vielmehr überlagern sich längerfristige Trends und ein offensichtlicher Vertrauensverlust der SPD aufgrund der Politik des ersten Regierungsjahres. Zum einen wurden eindeutige Wahlversprechen zu Verbesserung der materiellen Situation vieler Jugendlicher - Verbesserung der regionalen Versorgung mit Ausbildungsplätzen und der Ausbildungsförderung bspw. - nicht eingelöst. Zum anderen haben die autoritäre Rhetorik - es gibt keine Alternative - und der allenfalls fragmentarische Kurswechsel dazu beigetragen, dass der SPD nicht mehr die Rolle einer Alternativkraft, die von der Gestaltungskraft demokratisch legitimer Politik überzeugt ist und überzeugt, zugetraut wird.

Hier entwickelt sich am deutlichsten die auch in anderen Wählergruppen anzutreffende Mischung aus Resignation, individuellen Lösungsstrategien und Zynismus gegenüber dem Gestaltungswillen und der Gestaltungskraft von Politik. So unterschiedlich die materielle Stellung und Selbstpositionierung in dem prinzipiell für die Sozialdemokratie erreichbaren Teil der jungen Generation ist, ihnen ist eine hohe Erwartung an eine neue Bundesregierung gemein - sie finden sich jedoch in ihrer Erwartung, teils in ihrer Befürchtung bestätigt, dass Politik keine Veränderungen oder gar Verbesserungen bewirken kann. Gerade der jungen Generation fehlt der politische Entwurf. Sie sieht ihre Interessen von der SPD nicht vertreten. Dies wird besonders deutlich an der Frage der sozialen Sicherung, insbesondere der Rente.

#### Die SPD hat eine Diskurs- und Kampagnenschwäche

Die politische Agenda und die auf Bundes- und Länderebene diskutierten und entschiedenen Themen werden von der aktiven Mitgliedschaft vor Ort nur bedingt nachvollzogen. Lokale Themensetzungen und Aktionsformen sind zunehmend beliebig und nicht mehr eingebunden in übergreifende Zukunftsdiskurse. Die Vorstellung einer auch nur ansatzweise an einer gemeinsamen Reformperspektive arbeitenden Sozialdemokratie ist eine reine Wunschvorstellung. Dies macht sich in Wahlkämpfen besonders bemerkbar.

## 2. Das Mobilisierungsproblem ist ein Erneuerungsproblem: die Ursachen

Der erklärende Verweis auf die Partei-Affären der letzten Monate ist sicher nicht falsch. Aber er verstellt den Blick auf tieferliegende Ursachen. Das Mobilisierungsproblem, das die Sozialdemokratie daran hindert, gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich zu versammeln, ist ein Erneuerungsproblem. Wir verstehen „Erneuerung“ nicht als Bilderstürmerei, sondern als klare Benennung von Defiziten in Programmatik, der strategischen Aufstellung und der Parteiorganisation mit dem Ziel einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad für die SPD als Partei zu beschreiben. Im Kern ist die mangelnde Mobilisierung auf ein zentrales Problem zurückzuführen. Die SPD verfügt zwar über hohe Kompetenzwerte und inszeniert hochprofessionell Personen an ihrer Spitze. Sie ist aber nicht Trägerin eines Zukunftsdiskurses, der in der Lage ist, breite WählerInnen-schichten zusammenzuführen, wie dies z.B. bei der Bundestagswahl 1972 bei einer Wahlbeteiligung von 91,1%, einem Stimmergebnis von 45,8% für die SPD und 153.426 (davon rund 100.000 unter 35 Jahren) neuen Mitgliedern im Wahljahr gelang. Im Einzelnen stellen wir folgende Ursachen fest:

### Eine Politik der Demobilisierung sozialdemokratischer Wähler

Die SPD hat sich in Zeiten ökonomischer und gesellschaftlicher Umbrüche noch nicht positioniert. Ihr fehlt das ausstrahlungsfähige, originär sozialdemokratische Integrations- und Modernisierungsprojekt über Einzelmaßnahmen hinaus. Es gibt zwar einen zudem sehr eng an neoliberale Argumentationen angelehnten sozialdemokratischen Krisendiskurs, ein Zukunftsdiskurs, der breite gesellschaftliche Gruppen in ihren Ansprüchen und Interessen mitnimmt und Leitbilder ihrer politischen Gestaltbarkeit und Durchsetzung entwickelt, fehlt jedoch vollständig. Maßnahmen wie Haushaltskonsolidierung oder Unternehmensteuersenkung eignen sich jedoch - und zwar unabhängig von der Frage, wie man wirtschaftspolitisch zu ihnen steht - nicht zur Mobilisierung von Mitgliedschaft und/oder WählerInnen.

Das zentrale Problem einer auf Mobilisierung setzenden sozialdemokratischen Strategie ist mithin, dass die Krisendiskurse "Sachzwang Standortsicherung" und eng mit ihm verbunden „Sachzwang Sparhaushalt" zwar von einem großen Teil der sozialdemokratischen WählerInnen akzeptiert werden, aber mangels positiver Gestaltungsoptionen das Gegenteil von Mobilisierung eintritt: Resignation und Abkopplung bei einem Teil potenzieller WählerInnen, Zynismus und bei einem anderen Teil. Das Vertrauen in die politische Gestaltbarkeit der Zukunft tendiert insbesondere bei denjenigen, die materiell darauf angewiesen sind und denjenigen die hohe Ansprüche an Mitbestimmung und Mitverantwortung setzen, gegen Null.

### Politische und kommunikative Strategie: Fehlanzeige!

Es fehlt eine politische und kommunikative Strategie, um große Teile einer differenzierter gewordenen Gesellschaft für ein sozialdemokratisches Projekt zu gewinnen. Der SPD scheint nicht so recht klar zu sein, wer sie wählt und warum eigentlich. Teilweise fällt sie auf ihre eigenen Wahlslogans herein.

Lässt man sich an dieser Stelle auf die Begrifflichkeit der „Neuen Mitte“ ein, so scheint eine extreme Fehlinterpretation vorzuliegen, um wen es sich dabei handelt: Man verwechselt die real existierende gesellschaftliche Mitte offensichtlich mit der Schickeria der Stehtischempfänge in Berlin und verstellt sich so den Blick auf die wahren Lebenslagen und Interessen dieser Gruppe. Ein darf aufgebautes Mobilisierungskonzept beleidigt zwangsläufig eher den Verstand als das es die Herzen gewinnt.

Die Frage der politischen Blockbildung beantwortet sich nicht nur in der Bezugnahme auf aufgeklärte Mittelschichten, sondern auch inwieweit es gelingt, die vom ökonomischen Strukturwandel in ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen betroffenen Gruppen mitzunehmen. Über ihre Interessen und Lebenslagen existieren in vielen Köpfen eher Karikaturen als fundierte Analysen.

#### Entmachtet und hohl: Die Parteistruktur

Die klassischen Parteistrukturen sind kaum noch der Ort, an dem Zukunftsentwürfe diskutiert und Meinungen gemacht werden. Längst sind andere Orte wie Experten-ThinkTanks, Verwaltungen und Medien aber auch einzelne fachliche Initiativen oder neue über moderne Informationstechnologien gestützte Formen an ihre Stelle getreten. Selbst Parteitage vollziehen nur noch nach, was in der "Staats-SPD", also der Regierung, den Verwaltungen und z.T. auch den Fraktionen entwickelt wird.

Es handelt sich dabei nicht nur um eine zwangsläufige, durch das Unvermögen einzelner Organisationsstrukturen vor Ort bestimmte Entwicklung, sondern auch um das gewollte oder ungewollte Ergebnis eines politischen Prozesses, den wie als „Entdemokratisierung von oben“ bezeichnen wollen.

Zweifelsohne stand die SPD am Beginn der 90er Jahre vor dem Problem als nur lose verkoppelte Anarchie mit einer „Riege schmucker Ministerpräsidenten“ keine Wahlen auf Bundesebene gewinnen zu können, und selbstverständlich erfordern eine veränderte Medienlandschaft und neue Formen der politischen Kommunikation eine entsprechende Erneuerung der Partei, jedoch können wir gerade diese in den Bemühungen seit Beginn der 90er nicht erkennen. Eine zunehmend autoritärer agierende Parteiführung, die Auslagerung fast aller politischer Entwicklungs- und Entscheidungskompetenzen und eine hochprofessionelle politische Kommunikation sind nur unzureichende Hilfskonstruktionen für die ungeklärte Frage der Zukunft der politischen Parteien als solche. Auch hier darf man sich nicht auf seine eigenen Kampagnen über die Zukunftsfähigkeit solcher Modelle täuschen lassen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht bestreiten, dass eine Professionalisierung des Apparats und eine Inszenierung von Personen und Themen notwendige Bestandteile einer Erneuerungsstrategie sind, wir bestreiten jedoch, dass sie eine hinreichende Aufstellung für die Sozialdemokratie gewährleisten, die eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit ermöglicht. Ebenso steht die genannte Strategie in der Gefahr zu Lasten von Demokratie, Beteiligung und Diskurs zu gehen. Genau dies gilt es zu vermeiden, das Gegenteil ist erforderlich: die Rückkehr der Politik in die Parteiorganisation.

Hieraus folgt auch das Fehlen einer ebenenübergreifenden politischen Agenda: Ohne klares sozialdemokratisches Projekt und ohne Diskurs darüber, ist das Handeln der jeweiligen Parteiebenen weitgehend beliebig und „orientierungslos“ und trägt somit dazu bei, dass immer stärker vermeintliche regionale oder lokale „Sachzwänge“ die Ausprägung einer sozialdemokratischen Standortpolitik auf kommunal- und landespolitischer Ebene befördern. Im Ergebnis führt dies u.U. dazu, dass sich die sozialdemokratischen Politiken der einzelnen Ebenen konterkarrieren.

1990 ist die SPD zum wiederholten Male gestartet sich organisationspolitisch zu erneuern. Trotz zahlreicher Kommissionen und Projektgruppen zum Thema Parteireform stagniert die strukturelle Modernisierung. Einige Gliederungen sind kulturell in den 60er Jahren stehen geblieben. Sozialdemokratische Lieblingsbegriffe wie "lebendiger Ortsverein" oder "Mitglieder- und Programmpartei" werden zwar als Monstranz hochgehalten, aber in zu vielen Fällen nicht praktisch umgesetzt. Parteiwelten schotten sich zunehmend vor der realen Welt ab, beschäftigen sich mit sich selber, verwalten die politische Arbeit, üben sich in Pöstchenschiebereien und werden nach außen kommunikationsunfähig.

Die Arbeits- und Lebensrealitäten und damit auch die Ansprüche der Gesellschaft an politische Partizipation haben sich gewandelt und stehen zunehmend im Widerspruch zu den Parteistrukturen. Die Organisationsformen schließen ganze Bevölkerungsgruppen aus der parteipolitischen Arbeit aus. Die Alters- und Sozialstruktur der aktiven SPD-Mitgliedschaft sowie der KandidatInnen für Mandate hält mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht Schritt. Vor allem ArbeitnehmerInnen in modernen Dienstleistungsberufen finden sich kaum in der SPD. Auch sind Frauen in der SPD nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.

Werden diese Probleme nicht konsequent angegangen, werden Mitgliedschaft und WählerInnenbasis der SPD zunehmend prekär. Durch mit hohem Aufwand inszenierte Spitzenpersonen und günstige konjunkturelle Entwicklungen kann dies auch nur kurzfristig und einhergehend mit einer erheblichen Schwächung demokratischer Entscheidungsprozesse aufgefangen werden. Es drohen weitere Entpolitisierungen und die Stärkung rechtspopulistischer Kräfte. Die Etablierung einer Partei links von der SPD kann auch in Westdeutschland nicht auf Dauer ausgeschlossen werden.

### **3. Demokratisierung der Gesellschaft**

#### Soziale Demokratie

Eine konservative und marktfundamentale Angebotspolitik versteht den Umbruch zur Informationsgesellschaft als Übergang von der vorgeblich "arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft" zur "unternehmerischen Wissensgesellschaft". Also gestaltet sie ihn als Prozess, in dem "arbeitnehmerzentrierte" - das heißt sozialstaatliche - Strukturen und Standards zerstört werden, um die Logik der reinen Marktwirtschaft freizusetzen, welche die Wege in die neue unternehmerische Gesellschaft allein - also vorgeblich unpolitisch - regulieren soll. Ein Grossteil der Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft wird mittlerweile durch die so marktvermittelte Technik selbst "kommuniziert". Deren schnelle Verbreitung setzt gegenwärtig einfach Fakten, ohne dass es hierzu eine ausreichende politische Diskussion um Ziele und Leitvorstellungen gäbe.

Demgegenüber stehen gesellschaftliche Reformprojekte, welche die neue Wirklichkeit "Informationsgesellschaft" mit Zielen wie demokratischen Teilhabe, soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Chancenerweiterung, humane Arbeit, Selbständigkeit und Selbstbestimmung, Schutz, Integration und Nachhaltigkeit verknüpfen. Sie setzen auf gesellschaftliche Initiative und Politik. Die Umrisse eines solchen Projekts einer sozialen, demokratischen und ökologisch aussichtsreichen Informationsgesellschaft sind erst in Ansätzen sichtbar. Doch es gibt schon heute zahlreiche Beispiele auf den verschiedensten Ebenen, die zeigen, dass ein anderer politischer Weg gegangen werden kann und die Perspektive eines wirklichen politischen Wechsels realistisch ist.

Mit guten Gründen steht in unserer Verfassung im Art. 20, 1: "Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Über den Sozialstaat hat sich die deutsche Bevölkerung mit den Prinzipien einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung versöhnt. Der Sozialstaat ist so etwas wie die geheime Geschäftsgrundlage der Demokratie. Nachweislich ist wirtschaftliche Produktivität dort am höchsten, wo nicht Billiglöhne gezahlt werden, sondern das Lohnniveau hoch ist. Menschen, die nicht alltäglich Existenznot leiden, arbeiten mehr und besser, beteiligen sich intensiver, wenn es um die gemeinschaftlichen Angelegenheiten geht. Wo Not und Elend wachsen, wachsen dagegen Kriminalität und Vandalismus und damit auch die Interaktionskosten der Ökonomie.

Die Parole "Mehr Demokratie wagen!" muss daher heute ergänzt werden durch die Forderung: "Mehr soziale Demokratie wagen!" Ohne ausgleichende Gerechtigkeit kann keine Demokratie stabil bleiben, geraten auf Dauer auch Zivilität und Wohlstand in Gefahr. Die wachsende Zahl derer, die sich nicht mehr an den Wahlen beteiligen, weil sie ihre Interessen von Parteien und Politikern nicht mehr wahrgenommen sehen, ist ein Alarmzeichen. Dies lässt sich auch in der Shell-Jugendstudie nachlesen.

Die europäischen Sozialstaatstraditionen sind geboren aus dem Gedanken, dass politische Demokratie und die Beseitigung von Not und grober Ungerechtigkeit nur gemeinsam ein stabiles Fundament einer zivilen Gesellschaftsordnung bilden können. Das ist bei allen Unterschieden im Detail in allen Ländern Europas ähnlich. In einer reichen Gesellschaft wie der unsrigen ist das Geld für den zukunfts-festen Aus- und Umbau des Sozialstaats durchaus vorhanden. Die Sozialdemokratie muss nur den Mut haben, nicht nur die kleinen Leute immer mehr zu belasten, sondern auch den Reichen und den Krisengewinnlern ihren Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben abzufordern. Es wäre fatal, die amerikanischen Verhältnisse nachzuahmen. Gerade die sozialdemokratischen Parteien können eine solche Entwicklung nicht zulassen.

Dies gilt besonders für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Massenarbeitslosigkeit ist eine politische Gefahr. Sie gibt populistischen, ausländerfeindlichen und rechtsextremen Strömungen Auftrieb, soll die Gewerkschaften disziplinieren und untergräbt die politische Demokratie. Die hohe Effizienz moderner Informations- und Kommunikationstechniken ermöglicht die Produktion von immer mehr Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Beschäftigten. Zugangsrechte zum Erwerb von Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Teilhabe am Erwerbsleben entscheiden mit ihrer gesellschaftlichen Rolle über den Bestand und die Weiterentwicklung demokratischer und sozialer Gesellschaftsstrukturen. Wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen sind deshalb dringend erforderlich.

Wer heute das Ende der Klassen und des Klassenkampfes verkündet, übersieht dass die Polarisierung von Arm und Reich, von Modernisierungsgewinnern und -verlierern die Gesellschaft immer tiefer spaltet. Dagegen muss sich die deutsche Sozialdemokratie zusammen mit den Gewerkschaften zur Wehr setzen. Nur wenn die Kluft zwischen Arm und Reich verringert und der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt wird, können Demokratie und Freiheit gedeihen.

Demokratisierung aller Lebensbereiche

Wir Jusos setzen uns nach wie vor für die Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. Dabei denken wir vor allem an folgende Bereiche:



- Mitbestimmung in der Wirtschaft (ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung, Erweiterung der Rechte und des Schutzes von Kleinaktionären)
- kommunale Partizipation (z.B. Planungszellen, Volksentscheide, Open Space)
- Demokratie in den Bildungsinstitutionen (SchülerInnenvertretung, studentische Selbstverwaltung und Hochschuldemokratie)
- Regulation internationaler Märkte und Demokratisierung internationaler Institutionen
- wirksame Kontrolle von Medienmacht (Entkommerzialisierung der Medien, Zerschlagung von Medien-Monopolen)
- Allgemeiner Zugang (materiell und intellektuell) zu den sog. Neuen Medien

Neue Medien als "Demokratieprojekt" müssen die realen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an der politischen Willensbildung einer zukünftigen Informationsgesellschaft nachhaltig ausweiten und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse dezentralisieren und durchsichtig machen: solange die Gefährlichkeit von Atomtransporten jahrelang verheimlicht werden kann, ist die Rede von der "Informationsgesellschaft" blanker Hohn. Notwendig ist daher nicht nur der Schutz der verfassungsmäßig garantierten Rechte, sondern deren Weiterentwicklung, sind Techniken zur Unterstützung der informationellen Selbstbestimmung, statt deren Aushöhlung. Die Informationsgesellschaft konzentriert Macht neu - diese neue Macht der neuen Wirklichkeit muss kritisch beobachtet und kontrolliert werden.

#### **4. Leitbilder der sozialdemokratischen Partei**

Es geht demnach um mehr, als um die vom Generalsekretär und der Bundesgeschäftsführung geforderte Reform und „Professionalisierung“ der Parteistrukturen - ergänzt um eine zeitgemäße Internetdarstellung. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Bestimmung des Verhältnisses von Partei und Gesellschaft. Erforderlich ist die Stärkung einer Aktivdemokratie gegenüber der vorherrschenden Zuschauer- und Nachplapperdemokratie. Wir setzen dabei auf zwei grundsätzliche Leitbilder:

##### SPD als Diskurspartei

Der Mythos der klassischen Mitgliederpartei und das Schielen auf die bloßen Mitgliederzahlen verstellen den Blick auf die dahinter liegenden Probleme und Anforderungen. Zum einen setzen wir auf eine Aktivdemokratie auch innerhalb der Partei, in der Ansprüche und Interessen von Mitgliedern nicht in den Mühlen von Ritualen und Cliquen zermahlen werden; dies schließt eine Verbreiterung der aktiven Mitgliederbasis mit ein.

Entscheidend muss genauso sein, dass wir auf allen Ebenen in der Lage sind, politische Diskurse zu führen und Meinungsführerschaft in weiten Teilen der Gesellschaft (wieder) zu erlangen. Die Partei muss vor allem vor Ort wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückkehren. Das Prinzip Diskurspartei lässt sich aber nicht einfach verordnen, es funktioniert daher nur bei einer selbstbewussten und engagierten Mitgliedschaft, die in ihrer Ansprache und Einbeziehung ernst genommen wird und mit umfassenden demokratischen Mitwirkungsrechten und -möglichkeiten ausgestattet ist. Diese gilt es auf allen Ebenen zu stärken. Insofern kann eine nachhaltig angelegte Kampagnenfähigkeit der Sozialdemokra-

tie nicht nur das Ergebnis einer Diskussion in einem kleinen, abgeschotteten Führungszirkel sein, das in einem zweiten Schritt nur unzureichend – als bloße „Marschrichtung“ – in die Partei gefunkt wird.

Beim Aufbau eines in die Gesellschaft ausstrahlungsfähigen politischen Diskurses ist die Verankerung an den Orten, an denen Meinungen gemacht werden, von zentraler Bedeutung. Von daher kommt - neben der Diskursorientierung in der Partei - dem Aufbau einer Netzwerk-Architektur, die sowohl die kommunikativen Eliten der Gesellschaft als auch die Meinungsbildner in den Netzen des Alltags erschließt, eine zentrale Bedeutung zu.

#### SPD als moderne ArbeitnehmerInnenpartei

Der programmatische Kern der Sozialdemokratie muss die Reform der Arbeitsgesellschaft sein. Sie muss eine positive Vorstellung vom Arbeiten, Leben und Wirtschaften in den nächsten 10-20 Jahren entwickeln und die Menschen damit mobilisieren. Sie muss dabei den Bogen schlagen über die Interessen vieler differenzierter Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. „Modern“ verstehen wir an dieser Stelle nicht als Abgrenzung von traditionellen ArbeitnehmerInnenmilieus, sondern genau diese gilt es mitzunehmen in die Ökonomie der Zukunft. Eine moderne ArbeitnehmerInnenpartei lebt ebenso von der Vermittlung sozialer Kompetenz wie von der Vermittlung der wirtschaftlichen. Sie wird daran gemessen, inwieweit es ihr gelingt den ökonomischen Strukturwandel für die und mit den ArbeitnehmerInnen zu gestalten.

Sie muss sich jedoch als zweite, organisationspolitische Konsequenz auch auf die Arbeitsbedingungen der Menschen im 21. Jahrhundert einstellen und ihre eigenen Strukturen entsprechend verändern.

## **5. Demokratisch für mehr Soziale Demokratie kämpfen**

Demokratie ist kein statischer Zustand, sondern ein Prozess! Dies gilt sowohl für ihre inneren Abläufe als auch für ihre äußeren Strukturen. Letztere müssen auf der Höhe der Zeit sein, also mit den Lebensverhältnissen der Menschen korrespondieren. Wie demokratisch ist/wäre z.B. eine Partei, die durch regelmäßige Sitzungen tagsüber an Wochentagen Werktätige faktische aus den demokratischen Willensbildungsprozessen ausgrenzt? Demokratisch kann sich folgerichtig nur eine Organisation nennen, die in ihren Partizipationsstrukturen auf der Höhe der Zeit ist. Dies gilt für alle Organisationen, auch für Parteien und (erste recht) für ihre Jugendverbände.

#### Demokratie braucht demokratische Parteien

Der Bundestagswahlkampf der SPD war professionell ausgerichtet auf ein verändertes Wahrnehmungsverhalten. Nachrichten im Halbminuten-Takt und Zuspitzung auf Events und Personen in den Medien sind Ursachen dafür. Politische Kommunikation muss sich auf diese Umstände einstellen. Gleichzeitig müssen Parteien weiterhin das Zentrum politischer Willensbildung bleiben. Die SPD muss auch diesem Umstand wieder verstärkt gerecht werden. Sie muss dafür den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen und ihn gleichzeitig zu den Mitglieder nicht verlieren. Mit den traditio-

nellen Formen und auch vereinzelt neuen Ideen der Kommunikation ist dies nicht zu erreichen. Es müssen neue Angebote geschaffen werden, um politische Debatten zu führen. Die bestehenden Organisationsformen allein reichen dazu nicht aus - sie lassen Parteimitglieder, die aus verschiedensten Gründen nicht in die bestehenden Organisationsstrukturen eingebunden sind, außen vor.

Dabei konstatieren wir ein "Demokratieproblem von Unten". Die post-fordistische Änderungen in der Arbeitswelt (Stichworte: Flexibilisierung, Mobilität, Virtualität, "neue" Selbständigkeit) erfordern eine Veränderung der Partizipationsstrukturen. Da es dabei nur um eine Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten bei der politischen Programm- und Willensbildung geht, sprechen wir von einer weiteren Demokratisierung der Partei. Langweilige, formale, oft nur an Macht- und Personalfragen hängende Ortsvereine schrecken viele Mitglieder vor der aktiven Mitarbeit und Noch-Nicht-Mitglieder vor dem Eintritt in die SPD ab. Wer der Terminplanung des jeweiligen Ortsvereins nicht gerecht werden kann, z.B. weil er/sie um 18 Uhr wochentags und auch Samstags noch bei der Arbeit ist, oder an Wochenenden auf Grund von ehrenamtlichen Aktivitäten in anderen Organisationen, ja sogar in der eigenen Partei (z.B. dem Jugendverband der Partei, den Jusos) an Aktivitäten des Ortsvereins nur sporadisch teilnehmen kann, hat schnell verloren und wird aus den Cliquesstrukturen des Ortsvereins ausgegrenzt. Natürlich gibt es Gegenbeispiele, aber wir konstatieren, dass das Ortsvereins-System für die Partei z.Zt. ein flächendeckendes organisationspolitisches Problem darstellt, welches gleichzeitig - da es um die Chance der Partizipation geht - auch ein riesiges Demokratieproblem ist!

In ihren Arbeitsformen und mit den Stadtteilprinzip stellen die meisten Ortsvereine ein rückwärtsgerichtetes Angebot dar, welches meilenweit an den Lebensrealitäten großer Teile der Bevölkerung und damit auch der Mitgliedschaft vorbeigeht. Die Folge ist ein Teufelskreis: Die personell (und meist auch generationell und in Bezug auf Berufssparten) ausgedünnten Ortsvereine werden von wenigen GenossInnen "geschmissen", es entwickelt sich eine Closed-Shop-Mentalität und es kommt zur Bildung einer hermetischen Gruppe. "Neulinge" geraten dann an eine vordemokratische, häufig auch patriarchale Cliquesstruktur. Oder der Ortsverein ist bereits derartig personell ausgedünnt, dass er nur noch formal oder gar nicht besteht. Dies bedeutet dann aber, dass es keine AnsprechpartnerInnen, keine Betreuung, keine Einführung in die Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten der Partei gibt.

Wenn aber die Mitarbeit in einem Ortsverein die Voraussetzung für die Partizipation an den Meinungsbildungsprozessen auf den anderen Ebenen der Partei ist, so zieht sich das geschilderte Problem durch alle Ebenen der Partei.

Zugleich konstatieren wir auch ein "Demokratieproblem von Oben"! Die Aufrufe zur "Geschlossenheit", die in zugespitzten Wahlkampfzeiten, wie in Jahr 1998 durchaus Sinn machten, stellen zunehmend die Basis einer funktionierenden parteiinternen Demokratie, die öffentliche Debatte, in Frage. Wohin das führt, ist als abschreckendes Beispiel bei den "Christlich"-Demokratischen Parteien zu besichtigen! Wir sehen ein, dass der Bundeskanzler und auch die sozialdemokratischen MinisterpräsidentInnen am liebsten den "permanenten Wahlkampf" und damit die permanente Abwesenheit von Widerspruch ausrufen würden.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeiten und Bedingungen der modernen medialen Vermittlung: es darf nicht dazu kommen, dass Parteitage zu einer reinen medialen Inszenierung verkommen. Auf Parteitag muss Raum für Debatten sein! Das heißt auch, dass die "Parteitagsregie" eines kleinen

feinen Planungsstabs die demokratischen Rechte der Delegierten auf keinen Fall beschneiden darf. Mit der Herstellung von Zeitdruck durch Verkürzung der Parteitage und endlose Referate und Fensterreden ist dieser Weg in die Entdemokratisierung aber bereits schon beschritten. Auch der Aufbau von Interaktionsbarrieren durch das konsequente Fehlen von Saalmikrofonen ist ein Schritt auf diesem gefährlichen Weg. Das Beispiel der Saalmikrophone zeigt zudem anschaulich, mit welchen einfachen Mitteln Partizipationsmöglichkeiten gegeben - oder auch genommen werden können. Wir brauchen sicherlich auch den Einsatz "neuer Medien" für die parteiinterne Demokratisierung, aber wir können viel auch mit einfachen Mitteln bewirken. Für diese Erkenntnis werden wir uns durch "Generalchats" und Mitgliederbefragungen zur KanzlerInkandidatInnen-Kür nicht den Blick vernebeln lassen!

Die Partei ist, was ihre Flächenstrukturen angeht, marode und nur noch bedingt kampagnenfähig. Dadurch entsteht auch ein massives Demokratieproblem. Dem wird nur bedingt durch die dringend notwendige Neuordnung der Ortsvereinsarbeit im engeren Sinne Abhilfe geschaffen. Gleichwohl ist es sinnvoll Regelungen zu schaffen, die

- 1.) bei Ortsvereinen unterhalb einer bestimmten Mitgliederzahl eine zwangsweise Vereinigung mit einem Nachbarortsverein vorsehen.
- 2.) Bei Ortsvereinswahlen die jährliche Wahl zwingend vorschreiben.
- 3.) Eine längerfristige Offenlegung aller Ortsvereinstermine, z.B. gegenüber dem Unterbezirk und im Internet vorschreiben.

Für das Überleben der Partei als Mitglieder- und Massenpartei wird es in Zukunft immer wichtiger, Menschen auch auf anderen Wegen an sich zu binden, als durch die Mitarbeit in einem Ortsverein. Wir machen dafür folgende Vorschläge:

- 1.) Mitglieder, für die aus beruflichen, ehrenamtlichen oder anderen Gründen eine Mitarbeit in einem Ortsverein nahezu unmöglich ist, sollten die Chance erhalten, in anderen Strukturen an den politischen Willensbildungsprozessen in der Partei teilzuhaben.
- 2.) Hierfür muss das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften der Partei aufgabenkritisch hinterfragt werden. Dabei stellt sich v.a. die Frage, ob die neuen Strukturen, ähnlich den Arbeitsgemeinschaften, in vollständiger Deckungsgleichheit mit den Parteistrukturen vom Unterbezirk bis zum Bundesvorstand, sozusagen als "kleine Partei in der Partei", angelegt werden müssen.

Demokratie braucht kreative Jugendverbände - Parteien erst recht!

Nicht erst die aktuelle Shell-Studie hat auf die aktuellen Probleme von Jugendlichen mit "der Politik" hingewiesen. Es ist seit Jahren kein Geheimnis mehr, dass die Jusos - wie andere politische Jugendverbände auch - immer weniger Mitglieder organisieren. Die Gründe dafür liegen freilich nicht allein an den aktiven Jusos. Auch wenn die Probleme mit unattraktiver Strukturen und ideologischer, gleichwohl inhaltsleerer Debatten bei den Jusos nicht vollständig zu leugnen sind, darf nicht vergessen werden, dass die Jusos nur übersetzen, was in der Mutterpartei Realität ist. Und: Kein Ortsverein besitzt mehr Ausstrahlung auf junge Menschen als die Juso-AG. Dennoch ist es notwendig, dass auch wir Jusos unsere Arbeitsweisen kritisch prüfen und infrage stellen. War es aus Sicht von "ParteistrategInnen" lange genug einzige Aufgabe der Jusos, Jugendliche für die politische Arbeit in der SPD zu rekrutieren, so wird von ParteistrategInnen heute der Jugendverband in seinem Bestand und nicht der

deutlich erkennbare gesellschaftliche Wandel als Ursache dafür ausgemacht, dass diese Aufgabe nicht mehr zu erfüllen ist.

Dabei ist es doch in erster Linie die Partei, der junge Menschen nicht beitreten wollen. Einige Gründe hierfür sind oben angeführt, andere sind in den Shell-Jugendstudien nachzulesen. Hinzu kommt, dass die SPD ihren Jugendverband über Jahrzehnte stiefmütterlich behandelt hat. Die im Licht der Öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden Parteioberen haben sich lange Zeit strikt verweigert, auf die thematischen, programmatischen, strategischen oder personellen Vorschläge ihres Jugendverbandes in irgendeiner Form einzugehen. Die Jusos wurden bis in die Mitte der 90er Jahre von ihrer eigenen Partei schlichtweg totgeschwiegen. Da darf man sich dann auch nicht über mangelnden Zulauf wundern. Wer will schon bei einer Organisation mitarbeiten, die in der dazugehörenden Partei offensichtlich keinen Einfluss und kaum Partizipationsmöglichkeiten bei der politischen Willensbildung in dieser Partei hat?!

Die Konsequenz aus dem mangelnden Zulauf bei den Jusos kann also nicht sein, die Jusos in ihrer schwierigen Situation noch mehr zu schwächen und zielstrebigen und karrierebewussten, dabei visionlosen und formbaren JungpolitikerInnen durch GENERALstabsmäßige Schulungsprogramme an den demokratisch legitimierte Strukturen vorbei zu fördern. Vielmehr gilt es nun für die SPD und ihren Jugendverband, gemeinsam organisationspolitische Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Dabei sollte folgendes nicht aus den Augen verloren werden, dass die Jusos mehrere Aufgaben für die Partei erfüllen:

- Erstens binden die Jusos junge Menschen an die Partei, die für eine Mitarbeit auf Ortsvereinsebene oder in anderen verknöcherten Parteistrukturen nicht zu gewinnen sind!
- Zweitens stellen die Jusos für die Partei ein großes kreatives Potential dar, das als solches gefördert und genutzt werden sollte! Dabei stellt sich die Frage nach den Förderung- und Nutzungswegen letztendlich auch als Partizipationsfrage.
- Drittens können die Jusos wichtige und zentrale Aufgaben bei der Qualifikation von jungen Mitgliedern und möglicherweise späteren Funktionsträgern übernehmen.
- Viertens müssen die Jusos jugendpolitisches Ohr und jugendpolitischer Mund der Partei sein.

## **6. Eckpunkte zur weiteren Diskussion**

Generalsekretär Franz Müntefering hat mit seinem Anstoß „Demokratie braucht Partei“ eine Debatte (wieder) entfacht, die die Partei vielerorts unvorbereitet trifft. Es kommt in den kommenden Monaten darauf an, diese Debatte in einem geordneten Prozess weiterzuführen. Vor allem gilt es Strukturveränderungen nicht von oben zu verordnen oder auf kaltem Wege an den Aktiven vorbei zu exerzieren, sondern die Partei als TrägerIn einer umfassenden Erneuerung zu gewinnen.

Es reicht bei weitem nicht aus, Öffnung und Demokratisierung der Partei, Diskursfähigkeit und Professionalisierung mit ein paar Medien-Events inszenieren zu wollen. Aus unserer Sicht müssen im Prozess der Debatte die Funktionen von Parteiführung und Fraktionen sowie der Mitgliedschaft hinterfragt und neu definiert werden. Es muss die Frage nach potentiellen Akteuren und geeigneten Kommunikationsstrategien thematisiert und neue Orte der politischen Diskussion erschlossen werden. Hierfür ist

die Bereitschaft zur Selbstkritik ebenso notwendig wie die Einbindung möglichst aller Kompetenzen und Interessen.

Die Jusos in der SPD werden sich gegen alle Versuche stellen, eine Erneuerung für eine forcierte Strategie der „Entdemokratisierung von oben“ zu vereinnahmen. Dies aus dem Grund, dass die Folge, politische wie personelle Auszehrung sowie Verselbstständigung kleiner Machtzirkel bis hin zu kriminellen Fraternalisierung gerade aktuell bei der CDU zu besichtigen sind. Die Sozialdemokratie darf im Interesse ihrer eigenen Zukunftsfähigkeit nicht zur Kaderpartei des institutionalisierten Machterhalts werden. Sie muss vielmehr den Balanceakt zwischen der Solidarität zu ihren herausgehobenen politischen VertreterInnen und parteiinternem Widerspruch in offener Debatte schaffen. Widerspruch ist ein Grundprinzip der Demokratie, ohne Räume für Widerspruch und offene Diskurs verliere besonders die Sozialdemokratie an Zukunftsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und so letztlich die Mehrheitsfähigkeit.

Wir Jusos werden diesen Prozess nicht nur begleiten und unseren Sachverstand „in Sachen Jugend“ einbringen, sondern auch unsere Erfahrungen aus den Bereichen der Organisationspolitik und der Diskursorientierung einbringen. Insofern sehen wir in den Ansätzen unserer aktuellen Kampagne „Neue Zeiten denken“ durchaus Referenzbeispiele dafür, wie das Vorhaben eines Zukunftsdiskurses angegangen werden kann.

Eckpunkte eines Diskurses über die notwendige Erneuerung sind für uns:

#### Programmdebatte von unten

Die vom Bundesparteitag beschlossene Programmdebatte bietet die Chance, Programmentwicklung, innerparteiliche Demokratie und gesellschaftlichen Diskurs wieder produktiv zusammenzuführen. Die Programmdebatte darf nicht auf inszenierte Veranstaltungen und interne Kommissionssitzungen beschränkt bleiben. Sie muss auf Basis klar definierter Leitfragen für ein sozialdemokratisches Modernisierungsprojekt der Zukunft dezentralisiert und mit größtmöglicher Öffnung geführt werden.

Die Mitgliedschaft in der SPD ist vielfältiger, als ihre Funktionäre und Mandatsträger es gelegentlich zum Ausdruck bringen. Nach wie vor finden sich erhebliche Potenziale (WissenschaftlerInnen, GewerkschaftlerInnen, KünstlerInnen, aber auch kritische UnternehmerInnen), die jedoch selten Zugang zur offiziellen Willensbildung der SPD haben.

#### Mittelfristige Strategieentwicklung

Im Hinblick auf die Erlangung von Meinungsführerschaft und Bündnisfähigkeit bei bestimmten Zielgruppen (Jugendliche, ArbeitnehmerInnen, etc.) muss die Programmdebatte mit einer konsequenten Strategieentwicklung verzahnt werden. Hier liegt eine wesentliche Zukunftsaufgabe für die SPD in Zusammenarbeit mit beratendem Sachverstand von außen (Interessenvertretung, Wissenschaft, Medien, Kommunikation etc.). Wir müssen neue Formen der Zielgruppenansprache (Interessenvertretung, Wettbewerbe, Ideenwerkstätten, Projektarbeit etc.) entwickeln und ausbauen.

#### Überwindung des Strukturkonservatismus und Professionalisierung

Die Partei der Zukunft muss - will sie gesellschaftliche Verankerung stärken - vielfältiger, flexibler und netzwerkartiger organisiert sein. Das immer noch dominierende Territorialprinzip muss durch neue

Zugänge ergänzt werden. Dies erfordert die Stärkung zielgruppenorientierter, fachlicher und projekt-förmiger Strukturen mit entsprechenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten. Hierzu gehören auch neue Formen der elektronischen Kommunikation.

Eine Professionalisierung von Strukturen und Kommunikationsformen (v.a. Internet) ist erforderlich. Zudem brauchen wir eine Kompetenz-Offensive zur Vermittlung "politischer Kulturtechniken". Diese darf sich aber nicht nur auf die Hauptamtlichen reduzieren, sondern muss - auch um Chancengleichheit herzustellen - die ehrenamtlich Aktiven einbeziehen.

### Öffnung

Ohne die Einbeziehung externer Kompetenz und interessierter BürgerInnen kommt in Zukunft keine Partei mehr aus. Auf allen Ebenen müssen die Beteiligungsmöglichkeiten für interessierte Nicht-Mitglieder ausgebaut und gestärkt werden. Dabei müssen stärker als bisher punktuelle Andockpunkte eröffnet werden - ohne dass sich interessierte BürgerInnen von einem Vereinnahmungsanspruch bedroht fühlen.

Dies als Prozess der Demokratisierung und Öffnung und nicht einer elitären Cliquenbildung zu begreifen und zu gestalten ist eine Herausforderung. Foren, Projektstrukturen u.ä. bieten die Chance wichtige Impulse für den sozialdemokratischen Diskurs zu geben und somit demokratiebelebend zu wirken. Notwendig ist eine größtmögliche Öffnung und Transparenz dieser Strukturen, die Einbeziehung kritischer Kräfte und die demokratische Organisation nach innen. Insbesondere sind solche Strukturen kein Freibrief für die Auslagerung von Entscheidungsprozessen in Ministerialbürokratien, Thinktanks und Medienzirkel.

### Stärkung direkter Demokratie

Demokratie ist mehr als der Akt des Abstimmens und erfordert den kritischen Diskurs. Dennoch liegen in plebiszitären Ansätzen auch Chancen für eine Reaktivierung innerparteilicher Diskussion. Sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft müssen direktdemokratische Möglichkeiten gestärkt werden. In der SPD muss die unrealistische 10%-Hürde für ein Mitgliederbegehren gesenkt werden. Volksentscheide halten wir auf allen Ebenen für sinnvoll. Hiervon ausgenommen bleiben sollen Änderungen der Verfassung und der Steuergesetzgebung. Die technische Umsetzung ist mit dem Ziel einer größtmöglichen Beteiligung und Information zu prüfen.

Die Stärkung von innerparteilichen Formen direkter Demokratie muss aber an dem grundlegenden Prinzip der innerparteilichen Chancengleichheit ausgerichtet sein. Deshalb lehnen wir den Vorschlag der Durchführung von „Vorwahlen“ nach US-amerikanischem Vorbild bei Kandidaturen ab. Schon die heute gängigen Personalauswahlmechanismen begünstigen die BewerberInnen, die in eine ausgeprägte informelle Netzwerkstruktur eingebunden sind („Seilschaften“, „Cliques“, „connections“). Die Einführung eines Vorwahl-Prinzips würde nicht nur die Bedeutung dieser informellen Netzwerkstrukturen zur Absicherung des Machtanspruchs weiter erhöhen, sondern - Vorwahlen bedeuten auch „Vorwahl-Wahlkampf“ - von den BewerberInnen eine finanzielle Absicherung ihrer „Kampagne“ abverlangen. Wir wollen aber, dass Kompetenz und Qualität der BewerberInnen den Ausschlag für die Personalauswahl bilden und nicht neben die schon bestehende Hürde der „guten connections“ künftig auch noch die „Zugangsbarriere Geldbeutel“ tritt.

## Verhältnis von Medieninszenierung und Demokratie neu justieren

Eine Professionalisierung, Inszenierung und Personalisierung (gerade in Wahlkämpfen) ist auch aus unserer Sicht notwendig, um Botschaften zuzuspitzen und die Interpretation der eigenen Politik nicht anderen zu überlassen. Sie müssen sich jedoch authentisch einpassen in eine ernstgemeinte und beteiligungsorientierte Diskussions- und Kommunikationsstrategie. Eine selbstbewußter und kompetenter gewordene Gesellschaft verlangt auch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Parteien. Autoritäre Inszenierung von oben führt sehr bald in die Sackgasse.

## PolitikerIn für eine begrenzte Lebensphase und Generationenaufbau

Eine kontinuierliche Personalentwicklung ist wichtig für politische Kontinuität. Auf der anderen Seite sind lebenslange PolitikerInnen- und Hauptamtlichenbiographien gerade für viele Jüngere kein erstrebenswertes Ziel mehr. Ein stärkerer personeller Austausch zwischen Politik, Wissenschaft, sozialen Bewegungen, Wirtschaft und Kultur/Medien ist wünschenswert. Die Ermöglichung von Quereinstiegen kann nur der Anfang einer Entwicklung sein, die das Prinzip "PolitikerIn für eine begrenzte Lebensphase" zulässt. Im besonderen gilt es, die innerparteilichen Ressourcen zu nutzen. Amtszeitbegrenzungen, das Verbot von Doppelmandaten aber auch neue Formen der Auswahl von MandatsträgerInnen können Maßnahmen sein, um aus ritualhaften, binnenzentrierten „Nominierungs- und Wahlhandlungen“ wieder demokratisch höher legitimierte und politisch ausstrahlungsfähige Aufstellungen zu machen.

Die SPD hinkt beim Aufbau der nächsten Generation in entscheidenden politischen Verantwortungen anderen Parteien hinterher. Zwar war das Bestreben einer Verjüngung der Bundestagsfraktion durchaus erfolgreich. Was aber fehlt, ist der Generationenaufbau in der Breite. Insbesondere kann darf sich eine Verjüngung nicht auf die nominelle Senkung des Durchschnittsalters von Vorständen und Fraktionen beschränken. 30 unter 40 in der Bundestagsfraktion ist zwar die Bedingung, nicht aber die Umsetzung des Aufbaus einer neuen Generation eingriffsfähiger SozialdemokratInnen. Erforderlich ist eine systematische Nachwuchsförderung und Personalplanung. Neben der Verpflichtung aller jüngeren FunktionsträgerInnen auf die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen sowie der Entwicklung von TutorInnenmodellen, Kontaktbörsen etc. gehört hierzu auch die gezielte Einbindung von jüngeren QuereinsteigerInnen.

## **7. Reform des Parteiengesetzes**

Der offenkundige Vertrauensverlust der Parteien bzw. der "politischen Klasse" kann nicht allein durch veränderte Gesetze aufgelöst werden. Dennoch ist eine Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen unter anderem hinsichtlich der Spendenpraxis erforderlich. Zielsetzung hierbei muss es sein, eine vollständige Transparenz des Spendenzuflusses an Parteien zu erzielen. Als Maßnahmen schlagen wir vor:

Demokratie gibt es nicht umsonst!



Nicht nur der grundgesetzliche Auftrag an die Parteien legitimiert ihre Arbeit. Ein Willensbildungsprozess, der möglichst viele Menschen teilhaben lässt und demokratisch legitimiert ist, kann ohne Parteien nicht organisiert werden. Das bedeutet aber auch, dass diese demokratischen Prozesse finanziert werden müssen. Zu dem System der öffentlichen Finanzierung gibt es keine Alternative. Dies bedarf aber der Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger, die durch den Schwarzgeld-Skandal der CDU mehr als bislang ins Wanken geraten ist.

Deshalb ist eine größtmögliche Transparenz gerade finanzieller - und der damit im Zusammenhang stehenden - Vorgänge von immanenter Bedeutung. Wir fordern die SPD auf, ein Gesetz vorzulegen, dass ihre Abgeordneten und Regierungsmitglieder im Bundestag und in den Landtagen dazu verpflichtet, ihre Einkommensverhältnisse offenzulegen. Dazu zählen neben den Diäten die Einkünfte aus Honoraren, Beratungsverträgen, Aufsichtsgremien oder Vorstandstätigkeiten.

Solange ein derartiges Gesetz nicht existiert, fordern wir die Abgeordneten und Regierungsmitglieder aller Parteien in den Landtagen und dem Bundestag auf, ihre Einkommensverhältnisse freiwillig offenzulegen. Die Grenze der nach Parteiengesetz zu veröffentlichenden Spenden ist drastisch zu reduzieren, Verstöße gegen Vorschriften des Parteiengesetzes, insbesondere hinsichtlich der Angaben in Rechenschaftsberichten, sind strafrechtlich zu ahnden. Bei Versorgungsempfängern können außerdem die Bezüge gekürzt werden, die ihnen als ehemalige Minister, Staatssekretäre, kommunale Wahlbeamten und Abgeordnete zustehen. Vorsätzliche Vergehen von MandatsträgerInnen müssen zu Amtsenthebung und Verlust von Bezügen führen. Sämtliche Inlandskonten müssen angemeldet werden, Auslandskonten sind zu verbieten, auch wenn sie auf den Namen eines Dritten laufen. Neben dem Präsidenten des Bundestages kontrolliert zusätzlich der Bundesrechnungshof, dem die Parteien Einsicht in die Konten zu verschaffen haben. Der Bundesrechnungshof fertigt an Hand des Rechenschaftsberichts und der Konten Gutachten an. Ab einem Betrag von DM 3000 müssen Name und Adresse des Spenders im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden.

Um übermäßige Machtkonzentration zu verhindern, muss die Amtszeit von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten auf eine unmittelbare Wiederwahl beschränkt werden.

=

# Rot-Grüne Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen jetzt konstruktiv zu einem Ende bringen

Rot-Grüne Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen jetzt konstruktiv zu einem Ende bringen

Der Juso-Bundeskongreß fordert die nordrhein-westfälische Verhandlungskommission auf, die Koalitionsverhandlungen mit den nordrhein-westfälischen Grünen nun fair und zielorientiert einem Ergebnis zuzuführen. Das Zustandekommen einer Rot-Grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen ist auch von hoher bundespolitischer Bedeutung, da die Bundesregierung ein starkes Pendant im Bundesrat braucht. Die bisherigen Verhandlungsergebnisse zeigen, dass es gegenwärtig zwischen SPD und Grünen keine unlösbaren Gegensätze gibt. Der politische Spielraum für einen Koalitionsvertrag, der beiden Koalitionsparteien eine Zustimmung ermöglicht, ist eindeutig vorhanden. Gerade im wichtigen Bereich der Verkehrs- und Energiepolitik liegen SPD und Grüne nah beieinander. Der Ausstieg aus der Atomenergie und die massive Förderung regenerativer Energieträger sind Grundlagen beider Parteien. In der Verkehrspolitik gilt es in dem Transitland NRW die Verkehrsströme auf die Schiene zu verlagern und den Nahverkehr auszubauen. Das Möllemansche Konzept eines unreflektierten Ausbaus des Autobahnnetzes ist mit sozialdemokratischen Konzepten in der Verkehrspolitik unvereinbar.

Ein Rot-Gelbes Bündnis in NRW wäre Wahlbetrug. Die grundlegend unterschiedlichen Vorstellungen beider Parteien sind im Wahlkampf klar gegeneinander gestellt worden. Der einstimmige Beschluß von SPD-Landesvorstand und Fraktion zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit den Grünen ist daher alternativlos. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtag ist reformerische Politik nur mit einer Rot-Grünen Koalition möglich.

Die Frontstellung, die in der ersten Verhandlungswoche zwischen den Verhandlungspartnern aufgebaut worden ist schadet dem Ansehen von Rot-Grün insgesamt. Bereits gewonnenes Vertrauen der Menschen wird durch eine solche Art der Verhandlungsführung nachträglich wieder in Frage gestellt.

Wir erwarten daher zum Abschluß der Verhandlungen ein klares Signal für eine soziale und ökologische Politik in Nordrhein-Westfalen. Von einer Neuauflage der Rot-Grünen Koalition in NRW erwarten wir insbesondere:

- die klare Absage zu Studiengebühren
- konsequente Schritte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- erhöhten Druck auf die Wirtschaft zur Beseitigung des nach wie vor vorhandenen Mangels an Ausbildungsplätzen
- Schritte zur weiteren Gestaltung eines emanzipativen Schullebens und klare Absagen an ein Zentralabitur .
- Weitere Schritte zur Förderung regenerativer Energien

- Ein abgestimmtes Mobilitätskonzept für Nordrhein-Westfalen, das Anreize zur Verlagerung des Individual- und Lastverkehrs auf die Schiene schafft.

=

# Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten

## *Eckpunkte zur Förderung der lokalen Ökonomie und zum Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors*

### **1. Zukunft der Arbeitsgesellschaft**

Das Problem anhaltender Massenarbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik seit rund 25 Jahren ungelöst. Nach wie vor sind rund vier Millionen Menschen registriert arbeitslos - davon rund ein Drittel seit über einem Jahr. Faktisch fehlen mindestens acht Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. In Westdeutschland steigt der Sockel der Arbeitslosigkeit seit den 70ern mit jedem konjunkturellen Abschwung. In Ostdeutschland ist die Massenarbeitslosigkeit im Zuge des Vereinigungsprozesses schockartig entstanden. Für die Gesellschaft bedeutet dies einen Wohlstandsverlust: Schätzungen zufolge könnte die volkswirtschaftliche Wertschöpfung bei Vollbeschäftigung rund 500 Mrd. DM größer sein.

Die Politiken mehrerer Regierungen haben im Kern auf zwei Wege gesetzt. Erstens die nachfrage- und/oder angebotspolitische Wiederbelebung der wirtschaftlichen Dynamik der Nachkriegszeit und zweitens den Ausbau von arbeitsmarktpolitischen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. Flankiert wurde dies drittens durch v.a. gewerkschaftliche Arbeitszeitverkürzungspolitik. Die bislang gewählten Strategien haben jedoch das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht aufheben können.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit wird vielfach als Beweis für das "Ende der Arbeitsgesellschaft" angesehen. Diese These ist aus mehreren Gründen nicht haltbar. Erstens ist nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch erwerbstätig. Zweitens nimmt der individuelle Anspruch auf qualifizierte Erwerbsarbeit eher zu als ab. Die geringe deutsche Frauenerwerbsquote von 63% (Männer: 80%) zeigt zudem einen erheblichen Nachholbedarf in bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter. Drittens geht der Gesellschaft nicht die Arbeit aus. Viele wichtige gesellschaftliche Aufgaben bleiben unerledigt, weil sie unter den gegebenen Bedingungen nicht finanziert werden können.

Wir haben es nicht mit einer Krise der Arbeitsgesellschaft zu tun, sondern mit einer ökonomischen Strukturkrise, die aus sich selbst heraus nicht dazu in der Lage ist, die volkswirtschaftlichen Ressourcen für den Aufbau neuer Beschäftigung zu nutzen. Eine Politik, die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen will, muß daher tiefer in die ökonomischen Prozesse eingreifen, als sie es in den letzten 25 Jahren getan hat.

### **2. Wirtschaftsdualismus - Ökonomische und gesellschaftliche Spaltung**

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit findet nach wie vor zwischen zwei Richtungen statt. Während die eine Seite den Fehler in unzureichenden Angebotsbedingungen (zu hohe Steuern und Lohnkosten, unzureichende Flexibilität der Arbeitsmärkte, gesetzliche Überregulierungen etc.) sieht, thematisiert die andere Seite die Gerechtigkeitsfrage sowie volkswirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge und plädiert für eine Ausweitung der Binnennachfrage.

Zweifellos ist die Umkehrung der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse und die Ausweitung der Binnennachfrage eine Schlüsselfrage für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung. Eine nachfrageorientierte Politik auf der makroökonomischen Ebene muß allerdings das strukturelle Problem integrieren, dass wir es mit einer gespaltenen ökonomischen Entwicklung zu tun haben, die in der Tendenz auf eine Entkoppelung der Akkumulationsdynamik des Exportsektors vom Binnensektor hinausläuft. Während nach wie vor hohe Exportgewinne erzielt werden und die deutsche Industrie in vielen Branchen eine bedeutsame Rolle auf dem Weltmarkt spielt, leidet der Binnensektor (z.B. Handwerk, Einzelhandel) unter einer stagnierenden Nachfrage und darunter, dass ihm die Rationalisierungserfolge der hochproduktiven Sektoren vermittelt über die anwachsende Arbeitslosigkeit und entsprechend steigende Lohnnebenkosten aufgehalst werden.

Daraus erwachsen jene dualistischen Wirtschaftsstrukturen, in denen auf der einen Seite hoch produktive global agierende Konzerne im internationalen Fusionsfieber liegen, exzellente Geschäftsergebnisse und eine gute Börsenperformance erzielen. Auf der anderen Seite stehen aber Einzelhandelsunternehmen, soziale Dienstleister, Handwerksbetriebe, Bauunternehmen etc., die durch die Austrocknung der Binnenwirtschaft Umsatzeinbußen, Unternehmenspleiten und Entlassungen zu verzeichnen haben. Während im Zuge der neoliberalen Offensive - die vorwiegend auf hochtechnologische, angebotspolitisch flankierte Exportoffensiven, Geldwertstabilität und die Drosselung der Binnennachfrage gesetzt hat - die privaten Geldvermögen explodieren, bleiben erhebliche Innovations- und Wachstumspotenziale in der Binnenwirtschaft unerschlossen bzw. verlagerten sich in die Schattenwirtschaft, die mittlerweile 15 Prozent des BIP ausmacht. Besonders dramatisch sind die Konsequenzen in wirtschaftlichen Krisenregionen: veraltete Wirtschaftsstrukturen, Massenarbeitslosigkeit, soziale Probleme und unzureichende Binnenkaufkraft treffen hier zusammen.

Die spezifische fordistische Konstellation, die über die "innere Landnahme" eine Ausweitung von Massenproduktion, Massenkonsum, die Verallgemeinerung der Lohnarbeit vor allem für Männer und den Ausbau des Sozialstaates ein fruchtbares Wechselverhältnis von Export- und Binnenwirtschaft gewährleisten konnte, wurde ersetzt durch eine verstärkte "äußere Landnahme" auf der einen und eine Austrocknung der Binnenwirtschaft auf der anderen Seite. Gleichwohl gibt es selbstverständlich kein Zurück in die fordistische Ära. Nach wie vor hat der industrielle Sektor eine zentrale Stellung in der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Aber er ist aufgrund der Scherentwicklung von Produktivität und Wachstum eben nicht mehr in der Lage, den Großteil der Menschen zu beschäftigen. Alle wesentlichen Prognosen gehen davon aus, dass auch in Zukunft die Steigerung der Arbeitsproduktivität überhalb der Wachstumsraten liegen wird. Auch bei distributiven und finanziellen Dienstleistungen (Banken, Einzelhandel, etc.) sind die vorhandenen Rationalisierungspotentiale noch nicht ausgeschöpft. Auf der anderen Seite existieren erhebliche Bedarfe an zu erledigender Arbeit in den Bereichen, in denen wegen der spezifischen Form der Arbeit (z.B. uno-actu-Prinzip) in der Regel so gut wie keine Möglichkeit der Produktivitätssteigerung gegeben ist: nämlich bei den personenbezogenen Dienstleistungen, von den sozialen Diensten über die Bildung und Kultur bis hin zum öffentlichen Verkehrswesen, aber auch beim Handwerk und handwerksähnlichen Serviceleistungen (Reparatur u.a.).

Erforderlich ist daher ein gesamtwirtschaftlicher Transfermechanismus, der die Produktivitätsgewinne des Exportsektors zum Aufbau von qualifizierter Beschäftigung im Binnensektor nutzt. Eine Reformpolitik, die Beschäftigung und volkswirtschaftliche stabile Proportionen schaffen will, muss die Austauschverhältnisse zwischen den hochproduktiven Weltmarktindustrien und den personal- und dienstleistungsintensiven regionalwirtschaftlichen Sektoren ins Zentrum rücken. Die Rationalisierungen in Industrie und Dienstleistungen stellen für sich genommen kein Problem, sondern die Basis für gesell-

schaftliche Wohlstandssteigerungen dar. Daher geht es nicht um eine Entgegensetzung von Export- und Binnenwirtschaft. Vielmehr sind hochproduktive industrielle Kerne mit entsprechenden Dienstleistungen die Voraussetzung für die volkswirtschaftliche Finanzierbarkeit alter und neuer binnenwirtschaftlicher Wirtschaftskreisläufe. Eine ganz wesentliche Aufgabe fortschrittlicher Beschäftigungspolitik wird zukünftig darin bestehen müssen, Ressourcen für wirtschaftliche Initiative "von unten" bereitzustellen und damit den Sektor zwischen Markt und Staat auszuweiten. Gefragt sind daher andere Instrumente. Konkret stellt sich die Herausforderung, neben der interpersonellen Umverteilung eine "intersektorale" Umverteilung vorzunehmen und damit gezielt bestehende und neue Wirtschaftsstrukturen zu fördern.

### **3. Wunderheiler Niedriglohn?**

Angesichts der Produktivitätsentwicklung im industriellen Sektor und den bevorstehenden Automatisierungen im Dienstleistungsbereich (z.B. Banken) sind die größten Beschäftigungspotenziale im Bereich der sozialen und personenbezogenen Dienste zu sehen. Der mögliche Entwicklungsschub ist jedoch unter den gegebenen Bedingungen einer dualistischen Wirtschaftsstruktur blockiert.

Die Antwort sehen nicht nur Neoliberale, sondern auch Teile der Sozialdemokratie im Ausbau eines Niedriglohnssektors. Die Entwicklungsblockade niedrigproduktiver Dienstleistungen soll durch eine Spreizung der Lohnentwicklung aufgelöst werden. Die Annahme lautet: je billiger Putzfrauen und Tüteneinpacker sind, desto eher sind obere und mittlere Einkommensgruppen dazu bereit, einen Teil ihrer Kaufkraft in dieses neue Dienstleistungssegment fließen zu lassen. Da die in der USA vielfach festgestellten sozialen Spaltungen in Westeuropa nicht akzeptiert werden, aber gleichzeitig die Ausweitung des kostenintensiven öffentlichen Dienstes (z.B. nach dem schwedischen Modell) als nicht finanzierbar gilt, setzt der "sozialdemokratische dritte Weg" im Gegensatz zu neoliberalen Modellen auf die Subventionierung von Billiglöhnen. Diese stehen oft in Verbindung mit Repressionen, eine derartige Arbeit unter Androhung von Leistungskürzungen auch anzunehmen.

Im Rahmen des "Bündnis für Arbeit" wurde ein gestaffelter Zuschuß zu den Sozialversicherungsbeiträgen bei Niedriglöhnen vorgeschlagen. Dieses Modell birgt eine Menge Risiken wie Mitnahmeeffekte und Mißbrauch. So werden auch bereits bestehende Arbeitsverhältnisse in unteren Einkommensgruppen pauschal subventioniert, ohne dass es dafür eine Notwendigkeit gibt. Zudem ist zu befürchten, dass derartige Ansätze negative Auswirkungen auf das Tarifgefüge haben. Aber auch die Beschäftigungswirkung muß bezweifelt werden: nach Berechnungen des IAB stehen den hohen Kosten von 15-24 Mrd. DM vergleichsweise geringe Arbeitsplatzeffekte (160.000) gegenüber.

Für die Gesamtgesellschaft sind derartige Ansätze wohlstandsmindernd, da sie die vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen nicht optimal nutzen. Im industriellen Sektor würde die Stärkung von Leichtlohngruppen mit dem Ziel, Kapital durch Arbeit zu ersetzen, auf Kosten von Produktivität und Innovation gehen. Dies würde aber die "Standortqualität" nachhaltig verschlechtern. Im Dienstleistungssektor ist der Niedriglohn-Ansatz verbunden mit der Zielsetzung, einfache Dienste für Geringqualifizierte auszubauen. Hier stellt sich die Frage, ob der Staat mit Hilfe von Steuergeldern eine "Dienstbotenkultur" und somit die dauerhafte Spaltung der Arbeitsgesellschaft politisch fördern sollte. Die Entmoralisierung einer "working poor" schwächt wiederum die volkswirtschaftliche Innovationsfähigkeit.

Auch der Verweis auf die angeblichen Beschäftigungswunder in anderen Ländern (USA) läßt die sozialen Folgekosten von Niedriglohnansätzen außer acht. Im internationalen Vergleich läßt sich kein

systematischer Zusammenhang zwischen einem hohen Anteil von Niedrigeinkommen und einer hohen Beschäftigungsquote nachweisen.

Zweifellos steht die Beschäftigungspolitik erstens vor der Herausforderung neue Potenziale im Dienstleistungsbereich zu erschließen und zweitens Beschäftigungsperspektiven für Geringqualifizierte zu schaffen. Die entscheidende Frage ist nicht, ob neue Beschäftigungsfelder öffentlich subventioniert werden, sondern in welcher Form. Anstatt pauschal an den einzelnen Subjekten anzusetzen, setzen wir auf eine Projektförderung in Feldern des gesellschaftlichen Bedarfs.

#### **4. Welche Dienstleistungsgesellschaft wollen wir?**

Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind bei sektoraler Betrachtung knapp 60% der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt. Betrachtet man die Tätigkeiten, liegt der Anteil an Dienstleistungstätigkeiten bereits bei knapp drei Vierteln aller Beschäftigten. Alle vorliegenden Prognosen gehen davon aus, dass die Dienstleistungstätigkeiten relativ zu produzierenden Tätigkeiten weiter zunehmen werden. Damit ist aber noch nicht entschieden, welche Qualität die Arbeitsplätze haben. Wir wollen ein positives Leitbild einer zukünftigen Dienstleistungsgesellschaft entwickeln. Dies steht für uns nicht gegen industrielle Entwicklung. Im Gegenteil: der wachsende Sektor der produktionsnahen Dienstleistungen tritt nicht an die Stelle industrieller Produktion, sondern ergänzt sie. Unser Leitbild einer qualitativen Dienstleistungsentwicklung strebt den Ausbau von qualifizierten Arbeitsplätzen an. Im Hinblick auf lokale Ökonomie und öffentlich geförderte Beschäftigung sind vor allem zwei Aspekte hervorzuheben.

Erstens erfordert der gesellschaftliche Wandel ein größeres Angebot an bezahlbaren sozialen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Der Funktionswandel der Familie, die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen, die demographische Entwicklung und der Trend zur Pluralisierung von Lebensstilen führen zu wachsenden Bedarfen auf der Nachfrageseite. Der Ausweitung des Angebots sind allerdings unter Marktbedingungen Grenzen gesetzt.

Zweitens muß eine Antwort auf die Globalisierung (wenn auch zweifellos nicht einzige) darin bestehen, wieder regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Ausgangspunkt ist dabei der Ansatz, eine höhere Ressourcenproduktivität durch eine Verlängerung der Nutzungsdauer und eine Erhöhung der Nutzungsintensität von Gütern zu erzielen. Eine derartige Produktions- und Konsumptionsweise soll nicht durch das massenhafte Kaufen und Wegwerfen von Massenprodukten geprägt sein, sondern durch den Erwerb von Nutzen. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeiten soll sich somit von der Produktion hin zum Produktmanagement verschieben. Vom Produktdesign, über die Reparatur bis hin zu Beratung und Verleih entstehen Dienstleistungssegmente um industrielle und handwerkliche Produkte herum. Eine derartige "nutzungsbezogene Dienstleistungswirtschaft" ist wegen der erforderlichen Kundennähe notwendigerweise dezentralisiert und regionalisiert.

#### **5. Erforderlich ist ein policy mix für mehr Beschäftigung**

Die Ausweitung von qualifizierter Dienstleistungsarbeit und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist nicht mit halbherzigen Mini-Reformen und wirtschaftsliberalen Experimenten von gestern zu haben. Erforderlich ist ein langfristig und strategisch ausgerichteter policy mix, der verschiedene Strategien miteinander verbindet. Erstens eine wachstumsfreundliche und nachfrageorientierte Geld-, Finanz-, und Tarifpolitik. Zweitens die Ausweitung differenzierter Formen von Arbeitszeitverkürzungen. Drittens eine Innovationsstrategie, die Strukturpolitik, öffentliche Investitionen und Qualifizierung im

Hinblick auf ausgewählte Wachstumsfelder bündelt. Viertens muß die aktive Arbeitsmarktpolitik reformiert werden und der Tatsache strukturell verfestigter Arbeitslosigkeit Rechnung tragen. All diese Ansätze müssen auch auf europäischer Ebene verzahnt und umgesetzt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses policy mix ist der Aufbau eines dauerhaften Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung (ÖBS).

## **6. Zwischen Staat und Markt: Grundüberlegungen für ein "Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten"**

Der Markt ist für sich genommen blind für soziale und ökologische Ziele. Aus diesem Grund gibt es wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge (Soziales, Bildung, Infrastruktur etc.), die dem Markt zumindest teilweise entzogen sind. Für die Linke ist dies aber nicht nur eine Hilfskonstruktion für den versagenden Markt, sondern kann öffentliche Kontrolle über gesellschaftlich relevante Felder sicherstellen und hat für die EmpfängerInnen und Beschäftigten positive Aspekte. Staatliche Leistungen müssen sich aber auf den Weg machen, vielfach geäußerte Vorwürfen – sie seien zu unflexibel, bürokratisch und gegenüber spezifischen lokalen Bedürfnislagen zu wenig aufgeschlossen – auszuräumen.

Grundsätzlich sind als Zielstellungen die Orientierung am Bedarf, der Zuschnitt von Leistung und Entgelt auf bedürftige oder benachteiligte Gruppen, die Ausweitung der Erwerbsquoten von Frauen und Langzeitarbeitslosen, sowie MigrantInnen und Behinderten anzustreben.

In welcher Form öffentlich geförderte Beschäftigung zu organisieren ist, lässt sich pauschal nicht beurteilen. Alle Modelle zwischen Markt und Staat sind konsequent darauf zu prüfen, inwieweit sie die positiven Aspekte gewährleisten können.

Drei Modelle bieten sich derzeit an:

### Der öffentliche Dienst

Positiv am öffentlichen Dienst ist besonders die dauerhafte Garantie, dass die Bedarfe befriedigt werden können. Allerdings fehlt in zuweilen die örtliche Nähe zu den Betroffenen. Während in Ballungszentren viele Anknüpfungspunkte für gesellschaftlich wertvolle Arbeit vorhanden sein können, die ausgebaut und professionalisiert werden können, würden in ländlichen Gebieten viele gesellschaftliche Bedarfe ungedeckt bleiben, wenn nicht der öffentliche Dienst sie anbieten oder zumindest anstoßen würde. Weiterhin gilt es bei der Ausgestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung darauf zu achten, wie die dauerhafte und kompetente Ausführung gewährleistet werden kann. Es besteht die Gefahr, dass der Ansatz der Selbstorganisation zu Lobbyismus für Initiativen und Vereine werden kann und mit einer konkreten Planung auf regionaler Ebene nur schwer zu vereinbaren ist. Zudem müssen im öffentlichen Dienst andere Kriterien als das der Rechtssicherheit der Auskünfte Einzug erhalten, um eine Orientierung auf den Nutzer von Dienstleistungen, Auskünfte und Ansprüchen erreichen zu können. Zudem müssen einzelne Bestandteile der Organisation des öffentlichen Dienstes (wie z.B. steile Hierarchien) überprüft werden. Außerdem bietet der öffentliche Dienst die Möglichkeit die tariflichen Rechte der Beschäftigten durch eine geeignete Interessenvertretung mittels Betriebsräten und Gewerkschaften sicherzustellen.



## Soziale Betriebe

Soziale Betriebe sind vorrangig zur Hilfe von Existenzgründungen zu verstehen. Die Kombination von Existenzgründungshilfe und sozialen Komponenten (die Bezuschussung der Einstellung Langzeitarbeitsloser) wollen wir verstetigen, jedoch müssen Modelle gefunden werden, die Mitnahmeeffekte privater Unternehmer ausschließen. Es sind außerdem Modelle zu finden, wie öffentliche Betriebe oder gemeinnützige Betriebe besonders gefördert werden können, um die Selbstorganisation der Betroffenen vorantreiben zu können.

## Neues Arbeiten - Neues Wirtschaften

Unter der Überschrift "Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten" beschreiben wir insofern ein mehr Prinzip, als ein konkretes beschäftigungspolitisches Instrument. Wir wollen den Ansatz eines ökonomischen Sektors zwischen Staat und Markt sowohl zur Steigerung der Beschäftigung als auch zur Durchsetzung wirtschaftlicher Demokratie Schritt für Schritt stärken und ausbauen. Folgende Grundüberlegungen stehen für uns im Vordergrund:

- Alternativmodell, nicht Rückzug in die Nische: Wir wollen neue gesellschaftliche Formen des Arbeitens und Wirtschaftens etablieren. Unsere Überlegungen sind damit auch als Alternativmodell zur privaten und profitorientierten Wirtschaft anzusehen. Sie dürfen aber nicht als grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus mißverstanden werden. Eine linke Strategie muß auch immer die Demokratisierung des privaten Sektors (v.a. der Banken und der Großkonzerne) anstreben und darf sich nicht in die Nische eines öffentlich geförderten Sektors zurückziehen.
- Orientierung an gesellschaftlichen Bedarfen: Der ÖBS ist nicht nur ein Programm zum Aufbau neuer Beschäftigung, sondern ein Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung und Wohlstandssteigerung. Es sollen vor allem solche Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, die über den Markt nicht bereitgestellt werden, weil sie nicht profitabel sind. Insofern geht es darum, den Gebrauchswert und nicht den Tauschwert der im ÖBS geleisteten Arbeit zu maximieren. Die Bedarfsermittlung kann nicht bürokratisch von oben vorgenommen werden, sondern muß von den jeweiligen lokalen Problemlagen ausgehen und soll demokratisch organisiert werden.
- Tariflich entlohnte und qualifizierte Beschäftigung für Frauen und Männer fördern: Der ÖBS soll neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose schaffen. Diese Arbeit soll tariflich entlohnt werden und den Qualifikationen der Arbeitslosen entsprechen. Vor allem bei Geringqualifizierten soll die Beschäftigungsförderung verzahnt werden mit berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen. Zudem sind Frauen zu mindestens 50% an den geförderten Maßnahmen zu beteiligen. In eigenen Tarifverträgen für den ÖBS sollen neue Modelle der Arbeitsorganisation (z.B. Wahlteilzeit mit Rückkehrrecht) verankert werden.
- Strukturbezogenheit der Förderung: Soweit wie möglich soll die Förderung des ÖBS darauf ausgerichtet sein, die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken bzw. die vorhandenen Potenziale weiterzuentwickeln. Die im Rahmen des ÖBS geförderten Projekte sollen sich daher in Regionale Entwicklungskonzepte einfügen.
- Neues Regulationsmodell zwischen Staat und Markt: Sowohl in bezug auf die demokratische Ermittlung von Bedarfen als auch die Finanzierung ist der ÖBS Teil eines neuen Regulationsmo-

dells zwischen Staat und Markt. Der Staat definiert die Rahmenbedingungen und stellt einen Teil der finanziellen Ressourcen zur Verfügung. Die Bedarfsermittlung erfolgt in einem gesellschaftlichen Diskussionsprozeß unter Einbeziehung lokaler und regionaler Akteure. Die Finanzierung erfolgt mischfinanziert aus öffentlichen Zuschüssen und erwirtschafteten Eigenmitteln.

- Förderung von Selbstorganisation und Stärkung der "zivilgesellschaftlichen" Strukturen: Eigeninitiative von unten entspricht durchaus unserem sozialistischem Leitbild von Selbstorganisation. Sie erfordert jedoch eine materielle Basis. Im Rahmen des ÖBS sollen die vielfältigen Formen der Selbstorganisation von unten auf eine professionelle und sichere Grundlage gestellt werden. Wir wollen vorhandene Kreativität fördern und unterstützen. Sowohl Einzelpersonen als auch gesellschaftliche Gruppen sollen Ideen für zu unterstützende Projekte in den Diskussionsprozeß einbringen und bei entsprechender Akzeptanz umsetzen können.

- Professionalisierung der Reproduktionsarbeit: Der ÖBS soll zudem einen Beitrag dazu leisten, bislang überwiegend von Frauen im privaten Haushalt erledigte Reproduktionsarbeiten zu professionalisieren und im Rahmen von Erwerbsarbeit regulär zu entlohnen bzw. sozialstaatlich abzusichern. Es geht uns aber weiterhin darum, die -sozialstaatliche abgesicherte-Reproduktionsarbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufzuteilen und ausreichend zeitliche Freiräume zu schaffen.

- Keine Verschiebung von öffentlichen Aufgaben: Unsere Überlegungen in Richtung ÖBS sollen nicht als heimliches Deregulierungs- und Privatisierungsprogramm missverstanden werden. Privatisierungen und Stellenabbau des öffentlichen Dienstes sind zu bekämpfen; vielmehr gilt es für eine Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes zu streiten. Wir stehen weiterhin dafür ein, wichtige Schlüsselbereiche des öffentlichen Lebens im öffentlichen Dienst zu organisieren, da Zuverlässigkeit, soziale Preise und abgesicherte Beschäftigung im öffentlichen Dienst gewährleistet werden kann. Es ist sinnvoll, für eine Demokratisierung der Gesellschaft durch Überführung privater Unternehmen in öffentliche Verfügung und Eigentum und durch Ausbau eines Sozialstaats zu kämpfen. Angesichts dessen würde es einen gewaltigen Rückschritt bedeuten, Bereiche der öffentlichen Hand, wo politische Gestaltung und Regulierung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit eher möglich ist, nun durch Privatisierung zu entdemokratisieren, denn im privaten Bereich ist gesellschaftlicher Einfluss viel schwerer möglich. Die Linke muss den wundersamen Verheißungen, die als Folge von Privatisierungen sowohl von konservativer wie auch von alternativ-libertärer Seite beschworen werden, konsequent entgegentreten und sie widerlegen. Im Gegenteil: Privatisierung ist mit desaströsen Folgen für die BürgerInnen, die Beschäftigten und die politische Handlungsfähigkeit von Kommunen und Länder verbunden. Auch bei zusätzlichen Aufgaben soll immer geprüft werden, ob der öffentliche Dienst nicht eine geeignete Form der Dienstleistungen anbieten kann. Es macht keinen Sinn, Aufgabenbereiche, die originär dem öffentlichen Dienst zuzuordnen sind, vom öffentlichen Dienst aus- und in den ÖBS einzulagern. Diese Aufgabenbereiche sollten dem öffentlichen Dienst vorbehalten sein. Öffentliche Strukturen stehen jedoch vor der Herausforderung, transparenter, bürgerInnennäher und effizienter zu werden.

## **7. Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Arbeitsversicherung und ÖBS**

Die aktive Arbeitsmarktpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Re-Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Trotz zahlreicher Leistungsbeschränkungen wurde ein differenziertes Instrumentarium entwickelt, um die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu verhindern bzw. Qualifizierungen und öffentlich geförderte Beschäftigung anstelle von passiver Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Dennoch bleibt die

aktive Arbeitsmarktpolitik nach wie vor der Logik verhaftet, dass sie lediglich eine flankierende beschäftigungspolitische Funktion zur sozialen Abfederung konjunktureller Arbeitslosigkeit und qualifikatorischen Anpassung des Arbeitsangebots hat. Die Ausrichtung der Arbeitslosenversicherung am individuellen Risikofall wird den Herausforderungen struktureller Arbeitslosigkeit längst nicht mehr gerecht. Daher ist ein Paradigmenwechsel überfällig.

Die für 2001 geplante Reform des SGB III muß den Grundsatz "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" konsequent umsetzen. Wir wollen die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umwandeln. Diese soll präventiv agieren und den Beschäftigten die Anspruchnahme von Leistungen (Qualifizierung, Sabbaticals etc.) ermöglichen. Wichtig ist vor allem eine flankierende Funktion bei der Realisierung von Arbeitszeitverkürzungen und Unterstützung von Neueinstellungen im Rahmen von neuen Arbeitszeitmodellen, Job-Rotation-Modellen etc.

Spätestens nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit sollen alle Arbeitslosen (und damit nicht nur bisherige LeistungsempfängerInnen) Anspruch auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Sofern keine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt möglich ist, muß ihnen eine entsprechende qualifikationsgemäße Beschäftigung im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor angeboten werden. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) soll auf Basis der bisherigen ABM und SAM als neuer Ansatz in die aktive Arbeitsmarktpolitik integriert werden. Er soll gegenüber ABM oder SAM eine dauerhafte und projektorientierte Förderung ermöglichen und eng mit der regionalen Strukturpolitik verzahnt werden. Die Finanzierung kann nicht nur den BeitragszahlerInnen obliegen. Erforderlich ist ein regelgebundener Bundeszuschuß aus Steuermitteln sowie eine Beteiligung von Beamten und Selbstständigen an den Kosten aktiver Arbeitsmarktpolitik. Beamte und Selbstständige sollen zur Finanzierung der Aufgaben eine Arbeitsmarktabgabe leisten.

## **8. Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik**

Die bisherige Strukturpolitik von EU, Bund und Ländern (z.B. die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur) richtet sich vor allem auf den Sektor der Exportwirtschaft. Systematisch vernachlässigt werden die binnenwirtschaftlichen Potenziale bzw. die lokale Ökonomie. Daher plädieren wir für den Aufbau einer "zweiten Säule" der Strukturpolitik, die regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und somit auch einen Beitrag zur Ökologisierung der Produktionsweise leistet. Auf Basis einer Regionalanalyse, die die vorhandenen regionalwirtschaftlichen Potentiale und Entwicklungsmöglichkeiten feststellt, sollen Leitbilder für die weitere Entwicklung definiert werden. Bei der Definition dieser Leitbilder geht es vor allem um drei Aspekte. Erstens sollten die Produktlinien identifiziert werden, an denen entlang regionale bzw. lokale Wirtschaftscluster (spezifische, sich positiv verstärkende Branchenkonzentrationen in einer Region) bereits bestehen oder entstehen können. Zweitens müßte ein regionales Stoffstrommanagement, d.h. das Bestreben, innerregionale Energie- und Wertstoffkreisläufe zu organisieren, elementarer Bestandteil solcher Leitbilder sein. Drittens sollten die Lücken in der regionalwirtschaftlichen (lokalen) Versorgungslage identifiziert und entsprechende Handlungs- sowie Förderbedarfe abgeleitet werden. Auf Basis dieser Leitbilder müssen neue Formen der Kooperation und Finanzierung zwischen Staat, privaten Unternehmen und einem neuen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gefunden werden. Eine solche Verzahnung läßt sich in nachfrageorientierten Investitionsprogrammen wie beispielsweise dem Delors-White-Paper der EU-Kommission von 1993 integrieren und wird Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt auch nur in Begleitung solcher großangelegter Investitionsprogrammen entfalten.

Zum Teil wird dies auch bereits gegenwärtig als Integration von Arbeits- und Gewerbeförderung umgesetzt. Integrierte Projekte der Arbeits- und Gewerbeförderung unternehmen den Versuch, die Ziele aktiver Arbeitsmarktpolitik und die lokale Strukturförderung miteinander zu verzahnen und somit Synergieeffekte zu erzielen. Dem neben "Primärziel" der Re-Integration von Arbeitslosen steht das "Sekundärziel" der Bereitstellung bestimmter Güter und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung der endogenen Potenziale der regionalen Wirtschaftsstruktur. Typische Felder für integrierte Projekte sind die Infrastruktur, die Aufbereitung von Brachflächen, die Renaturierung, die Denkmalpflege oder die Stadterneuerung. Finanziert werden die Projekte über zwei Quellen. Die erste Quelle sind kombinierte Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus unterschiedlichen Fördertöpfen der EU, der Arbeitsverwaltung, der Länder und der Kommunen. Die zweite Quelle stellen die Einnahmen aus produktiver Tätigkeit dar. Hierbei treten zwei Problemfelder auf. Zum einen müssen die unterschiedlichen Fördermaßnahmen hinsichtlich Zweckbindung, Laufzeiten und Förderbestimmungen koordiniert werden. Zum anderen gilt es, die Kooperation aller beteiligten Akteure (Auftraggeber, Mittelgeber, Träger, beteiligte Unternehmen) sicherzustellen. Da eine entsprechende Struktur zur Lösung dieser Problemfelder in der Regel nicht zur Verfügung steht, bilden sich unter hohem Aufwand projektbezogene Strukturen heraus. Hier ist eine Bündelung und Transparenzsteigerung des umfangreichen Förderdschungels von EU, Bund, Ländern und Kommunen im Rahmen einer auf die regionale Binnenwirtschaft bezogenen "zweiten Säule" der Strukturpolitik erforderlich.

## **9. Doppelstrategie für "Neues Arbeiten - Neues Wirtschaften"**

Aus den bisherigen Überlegungen leiten wir eine Doppelstrategie für "Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten" ab. Der erste Ansatz richtet sich auf die Förderung der lokalen Ökonomie und setzt auf die Verzahnung von gezielter Nachfragesteuerung und einer integrierten Arbeits- und Gewerbeförderung. Der zweite Ansatz stellt den ÖBS im engeren Sinne dar. Er zielt auf den Ausbau von explizit gemeinwohlorientierten und öffentlich geförderten Projekten im Non-Profit-Sektor ab.

### **1. Politik der lokalen Ökonomie**

Unter "lokaler Ökonomie" verstehen wir wirtschaftliche Aktivitäten, die Güter und Dienstleistungen für einen räumlich begrenzten Markt herstellen und im Prozeß der Leistungserstellung auf räumliche Nähe angewiesen sind. Hierzu gehören Teile des Einzelhandels, des Handwerks, der Gastronomie etc.

Die ökonomische Spaltung zwischen Export- und Binnenwirtschaft verschärft auch die wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den Regionen. Gerade in Problemstadtteilen in Regionen des industriellen Strukturwandels vollziehen sich kleinräumige Polarisierungsprozesse und Wechselwirkungen aus ökonomischen Niedergang sozialer Spaltung und städtebaulichen Problemlagen.

Erforderlich ist eine Bündelung strukturpolitischer, beschäftigungspolitischer und sozialpolitischer Maßnahmen auf der lokalen Ebene. Positive Bezugspunkte sind die von der EU geförderten "lokalen Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung", die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN oder das neue Bund-Länder-Programm "Die soziale Stadt". Eine Politik der lokalen Ökonomie kann aber nicht nur darauf setzen, kostenintensive Förderprogramme umzusetzen. Wichtig ist erstens ein dauerhafter neuer Finanzierungsmodus für die Binnenwirtschaft (intersektorale Umverteilung) und

zweitens neue Regulationsmechanismen und Kooperationsformen zwischen der lokalen Privatwirtschaft und öffentlichen Institutionen.

Zum einen setzen wir auf eine Integration von Arbeits- und Gewerbeförderung. Die aktive Arbeitsmarktpolitik kann und soll einen Beitrag zur Stärkung der lokalen wirtschaftlichen Basis leisten und gleichzeitig Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integrieren. Die Nutzung der folgenden Instrumente soll nicht pauschal, sondern auf Basis regionalwirtschaftlicher Leitbilder erfolgen:

- **Öffentlicher Dienst:** Der öffentliche Dienst muss seinen originären Aufgaben gerecht werden können. Deshalb müssen die Kommunen durch eine finanzielle Besserstellung in die Lage versetzt werden ihre Aufgaben effizient und transparent aufnehmen und erfüllen zu können. Der direkte Dialog mit den Betroffenen ist Voraussetzung einer zielgenauen Erledigung der Aufgaben.
- **Existenzgründungsförderung / Soziale (Wirtschafts-)Betriebe:** Ergänzend zum Überbrückungsgeld nach SGB III für arbeitslose Existenzgründer haben die meisten Bundesländer eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur finanziellen und qualifikatorischen Unterstützung von Existenzgründungen im Angebot. Den konsistentesten Ansatz stellen die von einigen Bundesländern ermöglichten "Sozialen (Wirtschafts-)Betriebe" dar. Im wesentlichen basiert der Förderansatz auf der Überlegung, den Aufbau neuer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit einer Integration arbeitsmarktpolitischer Problemgruppen zu verzahnen. Gewährt werden für maximal fünf Jahre degressive Zuschüsse zu den Arbeitsplatz- und Investitionskosten unter der Voraussetzung, dass ein bestimmter Anteil (70%) der eingestellten Arbeitslosen definierte Merkmale (v.a. Langzeitarbeitslosigkeit) erfüllt. Bedingung für die Förderung ist eine betriebswirtschaftliche Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und ein regelmäßiges Controlling. Wir wollen diesen Ansatz in die Förderpolitik des Bundes integrieren und verstetigen.
- **Lokale Kooperationsnetze:** Zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und um die Konkurrenzfähigkeit der Lokalwirtschaft gegenüber großen Dienstleistungskonzernen zu stärken sind neue Formen der Kooperation erforderlich. Diese müssen finanziert und professionell organisiert werden.
- **Entwicklungszentren:** Entwicklungszentren arbeiten vor allem an der Entwicklung von Produkt- und Prozeßinnovationen mit ökologischer Zielsetzung und verbinden dies mit der Qualifizierung von Arbeitslosen. Zielsetzung ist - neben der Re-Integration von Arbeitslosen - Ideen für die regionalen Unternehmen zu entwickeln bzw. auch erfolversprechende Existenzgründungen zu ermöglichen. Sinnvoll ist daher die inhaltliche Ausrichtung von Entwicklungszentren auf die regionale Wirtschaftsstruktur bzw. die gezielte Unterstützung bestehender Cluster. Derartige Entwicklungszentren bieten sich zudem als Promotor zum Aufbau regionaler Kooperationsnetzwerke an.
- **Öffentliche Arbeitskräftepools:** Das Konzept der Arbeitskräftepools oder -agenturen verbindet das Konzept des Zeitarbeitunternehmens mit der gezielten Unterstützung von Existenzgründungen und Kleinunternehmen. Gerade junge Unternehmen haben in der Gründungsphase einen flexiblen Personalbedarf. Angesichts der hohen Kosten von Neueinstellungen werden gerade bei unsicherer wirtschaftlicher Perspektive vorhandene Bedarfe nicht gedeckt. Zudem sind die Möglichkeiten für Kleinunternehmen, Beschäftigte in Weiterbildungsmaßnahmen zu entsenden bzw. Modelle der Arbeitszeitverkürzung zu realisieren durch die fehlenden Dispositionsmöglichkeiten oftmals blockiert. Öffentliche Arbeitskräftepools beschäftigen ehemals Arbeitslose zu tariflichen Bedingungen und vermitteln diese an Existenzgründer und Kleinunternehmen. In Zeiten der Nicht-Beschäftigung in Unternehmen finden Qualifizierungsmaßnahmen statt.

- Lokale Investitionsfonds: Auf kommunaler Ebene stehen mit den öffentlichen Sparkassen Kreditinstitute zur Verfügung, die auf Basis regionalwirtschaftlicher Leitbilder stärker als bisher für strukturpolitische Zwecke genutzt werden müssen. Eine Möglichkeit bestünde in der Bereitstellung von "lokalen Investitionsfonds", die aus den Töpfen der Strukturförderung und den Sparkassen gefüllt werden den Betrieben der lokalen Ökonomie Investitionszuschüsse bzw. zinsvergünstigte Darlehen ermöglichen.

Umgestaltung der Arbeitnehmersozialversicherungsbeiträge auf Wertschöpfungsbasis: Die gezielte Entlastung des arbeitsintensiven Gewerbes und eine höhere Belastung der rationalisierenden Branchen und Unternehmen ist möglich durch eine Umgestaltung der Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung. Denkbar wäre etwa eine, die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge ergänzende Wertschöpfungsabgabe durch Arbeitgeberbeiträge. Dadurch findet zwischen den Unternehmen eine "intersektorale Umverteilung" zugunsten des arbeitsintensiven Gewerbes statt.

Problematisch ist hier allerdings, dass auch unproduktive Bereiche gefördert werden, ohne eine vorherige Prüfung des gesellschaftlichen Bedarfs vorzunehmen. Andererseits kann eine solche zusätzliche Abgabe gerade in Bereichen mit hoher Scheinselbstständigkeit sinnvoll sein. Generell sind aber Maßnahmen, die die Förderung unproduktiver Bereiche an deren gesellschaftlicher Sinnhaftigkeit knüpfen zu bevorzugen.

- Umstellung der Sozialversicherungsbeiträge auf Wertschöpfungsbasis: Die gezielte Entlastung des arbeitsintensiven Gewerbes und eine höhere Belastung der rationalisierenden Branchen und Unternehmen ist möglich durch eine Umstellung der Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung. Wir plädieren dafür, diese nicht mehr auf Basis der betrieblichen Lohn- und Gehaltssumme, sondern auf Basis der betrieblichen Wertschöpfung zu berechnen. Während die Gesamtbelastung für die Wirtschaft konstant bleibt, findet zwischen den Unternehmen eine "intersektorale Umverteilung" zugunsten des arbeitsintensiven Gewerbes statt. Alternativ wäre auch eine die Arbeitgeberbeiträge ergänzende Wertschöpfungsabgabe denkbar.

- Dienstleistungsbonus: Eine Verbilligung lokaler Dienste gegenüber Industrieprodukten wäre zielgenauer und verteilungspolitisch gerechter mit der Ausgabe von Dienstleistungsboni möglich. Jeder BürgerIn soll nach bedarfsorientierten Kriterien einen Dienstleistungsbonus erhalten, der die Inanspruchnahme von bestimmten Diensten kostenlos bzw. ermäßigt ermöglicht. Diese Boni können als "Währung für die lokale Ökonomie" - im Gegensatz zum bereits existierenden Modell der Dienstleistungsgutscheine - nur bei professionellen Dienstleistern (Handwerksbetriebe, Dienstleistungsagenturen), die sich an tarifliche Entlohnungskriterien sowie soziale Standards (Frauenförderung, Ausbildungsbereitschaft) halten, eingelöst werden.

## **2. Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) / Sozialwirtschaft**

Der entscheidende Unterschied zum ersten Ansatz der Förderung der lokalen Ökonomie besteht darin, dass die im Rahmen des ÖBS Projekte gefördert werden, die ausschließlich im Non-Profit-Bereich anzusiedeln sind. Zwar sollen sie über die Möglichkeit verfügen, eigene Mittel zu erwirtschaften und diese eigenständig zu re-investieren. Die private Aneignung von Profit darf hier aber nicht möglich sein. Ebenso soll aus Gründen der politischen und rechtlichen Durchsetzbarkeit keine Verdrängung privatwirtschaftlicher Aktivitäten stattfinden. Der ÖBS soll jedoch einen Beitrag dazu leisten, schattenwirtschaftliche Tätigkeiten in reguläre Erwerbsarbeit zu überführen.

Die Entscheidung über zu fördernde Projekte soll in einem gesellschaftlichen und dezentralen Prozeß vorgenommen werden. Die geförderten Projekte müssen sich angesichts knapper Mittel einem Wettbewerb um Ideen und Effizienzstandards aussetzen. Da es sich um gesellschaftliche Aufgaben und Mittel handelt, verbietet es sich, ineffiziente Strukturen oder "Privatprojekte" zu fördern. Alle Projekte müssen einem regelmäßigen Controlling unterliegen und nachweisen, dass sie Aufgaben im gesellschaftlichen Interesse erledigen. Die Projekte sollen regelmäßig (z.B. alle 5 Jahre) öffentlich ausgeschrieben werden. Dies bedeutet, dass zwar einerseits bestimmte Aufgaben dauerhaft gefördert werden können, aber andererseits damit nicht zwingend bestimmte Träger.

Die Finanzierung der ÖBS-Projekte soll auf Basis von Wirtschaftlichkeitsberechnungen erfolgen. So benötigen Projekte, denen keine unmittelbare Marktnachfrage gegenübersteht mehr Mittel als Projekte, die Dienstleistungen am Markt anbieten. Die Finanzierung besteht aus zwei Komponenten: Zum einen ein Sach- und Regiekostenzuschuß, der sich nach der wirtschaftlichen Tätigkeit richtet, zum anderen die Personalkostenzuschüsse. Fördervoraussetzung ist die Einhaltung bestimmter Kriterien bzgl. der Einstellung von Langzeitarbeitslosen, Frauen etc.

Als Träger der ÖBS-Projekte kommen öffentliche und private Unternehmen, gemeinnützige Organisationen sowie andere juristische Personen des privaten Rechts infrage.

Als Nachfrager sollen private Haushalte, Vereine und Verbände sowie die öffentliche Hand auftreten können. Private Unternehmen sollen von der Inanspruchnahme der von ÖBS-Projekte geleisteten Dienste ausgeschlossen werden, um unerwünschte verteilungspolitische Effekte zu vermeiden.

#### Felder des gesellschaftlichen Bedarfs

Die im SGB III für die Strukturanpassungsmaßnahmen definierten Tätigkeitsfelder sind erweitert worden (Erhaltung und Verbesserung der Umwelt / Verbesserung des Angebots bei den sozialen Diensten und in der Jugendhilfe / Erhöhung des Angebots im Breitensport und in der freien Kulturarbeit / Vorbereitung und Durchführung der Denkmalpflege / der städtebaulichen Erneuerung und des städtebaulichen Denkmalschutzes / Verbesserung des Wohnumfeldes und Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur einschließlich der touristischen Infrastruktur). Dennoch unterliegen die zu fördernden Bereiche immer noch erheblichen Einschränkungen. Als Tätigkeitsfelder für den ÖBS kommen prinzipiell alle Bereiche in Frage, die sich an gesellschaftlichen Bedarfen orientieren und die über den Markt nicht profitabel bzw. nur für höhere Haushaltseinkommen zu finanzieren sind. Die wesentlichen Felder sind unseres Erachtens:

- Haushaltsbezogene Dienste
- Soziale Infrastruktur
- Kultur und Medien
- Selbstorganisation und Vereinswesen
- Umweltschutz

## 10. Strukturaufbau unseres Modells

Unser Modell verfolgt den Ansatz einer dezentralen Steuerung. Zwar sollen auf Bundesebene die wichtigsten Rahmenbedingungen definiert und die finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden. Die wesentlichen Entscheidungsprozesse wollen wir jedoch auf der Ebene der Region bzw. in den Stadtquartieren der Großstädte ansiedeln. Unter Region verstehen wir eine Gebietseinheit unterhalb der Landesebene und überhalb der kommunalen Ebene (z.B. Kammerbezirke, Arbeitsamtbezirke).

### Fonds "Neue Arbeit"

Als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern soll ein spezieller Fonds bei der Bundesanstalt für Arbeit eingerichtet werden. Dieser Fonds "Neue Arbeit" soll die Mittel zur Finanzierung des ÖBS bündeln. Die Mittel werden bedarfsorientiert auf Basis bestimmter Kennziffern (Strukturprobleme, Arbeitslosigkeit etc.) an die Regionen weitergegeben.

### Regionale Entwicklungskonzepte

Voraussetzung für die Vergabe von Mitteln ist die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes. Dieses soll Leitprojekte für die wirtschaftsstrukturelle Perspektive beinhalten. Ebenso sollen Förderbedarfe im Rahmen des ÖBS dargestellt werden. Die Entwicklungskonzepte sollen im regionalen Konsens entwickelt werden. Grundlage für die Ermittlung der Förderbedarfe sollen Analysen über die wirtschaftsstrukturelle und arbeitsmarktpolitische Ausgangslage sowie empirische Untersuchungen über die regionalen Nachfrage nach zusätzlichen Dienstleistungen sein.

### Regionale Entwicklungsfonds

Die Mittel aus dem Fonds "Neue Arbeit" sollen in regionale Entwicklungsfonds fließen, die zur Finanzierung der o.g. Aufgaben verwendet werden. Die Länder und Kommunen können und sollen diese Fonds mit eigenen Mittel ergänzen. Damit sollte zudem eine Bündelung der für binnenbezogene Strukturförderung und die strukturbezogene Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehenden Mittel und eine weitgehende Regionalisierung der Entscheidungsverfahren einhergehen. Zu unterscheiden wäre hier im wesentlichen zwischen zwei Förderungsansätzen. Zum einen degressive und einmalige Förderungen im Rahmen einer "Politik der lokalen Ökonomie" (Anschubförderungen für Marktanalysen, Existenzgründungen, die Einrichtung von Kooperationsnetzwerken, etc). Zum anderen eine dauerhafte Strukturförderung für neue Beschäftigungsfelder im Rahmen des ÖBS.

### Regionalkonferenzen

Die Regionalkonferenzen sind die relevante Entscheidungsstruktur über die Leitbilder und Förderbedarfe. In diesen Regionalkonferenzen sollten vier "Bänke" vertreten sein:

- Kommunale Akteure und Arbeitsamt, Parteien
- Gewerkschaften
- Unternehmerverbände und Kammern
- Kirchen, Wohlfahrtsverbände und weitere Organisationen
- 

### Regionale Entwicklungsagentur

Ohne die Einrichtung einer intermediären Organisation ist die Umsetzung solcher Leitbilder und die Bündelung lokaler Initiativen kaum denkbar. Auch die Professionalisierung und die Absicherung der Akzeptanz in der Region erfordern die Schaffung einer regionalen Agentur, bei der die Fäden zusammenlaufen. Eine Regionale Entwicklungsagentur hätte im wesentlichen folgende Aufgaben:

- Durchführung von Regionalanalysen und Entwicklung von Handlungsempfehlungen
- Entwicklung von branchenbezogenen Leitbildern, z.B. Entwicklung von kommunalen Gesamtkonzepten zur städtischen Handelsentwicklung



- Projektentwicklung, -vergabe und -controlling im Rahmen des ÖBS
- Durchführung und Moderation von öffentlichen Beteiligungen zur lokalen Bedarfsermittlung (z.B. Stadtteilkonferenzen)
- Gezielte Wirtschaftsförderung zur Schließung von Lücken in regionalen Wertschöpfungsketten
- Aufbau von Kooperationsnetzwerken der lokalen Ökonomie z.B. im Handwerk und die Erschließung von Aufträgen für Großunternehmen
- Förderung von neuen und alternativen Unternehmensformen
- Beratungen für Existenzgründer: Machbarkeitsstudien und Entwicklung von Förderstrategien

#### Stadtteilbüros / Stadtteilkonferenzen

In großstädtischen Ballungsräumen bzw. besonderen Problemstadtteilen können lokale "Ableger" der Regionalen Entwicklungsagentur in Form von Stadtteil- oder Quartierbüros an Anlaufstelle errichtet werden. Ebenso können im Stadtteil Konferenzen oder Räte zur Bedarfsermittlung von unten eingerichtet werden.

## 11. Finanzierung

Um den ÖBS und eine Fortentwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung zu realisieren brauchen wir ein gesellschaftliches Bündnis, da ihm ideologische Vorbehalte vor allem im konservativ-liberalen Lager und auf Seiten der Unternehmerverbände entgegenstehen. Eine dauerhafte und stabile Förderung auf breiter Basis wird einen erheblichen Eingriff in die bestehenden Verhältnisse erfordern. Dieser ist nicht ohne Konflikte mit den genannten Kräften zu haben. Daher ist die Realisierung des ÖBS auf einen schrittweise zu erzeugenden gesellschaftlichen Konsens angewiesen. Um diesen herzustellen, muß der wertschöpfende, wohlstandsmaximierende Charakter hervorgehoben werden.

Vielfach bestehen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitiken Ansätze öffentlich geförderter Beschäftigung, die es zu nutzen gilt. Ebenso bietet das Arbeitsförderungsrecht im SGB III wichtige Instrumente, die im Rahmen von Regionalen Konzepten für mehr Arbeit die Finanzierung schon heute sicherstellen können.

Wichtige Finanzquellen sind im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen:

- die im SGB III enthaltenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Arbeitsverwaltung (ABM, SAM, freie Förderung nach § 10 SGB III)
- Sonderprogramme der Arbeitsverwaltung, insbesondere JUMP
- die EU-kofinanzierten Arbeitsmarktprogramme der Bundesländer und
- die kommunale Arbeitsmarktpolitik, insbesondere "Hilfen zur Arbeit" nach dem BSHG
- 
- Diese werden in einigen, vom Strukturwandel besonders betroffenen Gebieten ergänzt durch finanzstarke Strukturförderprogramme:
- 
- das Operationelle Land-EU-Ziel2/Ziel1-Programme und
- die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur",

- die ihre fördertechnische Zusammenfassung in "Regionalen Wirtschaftsförderprogrammen" der Länder finden.

#### Bündelung der Programme für Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftsförderung

Allein durch die strategische Bündelung der vorhandenen Fördermittel und Programme der verschiedenen Ebenen können Synergien und Effizienzsteigerungen erzielt werden.

#### Budgetausgleichspolitik

Durch die Arbeitslosigkeit entstehen gesellschaftliche Kosten (Ausgaben und Mindereinnahmen) von bis zu 180 Mrd. DM im Jahr. Jeder Arbeitslose "kostet" die öffentlichen Haushalte rund 40.000 DM. Allein diese Summe könnte für eine produktive Arbeitsförderung zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungsquote für AB-Maßnahmen liegt z.B. bei ca. 90%, wobei der gesellschaftliche Nutzen durch Arbeitsförderprojekte noch nicht eingerechnet ist. Beim Ansatz der Sozialen Wirtschaftsbetriebe zeigt sich im Schnitt sogar eine Entlastung der öffentlichen Haushalte; jeder eingestellte Arbeitslose erwirtschaftet mehr als die Zuschüsse kosten. Das Grundproblem ist darin zu sehen, dass von einer produktiven Arbeitsförderung nicht alle öffentlichen Haushalte gleichermaßen profitieren. Während die Lasten vor allem von der Bundesanstalt für Arbeit zu tragen sind, profitieren Bund, Länder und Kommunen von den höheren Steuereinnahmen. Erforderlich ist daher ein Mechanismus, der alle öffentlichen Haushalte in gleicher Weise be- und entlastet.

Perspektivisch ist anzustreben, dass die im privaten Sektor erwirtschafteten Gewinne zur Finanzierung des ÖBS im Sinne einer intersektoralen Umverteilung umgelenkt werden. Als Einnahmequellen für den aufzubauenden Fonds stehen z.B. die Einnahmen aus einer verstärkten Besteuerung von Kapitalgewinnen und Privatvermögen zur Verfügung. Darüber hinaus können finanzielle Ressourcen aus dem allgemeinen Steuerhaushalt, durch sozial gerechte Steuererhöhungen gewonnen werden. Sinnvolle öffentliche Beschäftigung wird nicht zum Nullpreis zu haben sein. Mit diesen, hier erbrachten Leistungen steht der Gesellschaft allerdings auch ein entsprechendes Bündel von Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Dessen „Schattenpreis" macht die Obergrenze fest, bis zu der die Finanzierungslücke der öffentlichen Beschäftigung ökonomisch Sinn macht und auch dauerhaft gesellschaftlich akzeptiert wird.

#### Eigenmittel

Auch für die Projekte im ÖBS sollte die Erwirtschaftung von Eigenmitteln eine wichtige Finanzierungsquelle sein. Je transparenter und effizienter das System aus Förderung und Eigenmittelerwirtschaftung aufgebaut ist, desto eher wird die gesellschaftliche Zustimmung erlangt werden können.

## 12. Etappen

Erforderlich ist daher eine Etappenbestimmung, die den ÖBS schrittweise aufbaut und stärkt. Daher ist es auch wichtiger, positive Referenzen zu schaffen und Lernprozesse zu initiieren, als bereits zum jetzigen Zeitpunkt die zukünftige Struktur bis in Detail konzipieren.

### Etappe 1: Nutzung der vorhandenen Instrumente

Eine erste Etappe kann bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Basis bestehender Instrumente eingeleitet werden. Vielfach bestehen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene gute (wenn auch unzureichende) Ansätze öffentlich geförderter Beschäftigung, die zwar noch keinen eigenständigen "Sektor" ausmachen, aber dennoch zu nutzen sind. Ebenso bietet das Arbeitsförderungsrecht im SGB III Anknüpfungspunkte. Diese gilt es auszubauen und in Bezug zu einer öffentlichen Diskussion über Förderbedarfe zu setzen. Wichtige Ansätze sind:

- Kommunale (Sozialhilfe-)Mittel, die für die Arbeitsförderung eingesetzt werden.
- Das SGB III bietet mit den ABM, den Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) und vor allem der freien Förderung nach §10 SGB III Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung.
- Auf Landesebene stehen u.a. Programme für Soziale Wirtschaftsbetriebe oder Arbeitsförderbetriebe zur Verfügung. Teilweise werden auch bereits "Vorstufen" eines ÖBS wie die Gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte (GAP) in Mecklenburg-Vorpommern realisiert.
- Ergänzend kommen Programme für Stadtteilentwicklung und lokale Beschäftigungsprojekte hinzu. Zu nennen sind das Bund-Länder-Programm "Die soziale Stadt" sowie die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN

### Etappe 2: Ergänzung des Sofortprogramms gegen Jugendarbeitslosigkeit um eine zweite Säule

Das von der Bundesregierung umgesetzte Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) hat zum Ziel, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ohne Zweifel tragen die geförderten Qualifizierungsmaßnahmen, Ausbildungsplätze und sonstigen Maßnahmen dazu bei, bislang arbeitslosen Jugendlichen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. An dem strukturellen Problem fehlender Dauerarbeitsplätze für Jugendliche ändert das Programm jedoch nichts. Die Folgen sind: Addition von Warteschleifen, Frustration und Verdrängung des Arbeitsmarktproblems auf andere Jugendliche. Nach wie vor sind rund 450.000 Jugendliche arbeitslos, davon gut 130.000 in den neuen Bundesländern.

Eine zweite Etappe des Einstiegs setzt am vorrangigen Problem der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an. Gerade in Ostdeutschland wird ohne eine Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung keine schnelle Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu machen sein.

Die französische Regierung hat im Jahr 1997 ein Programm "emploi jeune" gestartet, das mit einem Mittelaufwand von 2,2 Mrd. Euro 350.000 neue Arbeitsplätze für Jugendliche unter 26 Jahren schaffen soll. Für fünf Jahre werden Jobs in Feldern des gesellschaftlichen Bedarfs mit 80% des SMIC (französischer Mindestlohn) gefördert. Die Arbeitgeber (Staat, gemeinnützige Organisationen u.a.) müssen mindestens den Mindestlohn zahlen und sollen begleitende Qualifizierungen durchführen. Auch wenn dieses Programm in vielerlei Hinsicht kritisch zu beurteilen ist (Befristung, Entlohnung, unzureichende

Qualifizierung, Qualität der Arbeit), stellt doch das Grundprinzip eine positive Referenz für eine Ergänzung des deutschen Programms dar. Ein erfolgreiches und gesellschaftlich akzeptiertes Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit wäre eine wichtige Voraussetzung für die Übertragung des ÖBS-Gedankens auf die Gesamtwirtschaft bzw. -gesellschaft.

#### Etappe 3: Reform des SGB III

Im Zuge der geplanten Reform der Arbeitsförderung gilt es, den ÖBS-Gedanken in ein neues SGB III einzubauen. Vor allem die Instrumente der ABM, der SAM und der freien Förderung sollten in der ÖBS-Projektförderung zusammenfließen. Erforderlich ist zudem die Durchsetzung eines neuen Finanzierungsmodus und die Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

#### Etappe 4: Aufbau eines ÖBS

Die Realisierung eines eigenständigen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wird erst nach diesen "Vorprojekten" denkbar sein. Wichtiger als die konkrete Architektur dieses neuen Systems ist die Durchsetzung eines Finanzierungskonsenses.

# Kritik und Perspektiven des "Bündnis für Arbeit"

In seiner Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Lage vom 12. 5. 2000 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt:

"Wir haben alle Chancen ... am Ende dieser Legislaturperiode weniger als 3,5 Millionen Arbeitslose zu haben. Ich halte das für den zentralen Erfolg der deutschen Politik."

Der von den Wirtschaftsinstituten prognostizierte leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in erster Linie auf die Wachstumsentwicklung von je 2,8% in 2000 und 2001 aber nicht auf im Kontext der Bündnisrunden geplante oder bereits realisierte beschäftigungspolitische Maßnahmen zurückzuführen. Somit hat die Bundesregierung implizit eingestanden, dass vom "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" in dieser Legislaturperiode keine grundlegenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mehr erwartet werden. Wir Jusos sind der Auffassung, dass die in der Regierungserklärung vorgegebene Zielmarke von 3,5 Mio. unzureichend ist. Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest und es auch mittelfristig für erreichbar. Erforderlich ist daher eine Neubestimmung der Aufgaben des Bündnis für Arbeit.

## 1. Zwischenbilanz des "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" – Neuer Konsens für alte Politik ?

Zur Begründung des Bündnis für Arbeit wird in der öffentlichen Diskussion meist auf andere Beispiele neo-korporatistischer Arrangements zwischen Kapital, Arbeit und Staat zurückgegriffen. Diese Vergleiche taugen aber nur bedingt. Die "konzertierte Aktion" ab 1967 wurde unter den Bedingungen von Prosperität und Vollbeschäftigung eingerichtet. Sie zielte nicht primär auf die Schaffung neuer Arbeit. Die zahlreichen internationalen Modelle (wie das niederländische Abkommen von Wassenaar aus dem Jahre 1982) sind ebenfalls nur bedingt übertragbar, da sie in hohem Maße auf Lohnzurückhaltung aufgrund der Stabilitätspolitik im Rahmen der Europäischen Währungsunion oder zur Steigerung internationaler Konkurrenzfähigkeit gesetzt haben. Solche Strategien können jedoch auf die großen Exportländer nicht übertragen werden. Und die Zwickel-Initiative im Jahre 1995, war der Versuch eines Deals "Lohnzurückhaltung gegen Beschäftigungsaufbau und Verzicht auf Sozialabbau" - allerdings unter den Bedingungen konservativ-liberaler Wirtschaftspolitik.

Zweifellos erfordern die Internationalisierung der Wirtschaft, die neue Rolle der Finanzmärkte, die veränderte Branchenzusammensetzung entwickelter Volkswirtschaften, die Umbrüche in der Betriebsweise und die Herausbildung neuer Formen der (Erwerbs-)Arbeit eine Weiterentwicklung der Regulationsweise. Eine makroökonomische Strategie muß eng verzahnt werden mit dezentralen und beteiligungsorientierten Steuerungsansätzen. Weder ein neues Regulationsmodell, noch der ihn tragende Konsens können jedoch technokratisch entwickelt oder gar von oben verordnet werden. Beide können nur mittelfristig in einem widersprüchlichen und von sozialen Kämpfen begleiteten Prozeß entstehen (wie der fordistische Wohlfahrtsstaat auch!). Eine intelligente Form der Kooperation zwi-

schen Staat, Arbeit und Kapital bzw. eine abgestimmte Verzahnung zwischen staatlicher und tariflicher Politik ist erforderlich und bietet sogar Spielräume für die Stärkung wirtschaftlicher Demokratie. In bestimmten Sachfragen ist eine Kooperation schon deswegen erforderlich, um beschäftigungspolitische Strategien der einen Seite nicht durch Maßnahmen der anderen Seite zu konterkarieren. Genau solche Ansätze werden bislang aber kaum entwickelt.

Beschäftigung wurde in den bisherigen Erklärungen der Bündnisrunden in erster Linie als abgeleitete Größe von Wachstum und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Ebenso ist die Senkung der Lohn(neben-)kosten ein allgemein akzeptierter Grundsatz der bisherigen Vereinbarungen. Mit moderner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hat dies wenig zu tun - eher gleicht dies einem Rückfall in die naive Wachstumseuphorie der 60er Jahre. Zweifellos ist die Förderung von nachhaltigem Wachstum ein wesentlicher Ansatz zur Steigerung der Beschäftigung. Es existiert jedoch kein Konzept, wie Wachstum in einen neuen Typ von Vollbeschäftigung übersetzt werden kann, der als wesentlichen Bestandteil die Gleichstellung der Geschlechter beinhaltet. Schon die personelle (v.a. männliche) Zusammensetzung der Spitzengespräche spiegelt die Verhältnisse der industriekapitalistischen Vergangenheit der Nachkriegszeit wider.

Suggeriert wird zudem eine nationale Interessenidentität im Zeichen des Wirtschaftsstandorts; gesellschaftliche Interessengegensätze werden verschleiert und einem Konsensdruck untergeordnet. Faktisch aber gehen die Appelle zum "Maßhalten" fast ausschließlich in Richtung von Gewerkschaften und LeistungsempfängerInnen. Über die ideologische Wirkung müßten sich medienerfahrene PolitikerInnen im klaren sein. Diesem medial inszenierten Konsensdruck unterliegen auch die demokratisch legitimierten Strukturen - z.B. der Deutsche Bundestag - sowie zivilgesellschaftliche Kräfte. Die Bundesregierung hat bislang auf maßgebliche eigene Beiträge verzichtet. Diese Reduzierung auf die Moderatorenrolle im Interesse des Standortes überfordert systematisch die Möglichkeiten der Tarifpolitik, der eine Großlast der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit übertragen wird. Dafür ist sie aber nicht zuständig.

#### Konkrete Ergebnisse bislang

Die bislang erzielten Ergebnisse demonstrieren, dass auf dem eingeschlagenen Pfad kein Durchbruch zu erwarten ist:

- In der Frage der Lohnpolitik herrscht nach wie vor Unklarheit, welche Funktion das Bündnis hat. Die bestehenden Widersprüche wurden nicht ausgetragen, sondern in den verabschiedeten Dokumenten kaschiert. Nach wie gibt es die Bestrebungen der Arbeitgeberseite, hinsichtlich von Lohnleitlinien unterhalb des Verteilungsspielraums, der Spreizung von Einkommen und der Deregulierung von Flächentarifverträge zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Vereinbart wurde die Diskussion eines "volkswirtschaftlichen Datenkranzes", der Angaben über Inflation, Wachstum, Produktion, Löhne aber auch über Gewinnentwicklung und -verwendung beinhalten soll. Faktisch wirkt das Bündnis disziplinierend auf die Möglichkeit der Gewerkschaften, die vorhandenen verteilungspolitischen Spielräume auszuschöpfen.

- In der Ausbildungsfrage wird der Konsens von allen Seiten gefeiert - jedoch ohne erkennbaren Grund. Im Jahr 1999 sollte der demographisch bedingte Zusatzbedarf an betrieblichen Ausbildungsplätzen gedeckt und darüber hinaus mindestens 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Tatsächlich ist der Zuwachs von rund 18.500 zusätzlichen Ausbildungsverträgen gegenüber 1998 vor allem auf die ca. 28.000 Maßnahmen im Rahmen des JUMP-Programms zurückzuführen. Laut Berufsbildungsbericht 2000 stehen 654.454 Ausbildungsplätzen 660.380 BewerberInnen gegenüber. In 52 Arbeitsamtbezirken ist kein ausreichendes - geschweige denn auswählfähiges - Angebot vorhanden. Positive und überwiegend begrüßenswerte Ergebnisse hat die Arbeitsgruppe "Aus- und Weiterbildung" jedoch in Fragen der qualitativen Weiterentwicklung der beruflichen Bildung vorgelegt.
- Bei der Diskussion um Arbeitsumverteilung zeigt sich anhand der "Rente mit 60", wie blockiert die Interessenlagen sind. Der Vorschlag der IG-Metall sollte einen zeitlich schnell wirkenden Nachweis für die Effektivität von Modellen der Arbeitsumverteilung bringen. Der rentenabschlagsfreie Ausstieg von ArbeitnehmerInnen ab dem 60. Lebensjahr sollte von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen im Rahmen eines Tariffonds finanziert werden - unter der Voraussetzung, dass eine Neueinstellung erfolgt. Die Bereitschaft zur Ko-Finanzierung durch einsparte Mittel der Bundesanstalt für Arbeit – wie in regionalen Projekten erfolgreich erprobt - hätte dieses Modell vielleicht zum Erfolg bringen, zumindest aber die Arbeitgeber unter Druck setzen können. Diese Bereitschaft war aber auf Seiten der Bundesregierung nicht vorhanden.
- Ein wesentlicher Kern der bisherigen Überlegungen ist die Schaffung eines Niedriglohnssektors. Im Rahmen des Bündnis für Arbeit soll ein Ansatz entwickelt werden, der entgegen des US-Modells der Lohnspreizung auf einer sozialpolitischen Flankierung (Kombi-Lohn) in Verbindung mit Arbeitsverpflichtung (workfare) basiert. Nachdem erste Modelle öffentlich "verbrannt" wurden, wird nun auf vier auch von den Gewerkschaften akzeptierte regionale Modellprojekte nach dem "Saar-Modell" und dem "Mainzer-Modell" gesetzt.

Solange der Korridor für die Politik im Bündnis derart eng gesteckt bleibt wird die nachhaltige Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nicht gelingen. Ebenso bleiben die Herausforderungen der gesellschaftlichen Regulation eines neuen "postfordistischen" Produktions- und Innovationsmodells unerledigt.

Zahlreiche regionale Bündnisse zeigen, wie weit die Logiken der "Standortpakete" auseinandergehen. Faktischen Erpressungsbündnissen (Arbeitsplatzsicherheit gegen Lohnverzicht oder Arbeitszeitverlängerung) stehen Aushandlungsmodelle wie die 4-Tage-Woche bei VW, Branchenbündnisse zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder oder auch mit Mitteln der BA geförderte Ansätze des Überstundenabbaus in Verbindung mit Neueinstellungen gegenüber. Es gilt, die positiven Ansätze herauszuarbeiten und auf die Bundesebene zu übertragen.

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Linken und der Jusos ist es, diesen Prozeß kritisch zu begleiten und zur Stärkung demokratischer und sozialer Ansätze beizutragen. Sie haben im enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen dafür Sorge zu tragen, dass der Diskussionsprozeß nicht nur hinter verschlossenen Türen geführt wird.

## 2. Unsere Anforderungen an die Fortsetzung des Bündnis für Arbeit

### Allgemeine Grundsätze

- Der Staat darf das Bündnis nicht nur moderieren, sondern muß eigene Leitlinien für mehr Beschäftigung einbringen. Die Regierung spielt die Autorität der einzigen von der gesamten Bevölkerung demokratisch legitimierten Kraft zuwenig aus. Auch müssen einzelne Elemente ggf. außerhalb des Bündniskonsenses entgegen der Blockade der Arbeitgeber und partiell auch die sozialpartnerschaftliche und männlich dominierte Modell-Deutschland-Romantik der Gewerkschaftsrechten durchgesetzt werden. Zudem kommt es darauf an, jedes der einzelnen Elemente als "Deal" zwischen Staat, Kapital und Arbeit zu inszenieren. Die Arbeitgeberseite und ihre neoliberale Hardlinerposition müssen kommunikativ in die Defensive gedrängt werden.
- Das Bündnis für Arbeit muß in geeigneter Form für weitere gesellschaftliche Gruppen geöffnet werden. In erster Linie müssen die Anliegen von erwerbstätigen und erwerbslosen Frauen eine stärkere personelle und inhaltliche Berücksichtigung finden. Die Regierung muß auf Basis der Leitlinien einen öffentlichen Diskurs über Zukunftsvorstellungen anstoßen. Nur so kann auch der mediale Gegendruck neutralisiert werden.
- Die Tarifautonomie darf nicht infrage gestellt werden. Die wesentlichen makroökonomischen (und verteilungspolitischen) Weichenstellungen können zwar im Rahmen der Auseinandersetzung über den "volkswirtschaftlichen Datenkranz" besprochen werden. Die Entscheidungen liegen aber bei den Tarifparteien und dem Deutschen Bundestag. Möglich wären jedoch gesetzliche Mindestlöhne und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für Tarifverträge, um alle ArbeitnehmerInnen in die Tarifpolitik einzubeziehen. Klar ist jedoch, dass kein Bündnis für Arbeit eine beschäftigungsorientierte finanz- und geldpolitische Steuerung ersetzen, sondern nur ergänzen kann.
- Das Bündnis für Arbeit auf nationaler Ebene muß verzahnt werden mit einer europäischen Strategie und regionalen Bündnissen: Erstens geht es um eine Weiterentwicklung des makroökonomischen Dialogs in der EU unter Einbeziehung der EZB, mit dem Ziel die einseitige Stabilitätsorientierung zu überwinden und gegenseitiges Lohn- und Steuerdumping zu beenden. Zweitens sind regionale Innovationsbündnisse erforderlich.
- Erforderlich ist Strategie der selektiven Einbindung der Wirtschaft. Während der Finanzsektor und Teile der Exportwirtschaft nur bedingt in ein beschäftigungsorientiertes Konsensmodell eingebunden werden können, sind auf Branchenebene und vor allem mit dem binnenorientierten Sektor und mit ExistenzgründerInnen durchaus Wachstums- und Innovationspakete denkbar. Hier muß eine Neukonzeption der Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik und eine Offensive zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ansetzen.
- Wir sind skeptisch gegenüber Erfolgsaussichten von Konsens- und Selbstverpflichtungsmodellen mit der Wirtschaft. In der Ökologie- und der Ausbildungsfrage sind diese stets gescheitert. Sie können allerdings auch nur dann funktionieren, wenn mit gesetzlichen Lösungen erstens gedroht wird und diese zweitens im Falle des Scheiterns auch angewendet werden.



## **5-Punkte-Plan für das Bündnis für Arbeit**

Wir schlagen als Anforderungskatalog für das Bündnis für Arbeit 5 zentrale Handlungsfelder vor. Vor allem in den ersten drei Feldern müssen verbindliche Festlegung hinsichtlich der Gleichstellung der Frauen getroffen werden.

### **1. Ausbildung quantitativ und qualitativ sichern**

Gegenwärtig werden die Regionalkonferenzen im Rahmen des Ausbildungskonsens ausgewertet. Sollte sich (wie zu erwarten) herausstellen, dass ein regional auswahlfähiges Angebot nicht erreicht wurde, erinnern wir an den Koalitionsvertrag und den Beschluß des 1999er SPD-Bundesparteitages, die für diesen Fall "politische und gesetzgeberische Maßnahmen hinsichtlich der Sicherung einer qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen" vorsehen. Im Klartext: der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Einführung der Ausbildungsumlage muß eingebracht werden. Auch die Verbesserung der Qualität der Ausbildung im Dualen System, die Weiterentwicklung der Berufsbilder und die Stärkung der Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems sind Maßnahmen, die angegangen werden müssen.

### **2. Neue Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsversicherung**

Ohne eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit ist weder die Gleichstellung der Geschlechter, noch das Vollbeschäftigungsziel zu erreichen. Erforderlich ist eine Verzahnung von Tarifpolitik und staatlicher Flankierung zur Durchsetzung differenzierter Formen der Arbeitszeitverkürzung vom Überstundenabbau, über die Wochenarbeitszeitverkürzung bis hin zu Sabbaticals und Job-Rotation-Modellen. Staatliche Flankierung heißt, den Grundsatz "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" umzusetzen. Der staatliche Beitrag könnte unter anderem darin liegen, Anreize zur individuellen, betrieblichen und tariflichen Vereinbarung von Arbeitszeitverkürzungen zu schaffen, sofern verbindliche Neueinstellungen erfolgen. Hier setzen wir Jusos mit unserer Forderung an, die Arbeitslosenversicherung im Zuge der geplanten Reform des Sozialgesetzbuches (SGB) III in eine "Arbeitsversicherung" umzuwandeln. Diese hätte u.a. die Aufgabe Arbeitsangebot und -nachfrage über eine Steuerung von Arbeitszeiten auszubalancieren. Für Kleinunternehmen und ExistenzgründerInnen müssen eine flexible Personalpolitik und die Möglichkeit kürzerer Arbeitszeiten arbeitsmarktpolitisch abgesichert werden. Hier setzen die Überlegungen hinsichtlich der Schaffung von öffentlichen oder überbetrieblichen "Arbeitskraft-agenturen" an.

· Als konkreten Ansatz in Richtung "Arbeitsversicherung" fordern wir die bundesweite Einrichtung eines Job-Rotation-Programms in Anlehnung an die erfolgreiche dänische Arbeitsmarktpolitik. Beschäftigte erhalten die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Weiterbildungsurlaub, Erziehungsphasen oder Sabbaticals und erhalten einen (Teil-)Lohn während dieser Phase. Im Gegenzug werden u.a. mit Mitteln der BA finanziert Arbeitslose befristet auf den freiwerdenden Stellen eingesetzt. Dieser "Deal" erhöht das gesellschaftliche Qualifikationsniveau, schafft Möglichkeiten zur Verbindung von

Erwerbsarbeit und Privatleben für beide Geschlechter und ermöglicht die Re-Integration von Arbeitlosen.

### 3. Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik - Öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen

Die Überlegungen hinsichtlich des Aufbaus eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors können im Rahmen des Bündnis für Arbeit (vor allem auf der regionalen Ebene) mit strukturpolitischen Konzeption zur Stärkung der lokalen Ökonomie und der ortsnahen Produktion von Gütern und Dienstleistungen verzahnt werden. Als erste Schritte schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Ergänzung der Kombilohn-Modellprojekte: Wir halten die Einrichtung der subjektfinanzierten Niedriglohnmodelle gerade angesichts der massiven fachlichen Kritik für falsch. Um die Vorteile des Ansatzes öffentlich geförderter Beschäftigung deutlich zu machen, fordern wir die Ergänzung der bestehenden Projekte um projektfinanzierte Modelle.

- Ergänzung des JUMP-Programms: Eine wirksame Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist gerade in Ostdeutschland nicht ohne eine Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung denkbar. Das JUMP-Programm setzt überwiegend auf Qualifizierung und kann daher das strukturelle Problem nicht lösen. Daher fordern wir eine zweite Säule des Sofortprogramms, die die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für Jugendliche im öffentlichen geförderten Sektor vorsieht. Eine zweite Säule des Sofortprogramms könnte 100.000 dauerhafte und tariflich entlohnte Jobs für Jugendliche im öffentlich geförderten Sektor schaffen (davon 50% in Ostdeutschland). Als Träger für solche Jobs kommen sowohl öffentliche, private als auch gemeinnützige Einrichtungen infrage. Es kommt aber darauf an im öffentlichen Dienst eine Lohnpolitik durchzusetzen die dem Bedarf der abhängig Beschäftigten entgegen kommt und die Nachfrage stärkt. Die Bedarfe an zusätzlicher Arbeit sollten im regionalen Konsens definiert werden und privatwirtschaftliche Aktivitäten nicht verdrängen. Ein Beispiel hierfür ist das Programm der französischen Regierung. Dieses sieht sogar vor, je 350.000 Arbeitsplätze für Jugendliche im privaten und im öffentlichen Sektor zu schaffen.

### 4. Programmieretes Wachstum: Innovations- und Branchenallianzen

Weder entspricht es einer politikfähigen Strategie, veränderte weltwirtschaftliche Wettbewerbskonstellationen und Konkurrenzen zu ignorieren, noch können die gegenwärtigen Ansätze der "Beggar-my-neighbour"-Standortpolitik akzeptiert werden. Erforderlich ist eine industrie- und dienstleistungspolitische Strategie des "programmierten Wachstums". Das Bündnis für Arbeit kann einen Beitrag dazu leisten, auf Basis bestehender Wirtschaftsstrukturen neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder zu identifizieren und auszubauen. Darin liegt die Chance, mehr gesellschaftliche bzw. wirtschaftsdemokratische Einflußnahme auf strukturelevante Weichenstellungen zu gewinnen. Auf Bundesebene wären im Rahmen eines finanziell dauerhaft abgesicherten Zukunftsinvestitionsprogramms die FuE-Aktivitäten, Förderprogramme, Infrastrukturinvestitionen sowie die Bereitstellung weiterer kollektiver Güter in Leitprojekten zu bündeln. Ebenso könnten konkrete Initiativen zur Entfaltung von Pilotnachfrage (Vorbild 100.000-Dächer Solarprogramm) angestoßen werden. Auf regionaler Ebene wären Brancheninitiativen bzw. Kooperationsplattformen für die Unternehmen der Regionalwirtschaft unter Beteiligung der Gewerkschaften einzurichten.

## 5. Gesellschaftlich verwaltete Strukturfonds

Private Investmentfonds und institutionelle Anleger werden zunehmend zum Dreh- und Angelpunkt des entwickelten Kapitalismus. Unter anderen Vorzeichen könnten diese Sammelstellen für Kapital aus ArbeitnehmerInnen-Hand jedoch auch ein wichtiger strukturpolitischer Akteur werden. Die Beteiligung wachsender Teile der lohnabhängig Beschäftigten am Aktienbesitz muß als "wirtschaftsdemokratisches Potenzial" genutzt werden. Eine Lösung könnte in gesellschaftlich verwalteten aber professionell geführten Investitions-Fonds und die Zertifizierung von Unternehmen die soziale und ökologische Standards einhalten bestehen.

Das Bündnis für Arbeit ist mit einem hohen Vertrauensvorsprung gestartet. Mittlerweile wächst die Skepsis, ob mit diesem Instrument das Ziel der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erreicht werden kann. Sollte es nicht dazu kommen, dass die Bundesregierung im obigen Sinne zum Erfolg beiträgt, sehen wir in der Fortführung des "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" keinen Sinn mehr.

=

## **Solidarität mit der Gewerkschaft ÖTV**

Der Bundesverband der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD erklärt sich solidarisch mit den in der ÖTV organisierten ArbeitnehmerInnen. Wir begrüßen die Entscheidung der Tarifkommission, den Schlichterspruch nicht anzunehmen. Wenn die Bundesregierung es sich leisten kann, die Veräußerungsgewinne der Banken und Unternehmen steuerfrei zu stellen, müssen auch ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die öffentliche beschäftigten ArbeitnehmerInnen angemessen zu entlohnen und die Ostgehälter an die des Westens anzugleichen.

# Die Zukunft der Rente solidarisch sichern!

Kaum jemand hält die Rente noch für sicher: Zu dieser Verunsicherung hat auch die Einführung eines „demographischen Faktors“ durch die Kohl-Regierung beigetragen. Damit verbunden war eine geplante Absenkung des Standardrentsniveaus von 70% auf 64% des durchschnittlichen Nettoentgeltes. Die SPD ist gegen diese Pläne 1998 Sturm gelaufen. Auch Kanzler Schröder hat sie als „unanständig“ bezeichnet. Kurz nach dem Regierungswechsel wurde dieser „demographische Faktor“ durch die rot-grüne Bundesregierung ausgesetzt. Zunächst sah es so aus, als wollte die SPD unter Arbeitsminister Riester eine fortschrittliche Rentenreform durchführen. Spätestens mit dem Koalitions-Papier „Deutschland erneuern- Rentenreform 2000“ vom 30. Mai 2000 hat sich die Koalition von einer vernünftigen und arbeitnehmerfreundlichen Rentenpolitik verabschiedet.

## Demographische Entwicklung

Behauptet wird immer wieder gern, dass die Rente nicht mehr finanzierbar sei, weil die demographische Entwicklung zu einer massiven Überalterung führen würde. Wahr daran ist nur, dass sich der Altersaufbau der Gesellschaft bis 2030 stark verändern wird. So wird sich der Alterslastquotient (Zahl der Personen ab 60 Jahren an je 100 der 20- bis 60-jährigen) nach Schätzungen von 35 (Mitte der 90er Jahre) auf 66,84 bis 72, 57 (2030) etwa verdoppeln, um danach geringfügig abzusinken.

Entscheidend für die Diskussion um die Finanzierbarkeit bzw. Nichtfinanzierbarkeit des Rentenversicherungssystems ist aber nicht der Altersaufbau, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Aus dem Altersaufbau einer Gesellschaft Schlussfolgerungen über die Renten ziehen zu wollen wäre ähnlich sinnvoll wie folgende Argumentation: Weil heute in Deutschland nur noch knapp 3% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig sind und im 19. Jahrhundert noch etwas 50% der Erwerbstätigen es waren, müssten alle Menschen heute eigentlich verhungert sein.

## Ausstieg aus einer gerechten Rentenfinanzierung

Laut Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums könnte das bisherige Rentenniveau im Jahre 2030 mit einem Gesamtbeitragssatz von 26% gehalten werden. Die Bundesregierung will nun aber seit 30. Mai 2000 den Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) für das Jahr 2030 bei 22% stabilisieren. Hierzu wird das gesetzliche Rentenniveau entsprechend abgesenkt und dürfte im Jahr 2030 nur noch knapp über 60% des durchschnittlichen Nettolohnes liegen (heute 70%).

Das Absinken des Lebensstandards soll den nach den Vorstellungen des Arbeitsministers Riester durch Einführung eines kapitalgedeckten Teils in der Rentenversicherung verhindert werden. Ab dem Jahr 2001 sollen die anhängig beschäftigten 0,5% ihres Bruttolohns in einen Kapitalfond einzahlen. Dieser Beitrag solle bis zum Jahr 2008 um jährlich 0,5% ansteigen und dann schließlich 4% des Bruttolohns betragen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Aufkündigung der paritätischen Rentenversicherung durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung: Im Jahr 2008 hätten nach den neusten Plänen der Koalition sowohl Unternehmer als auch abhängig Beschäftigte einen gesetzlichen Rentenbeitragssatz von etwa 10% zu zahlen. Da aber bereits die Leistungen der GRV im Umfang von rund 2 Beitragspunkten über Verbrauchssteuern gedeckt werden und damit vor allem von

den abhängig Beschäftigten und ab 2008 auch noch 4% des Bruttolohns in den Kapitalfond fließen sollen, beträgt die reale Belastung der abhängig Beschäftigten im Jahr 2008 nicht - wie bei Unternehmen- 10, sondern etwa 16% des Bruttolohns. Die paritätische Finanzierung der Rente wäre endgültig aufgekündigt. Beschäftigte/r und Unternehmen würden sich die Belastungen nicht mehr zu annähernd je 50% teilen, sondern die nur noch gut 40%. Und was am absurdesten ist: Die SPD verspricht den abhängig Beschäftigten eine Reduzierung ihrer Belastung durch Beiträge zu den Sozialversicherungen und hält daher einen Gesamtbeitragssatz für die GRV von etwas 26% im Jahr 2030 offiziell für untragbar. Sie führt allerdings selbst eine Rentenreform durch, bei der diese 26% bereits im Jahr 2008 erreicht werden (abhängig Beschäftigte 16%; Unternehmer 10%) und die Belastung für die abhängig Beschäftigten um 3% des Bruttolohns höher liegt als wenn überhaupt keine Rentenreform durchgeführt oder die der CDU unverändert übernommen worden wäre!!! Und es ist auch keine Verbesserung der Situation, dass die Bundesregierung bei Arbeitern und Angestellten mit einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 35.000 (ledig) bzw. 70.00 (verheiratet) DM und Lohnersatzleistungsbeziehern einen Zuschuss von 50% zu den Einzahlungen in den Kapitalfonds leisten will. Denn dieser Zuschuss wird aus Steuern und damit in erster Linie von den abhängig Beschäftigten selbst finanziert.

#### Kapitaldeckung gefährdet wirtschaftliche Stabilität

Die Einführung kapitalgedeckter Rentenbestandteile ist nicht nur sozial ungerecht, sondern ökonomisch in höchsten Maße unsinnig:

- Das Investmentsfonds für die kapitalgedeckte Rente werben, ist verständlich: Das ist schließlich ihr Geschäft. Aber spätestens seit den Finanzkrisen Ende der 90er Jahre (Mexiko, Brasilien, Russland, Asien) ist klar, dass die Finanzmärkte die wirtschaftliche Stabilität gefährden. Allein in Asien verloren über 20Mio. Menschen über Nacht ihren Arbeitsplatz. Wer daher Finanzspekulationen weiter ankurbeln will, gefährdet letztlich nicht nur seinen, sondern auch seine eigene Rente: Investmentfonds können sich auch verspekulieren.
- Als Argument für kapitalgedeckte Renten wird immer wieder eine größere Rendite angeführt. Vergessen wird aber dabei das einfachste marktwirtschaftliche Gesetz, nämlich dass der Preis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Je mehr Menschen sich für eine Kapitaldeckung entscheiden, desto größer ist das Angebot an Geld auf den Finanzmärkten und desto mehr sinkt folglich die Rendite.
- In seinem Wochenbericht 46/99 hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nachgewiesen, dass das ursprüngliche Modell der kapitalgedeckten Rente von Arbeitsminister Riester mit deutlichen Einkommens- und Wachstumseinbußen verbunden ist: denn die kapitalgedeckte Rente bedeutet vermehrtes Sparen, also weniger Konsum, und das kostet nach Berechnungen des DIW innerhalb von 5 Jahren ganze 250.000 Arbeitsplätze. Da nun letztlich nicht mehr als nur 2,5% des Bruttolohns in einen Kapitalrentenfond fließen sollen, sondern sogar 4% wird der Negativeffekt dieser Reform auf dem Arbeitsmarkt noch größer ausfallen. Die Bundesregierung verringert daher nicht die Kostenbelastung durch die Rente, sondern verlagert sie aus der Rentenkasse auf den Arbeitsmarkt.
- Die kapitalgedeckte Rente erreicht das Gegenteil von dem, was mit ihr angeblich beabsichtigt wird - nämlich eine Entlastung der abhängig Beschäftigten. Denn die derzeit abhängig Beschäftigten müssen, wenn sie ihren Lebensstandard halten wollen, fortan zweimal bezahlen: Einmal, um die jetzigen Renten und dann noch, um den eigenen Kapitalstock zu finanzieren. Nicht ohne Grund fällt daher die Rentenbelastung bei den Riester-Plänen am höchsten aus.

Das Umlageverfahren ist zukunftsfähig

Im Mai 1997 erschien der Abschlussbericht der Alterssicherungskommission der SPD, die von Präsidium und Parteivorstand der SPD im Sommer 1996 eingesetzt worden war. Beteiligt waren z.B.: Rudolf Dreßler, Christine Bergmann, Ortwin Runde, Ursula Engelen-Kefer sowie Wissenschaftler und Vertreter der Rentenversicherungsträger.

Dieser Abschlußbericht unter dem Titel „Strukturreform statt Leistungskürzungen“ unterscheidet sich wohlthuend von der öffentlichen Debatte über die angebliche „Nichtfinanzierbarkeit“ der Renten in der Zukunft. Grundlagen dieses Berichtes sind folgende Einschätzungen:

NK=„Das System der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich... in seinen Grundzügen bewährt.“

OK=„Die langfristigen Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung werden vielfach überdramatisiert. Aus dem gegenwärtigen Liquiditätsproblem kann weder im negativen noch im positiven Sinne auf die dauerhafte Tragfähigkeit des Systems geschlossen werden. In der öffentlichen Diskussion werden jedoch die aktuellen Probleme und Verteilungskonflikte des Jahres 1997 auf die Langfristperspektive projiziert und damit teilweise verzerrt.“

PK=„Es gibt keine Begründung für einen grundsätzlichen Systemwechsel in der Altersversicherung und für die Abkehr von den Grundsätzen der Rentenreform 1992. Vielmehr ist das System der gesetzlichen Rentenversicherung nach Auffassung der Kommission mit seinen heutigen Grundprinzipien (Lohn- und Beitragsbezogenheit, Umlageverfahren, Nettolohndynamik, Verbindung von Äquivalenzprinzip und sozialem Ausgleich) dauerhaft finanzierter.“

OK=„Die Finanzierungsprobleme der Alterssicherung können nachhaltig nicht durch Leistungskürzungen oder Beitragserhöhungen gelöst werden, sondern in erste Linie durch eine langfristig angelegte Strategie zur Erhöhung der Beschäftigung und zur Vergrößerung der Zahl der Beitragszahler.“

Dieser Einschätzung sowie den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung der Rente der Alterssicherungskommission der SPD können wir nur zustimmen. Sie schlägt eine Reihe von fortschrittlichen Reformen vor - z.B.:

- Eine Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an arbeitsmarktbedingten Erwerbsunfähigkeitsrenten.
- Die Erstattung von Sonderleistungen (z.B. rentenrechtliche SED-Entschädigungen) durch den Bund.
- Die Erstattung der Kosten der arbeitsunfallbedingten Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und für diejenigen BU/EU-Renten, die auf Berufskrankheiten zurückgehen durch die Unfallversicherung
- Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit bzw. der Arbeitgeber an den Kosten der Vorruhestandsregelung

Diese Maßnahmen ergeben bei zusätzlicher Verbesserung der Alterssicherung der Frau, dem Erhalt des Rentenniveaus bei 70% und der schrittweisen Erhöhung des Bundeszuschusses eine Stabilisierung des Beitragssatzes zur GRV bei 22,9% im Jahr 2030. Wir haben damit ein zukunftstaugliches, arbeitnehmerfreundliches Projekt, das darüber hinaus vom Parteivorstand der SPD beschlossen wurde. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieses Projekt von der Bundesregierung nicht umgesetzt wird. Mit ihm könnte die Belastung durch die Rentenversicherung für die anhängig Beschäftigten im Jahr

2030 bei 11,5% des Bruttolohnes stabilisiert werden und müsste nicht - wie bei den Riester-Plänen - letztlich auf 17% steigen.

Die Gesamtbelastung bleibt konstant

Verschwiegen wird in der Rentendebatte immer wieder, dass der Belastung der Rentenkasse durch das Älterwerden der Gesellschaft deutliche Entlastungen gegenüber stehen: Nach Prognosen des Bundesarbeitsministeriums wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung bis 2030 von 6,5% auf 2% absinken. Allein hierdurch wird der Anstieg des Beitragssatzes zur GRV zu 70% aufgefangen. Werden die anderen Versicherungssysteme mit einbezogen, steigt die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer/in und Unternehmen bis zum Jahr 2030 um je 1,5 %. Würde man die Vorschläge der Alterssicherungskommission der SPD umsetzen, die auch wir hier vertreten haben, könnte genau diese Mehrbelastung durch Absenken des Gesamtbeitragssatzes zur GRV von 26% auf 22,9% vollständig (!) aufgefangen werden: während die heutige Gesamtbelastung durch Sozialversicherungsbeiträge im Westen 41% und im Osten 41,4 % beträgt, die beide je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden, würde die Gesamtbelastung nach unserem Vorschlag auch im Jahr 2030 41,3% in Ost und West betragen. Daher kann weder von einer Krise des Sozialstaates noch von einer Krise der Rentenversicherung die Rede sein. Offenbar ist es daher ein Problem, dass über den Sozialstaat kaum in seiner Gesamtheit gesprochen wird: Wer die Rente isoliert diskutiert, kommt daher zu einer Mehrbelastung. Wer aber alle Sozialversicherungssysteme in den Blick nimmt, wird feststellen, dass sich im Grunde so gut wie nichts verändert. Der Sozialstaats-hysterie könnte daher vielleicht ein Ende gesetzt werden, wenn die vielen verschiedenen Beitragssätze zu einem Gesamtsozialversicherungsbeitrag zusammen gefaßt würden, der zentral erhoben und nach einem ständig zu überprüfenden Verteilungsschlüssel an die Versicherungsträger überwiesen wird. So würden endlich die unsinnigen Debatten über die angebliche Unfinanzierbarkeit von Renten und Sozialstaat aufhören.

Als einen zweiten wesentlichen Baustein einer grundlegenden Reform des Sozialstaates sehen wir die Ergänzung des beitragsbezogenen Abgabensystems durch eine Bruttowertschöpfungsabgabe an. Die Abgabe ins Sozialsystem soll also nicht mehr nur von der Anzahl der Beschäftigten und der Höhe ihrer Löhne abhängig sein, sondern auch an die Wertschöpfung und Gewinnentwicklung der Unternehmen angekoppelt werden. Dies hätte zwei Effekte: Erstens würden Unternehmen, die kaum Beschäftigte haben und daher wenig in die Sozialkassen einzahlen, aber große Gewinne erwirtschaften (z.B. Softwareunternehmen), endlich auch einen gerechten Beitrag zur Stabilisierung des Sozialstaates leisten. Zweitens könnte so verhindert werden, dass der Sozialstaat auf Grund sinkender Gewinnsteuerbelastung fast nur noch von den abhängig Beschäftigten finanziert wird: Würden Unternehmen und Vermögensbesitzer heute den gleichen Anteil zum Steueraufkommen beitragen wie 1980, würden jährlich 114 Milliarden DM mehr in die Staatskassen fließen.

=



# Bildungsfinanzierung statt Populismus

## 1. Analyse

### 1.1. Warten auf die Chancengleichheit

Die derzeitige Situation an den Bildungsinstitutionen ist das Ergebnis einer konstruierten Unterfinanzierung. Sie ist die Konsequenz einer politischen Konzeption, die darauf abzielt, Bildung nach Gruppen, Klassen und Milieus zu segregieren, um über Hochschulen weiter einzig arbeitsmarktpolitische Bedürfnisse abzusichern. Die in den 70er Jahren unter sozialliberaler Koalitionsmehrheit angestoßene Bildungsreform war nur zu einem kleinen Teil zur sozialen Öffnung angelegt. Faktisch haben von diesen Maßnahmen nur einige Milieus profitiert: vor allem das mittlere und gehobene Bürgertum waren Nutznießer der Bildungsexpansion. Diese nur partiellen und schnell erlahmenden Reformbemühungen wurden in den 1980er Jahren durch die neoliberale, restriktive Sparpolitik, deren Inhalt nicht zuletzt die Aushöhlung vorangegangener Teildemokratisierung der Hochschulstrukturen und die Verkürzung auf einen biologistischen Elitebegriff war, wieder umgekehrt.

Bezeichnenderweise wurde neben der Strategie des strukturellen Überlastens der Bildungsinstitutionen denn auch keine Debatte um Möglichkeiten der Finanzierung geführt, sondern einzig ein Abblocken mit dem Verweis auf Belastungen etwa durch die deutsche Einheit, schließlich aber auf die negativen Folgen für den "Standort", außerdem aber - in Gestalt der rechtskonservativen Reden von Roman Herzog - eine Elitedebatte um Befähigung zum Studium entfacht. Dabei negierten die stamm-tischähnlich geführten Diskussionen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse um die gesellschaftliche Konstruktion von Fähigkeiten und Begabungen, Neigungen und Vorlieben. Die Argumentation zieht sich viel mehr auf biologistische Aspekte, oder präjudizierende Faulheits- beziehungsweise Unlustsbeschuldigungen an die Adresse der Studierenden zurück.

Strukturelle Schwächen der Hochschulen wurden und werden so zunehmend zu Leistungsdefiziten von Studierenden umdefiniert.

Bildungspolitisch hatte das den Effekt, hier nicht ein breit angelegtes und demokratisch konstruiertes Ideal von Bildung umsetzungsrelevant zeichnen zu müssen, sondern unter Rücksichtnahme auf Stammtische wie Großkonzerne kann die Unterfinanzierung der Institutionen, verengte Zugänge oder die Eigenverantwortungslogik etabliert werden. Die Diskussionen im Bereich der individuellen Bildungsfinanzierung (BAFöG und Studiengebühren) wird den Anforderungen einer modernen, zukunftsorientierten Gesellschaft nicht gerecht.

### 1.2. Eine Bundesausbildungsförderung, die keine mehr ist

Als ein Baustein dieser Entwicklung ergeben sich Diskussionen um die individuelle Bildungsfinanzierung und zudem die Verschärfungen des Bundesausbildungsförderungs-Gesetz (BAFöG), welche Rot-Grün nur teilweise zurückgenommen hat.

Mit künstlichem Erzeugen von Erwartungsdruck, Unterfinanzierung, Leistungsüberprüfung und der Begrenzung von selbstgestalteten Spielräumen wird eine ungeheure Last auf den Schultern der Studierenden abgewälzt. Ziel des Studierens ist es kaum mehr, wissenschaftliche Kompetenzen, oder gar

Erfahrungen in einer Art ‚demokratischer Gegenwart‘ zu sammeln und emanzipative Kritik in die Gesellschaft zu formulieren, Ziel ist die einzig die rasche Berufsausbildung. Das Überlastproblem an den Hochschulen, Studiengebühren und die sukzessive Kürzung von materieller Unterstützung der SchülerInnen und StudentInnen sollen die unterschiedlichen Bedingungen mit denen junge Erwachsene heute ins Studium starten, verschärfen. Im besonderen Masse betrifft dies die Schichten in der mittleren und unteren Einkommensklasse, die ein Studium ihrer Kinder nur schwer bis gar nicht bezahlen können und knapp aus dem BAföG-Raster herausfallen. Dieser Druck wird nun noch einmal durch Studiengebühren potentiell werden, so dass bestimmte Milieus beinahe grundsätzlich von höherer Bildung ausgeschlossen sein werden. So entwickelt sich die BAföG-Politik der letzten Jahre bereits in diese Richtung:

- Die Quote der nach dem BAföG geförderten Studierenden hat 1998 erneut einen historischen Tiefpunkt erreicht: Nur noch 12,6 % aller Studentinnen und Studenten erhalten überhaupt noch Leistungen nach dem BAföG. Der durchschnittliche Förderbetrag (jener Minderheit von Studierenden, die überhaupt noch eine Förderung erhalten) lag 1998 bei nur 637 DM in den alten Bundesländern und bei beschämenden 549 DM in den neuen Bundesländern. Auch die Quote der »dem Grunde nach BAföG-berechtigten Studierenden« liegt mit nur noch 21,2 % nur wenig über der Quote in Bezug auf alle Studierende. Sogar die absolute Zahl der BAföG-geförderten Studierenden sank 1998 weiter von zuletzt 237.000 (1997) auf mittlerweile nur noch 225.000.
- BAföG-Leistungen stellen mit durchschnittlich 10 % der den Studierenden monatlich zur Verfügung stehenden Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts neben Zuwendungen von Eltern (49 %) und eigenen Verdiensten (28 %) nur noch eine Randgröße dar. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks studieren heute nur noch 8 von 100 Kindern aus einkommensschwachen Familien, während es bei einkommensstarken Familien 72 von 100 sind.
- Der finanzielle Gesamtaufwand für BAföG von Studierenden betrug 1998 nur noch 1,653 Milliarden DM, von denen der Bund 1,074 Milliarden DM zu tragen hatte - fast nur noch die Hälfte des Betrages, den er 1992 aufwandte (3,083 Milliarden DM, davon Bund 1,975 Milliarden DM). Dem stand 1998 ein Darlehensrückfluss in Höhe von mittlerweile 1,112 Milliarden DM gegenüber.

### 1.3. Die Farce um rotgrüne Politik: Studiengebühren

Tatsächlich hat sich mit dem Regierungswechsel kein Politikwechsel etwa im Sinne der Wahlversprechen der SPD ereignet. Die SPD betrachtet Bildungspolitik als eines der Instrumentarien, die sie komplementär zur Unterstützung der Marktfunktionen verwenden will. Das bedeutet in der Konsequenz auch hier die instrumentelle Subsumtion von Bildung und deren Administration unter ökonomietheoretische Ansätze. Nach dem Beschluss der KultusministerInnen-Konferenz (KMK) vom Frühsommer dieses Jahres ist mit der Legitimation der Erhebung von Studiengebühren über die Länderebene, nach Überschreiten willkürlich festgesetzter Regelstudienzeiten, ein Ende eineinhalbjährigen Lavierens in Sicht. Neben der verschärften Exklusivität des Studiums bleiben jedoch die Befürworter von Studiengebühren den Beweis schuldig, dass die finanzielle Ausstattung der Hochschulen ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit überhaupt möglich macht. Der Staat zieht sich so aus der Verantwortung, Bildung für alle BürgerInnen bereitzustellen. Darüber hinaus bereitet der Vorschlag der KMK die allgemeine Einführung von Studiengebühren vor.

De facto gibt es bereits jetzt kein gebührenbefreites Studium, nach der Einführung von Rückmelde-, Verwaltungs- und Prüfungsgebühren (indirekte Kosten einmal nicht betrachtet). Die Studierenden

können damit zusätzlich durch die Länder zur Kasse gebeten werden. Die Bundesregierung, allen voran die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, hat so die Möglichkeit leichtfertig verspielt, bei klaren Mehrheitsverhältnissen ein Verbot von Studiengebühren im HRG festzuschreiben. Darüberhinaus ist die Resistenz innerhalb der SPD zu grossen Teilen einer Einstellung gewichen, die einer populistischen Auswertung und damit der Zustimmung zu Studiengebühren befürwortet.

Die Einführung von Studiengebühren ist zudem auf Landes- wie Bundesebene eine Erklärung der eigenen Handlungsunfähigkeit, den gesellschaftlich steigenden Bedarf an Bildung und Qualifizierung in einer Vermittlung von Emanzipation des Einzelnen, neuer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu konzipieren und für einen weitreichenden Chancenausgleich durchzusetzen.

## **2. Forderungen**

### 2.1. Grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren

1. Die JungsozialistInnen fordern nach wie vor die Durchsetzung eines grundlegenden Verbotes von Studiengebühren mittels Hochschulrahmengesetzes (HRG). Dies betrifft genauso sämtliche Nachmelde-, Rückmelde-, Prüfungs-, und Verwaltungsgebühren.

2. Ein Verfahren über Studienzeitkonten eine begrenzte Freistellung von Studiengebühren zu erwirken lehnen wir ebenfalls ab. Eine Rationierung von Bildungsveranstaltungen läuft nicht nur dem Bildungsanspruch zuwider, sondern bietet zudem keinen adäquaten Lösungsansatz für die überlasteten Bildungsinstitutionen. Die Behauptung, Bildungsgutscheine seien sozial verträglicher weisen wir als falsch zurück: "Sozial verträglicher" wäre einzig, die finanzielle und strukturelle Benachteiligung ab- und nicht aufzubauen.

3. Zugleich müssen für die existenten indirekten Studiengebühren (etwa: Material und Geräteanschaffung in naturwissenschaftlichen Fächern etc.) Lösungen gefunden werden. Die Jusos fordern eine Behebung auch dieser Missstände. So könnten die indirekten Studiengebühren etwa über Steuerguthaben in einem ersten Schritt kompensiert werden, mittelfristig muss aber hierfür die Mittelzuweisung an die Hochschulen drastisch erhöht werden. Das Studium darf nicht weiter eine finanzielle Belastung für Studierende sein!

### 2.2. Für eine konsequente Reform des Bundesausbildungsförderungs-Gesetzes

Eine spürbare Verbesserung der sozialen Lage der StudentInnen bzw. SchülerInnen kann am besten durch eine strukturelle Erneuerung der bestehenden Ausbildungsförderung erreicht werden. Ziel der strukturellen Erneuerung ist die Gewährleistung einer sozial gerechten, bedarfsdeckenden sowie eltern- und partnerInnenunabhängigen Ausbildungsförderung. Ausbildungsförderung hat dem Individualrecht auf Bildung Rechnung zu tragen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 20. März 1952 (BGBl. II 1956 S. 1880) anerkannt hat. Die Reform der Ausbildungsförderung muss dazu beitragen, Chancengleichheit im Bildungssystem durchzusetzen und in Zukunft mehr jungen Menschen eine Hochschulbildung zu ermöglichen. Der Zugang zu Hochschulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen darf nicht von der sozialen Lage und finanziellen Leistungsfähigkeit der SchülerInnen und Studierenden bzw. ihrer Eltern abhängen. Das gilt ebenso für auszubildende, behinderte Menschen, deren

behinderungsspezifischer Nachteilsausgleich dem individuellen Bedarf angepasst und, soweit diese Notwendigkeit vorliegt, mittels Ausbildungsassistenz zusätzlich unterstützt werden muss.

Die Höhe der Ausbildungsförderung muss eine Konzentration der Auszubildenden auf ihre Ausbildung sicherstellen, ohne dass diese auf andere Finanzierungsquellen zurückgreifen müssen; die Länge der Ausbildungsförderung muss den tatsächlichen durchschnittlichen Ausbildungszeiträumen entsprechen. Studierende sind erwachsene Menschen und haben an den Hochschulen selbständige wissenschaftliche Leistungen zu erbringen: Sie haben auch einen Anspruch auf finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern. Die Reform der Ausbildungsförderung hat davon auszugehen, dass Bildung ein öffentliches Gut darstellt und einen elementaren Faktor für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft darstellt. Ihre Finanzierung als gesellschaftliche Aufgabe ist daher grundsätzlich Verpflichtung des Staates. Eine kostenneutrale Reform der Ausbildungsförderung wird bald an ihre Grenzen stoßen. Um eine sozialstaatlich orientierte Reform der Ausbildungsförderung zu ermöglichen, ist daher der Anteil der Bildungsausgaben am Bundeshaushalt deutlich zu erhöhen.

Dazu bedarf es schnell einer profunden strukturellen Erneuerung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, die eben diese sozial gerechte bedarfsdeckende sowie eltern- und partnerInnenunabhängige Ausbildungsförderung sicherstellt. Die strukturelle Erneuerung sollte sich an folgenden Punkten orientieren:

1. Alle Studierende erhalten eine am Durchschnittsbedarf orientierte Ausbildungsförderung. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks handelt es sich dabei bei StudentInnen um ca. 1.280 DM monatlich (Angaben für 1997). Diese Förderung soll aus den zwei im folgenden benannten "Körben" finanziert werden.

(Korb A)

Entsprechend den Vorschlägen maßgeblicher bildungspolitischer Akteure vom Deutschen Studentenwerk über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bis hin zum freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften wird an die Studierenden bzw. SchülerInnen ein einheitlicher Sockelbetrag elternunabhängig ausgezahlt. Der Sockelbetrag deckt in der Höhe die, aus der steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen, resultierenden Entlastungen der Eltern ab. Kindergeld und entsprechende Freibeträge können demzufolge entfallen. Die Überführung der ausbildungsbedingten Transfers an die Eltern in eine Sockelförderung für die Studierenden erkennt zum einen an, dass es sich bei den Studierenden um erwachsene Menschen handelt, zum anderen würde es die Bevorzugung von Eltern mit höheren Einkommen bei der Bemessung der steuerlichen Freibeträge beenden. Um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an eine gesetzliche Neuregelung des Familienlastenausgleichs Rechnung zu tragen, ist der Sockelbetrag auf mindestens 500 DM zu bemessen. Dabei ist auszuschließen, dass die zu einem Sockelbetrag zusammengeführten Leistungen anders als die bisher den Eltern zustehenden Transfers unter Leistungsvorbehalte gestellt werden. Das so gestaltete BAFöG wird als Zuschuss gewährt.

(Korb B)

Ein Aufstockungsbetrag bis zur Höhe des gegenwärtigen Durchschnittsbedarfs von derzeit ca. 1.280 DM bei finanziell schlechter gestellten Studierenden soll als staatlicher Zuschuss ohne Rückzahlungspflicht gewährt werden. Grundsätzlich finanziert der Staat sich durch ein adäquates Steuersystem, übergangsweise kann jedoch der BAFöG-Satz auch vom Jugend- und Sozialamt (bei vorhergehender Ausstattung dieser Ämter) ausgezahlt und bei den Eltern eingezogen werden. SchülerInnen wird ein Aufstockungsbetrag bis zur Höhe des gesondert zu berechnenden durchschnittlichen Bedarfs von SchülerInnen in jedem Fall als Zuschuss gewährt.

2. Um ein erneutes Entfernen der Förderbeträge von den tatsächlichen Lebenshaltungskosten zu vermeiden, sind Vorschriften für eine automatische jährliche Dynamisierung der Förderbeträge in das Bundesausbildungsförderungsgesetz aufzunehmen.
3. Studierende bzw. SchülerInnen aus den alten und den neuen Bundesländern sind auch im Hinblick auf den zugrunde gelegten Durchschnittsbedarf und die Förderbeträge vollständig gleichzustellen.
4. In kaum einem Studiengang ist es möglich, innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. Bei vielen Fachrichtungen liegen die durchschnittlichen Studienzeiten bis zu vier Semester über der Bafög-Förderungshöchstdauer. Verschärft wurde die Situation durch die 1996 eingeführte Verzinsung der Studienabschlußförderung. Eine Angleichung der Förderungshöchstdauer an die durchschnittlichen Studienzeiten ist deshalb unabdingbar.
5. Die Ausbildungsförderung von SchülerInnen an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 10 bzw. ab 16 Jahren, Berufsfachschulen sowie Fach- und Fachoberschulklassen ist grundsätzlich wiederherzustellen, auch dann, wenn die SchülerInnen bei den Eltern wohnen oder nicht notwendig auswärtig untergebracht sind.
6. Die Ausbildungsförderung von Studierenden bzw. SchülerInnen mit Kindern ist spürbar zu verbessern. Insbesondere ist die Zahlung eines Familienzuschlages für die betreuenden Personen vorzusehen, was im Pflegegesetz entsprechend zu regeln wäre. Ein derartiger Anspruch ist auch für die Betreuung von Kindern im Alter von über fünf Jahren vorzusehen. Analoge Regelungen sind für die Pflege von Menschen mit Behinderung, chronisch Kranken und Alten zu treffen.
7. Die Ausbildungsförderung von Menschen mit Behinderung hat deren ständige Begleitung und Unterstützung (Ausbildungsassistenz) durch einen kostendeckenden Zuschlag zu gewährleisten. Wie GebärdendolmetscherInnen für Gehörlose und VorleseassistentInnen für Blinde, sind AusbildungsassistentInnen generell als eine Form des Ausgleichs objektiv bestehender Nachteile zu betrachten, die Voraussetzungen für die angestrebte Chancengleichheit gewährleisten. Die objektiv bestehenden Nachteile von Studierenden bzw. SchülerInnen mit Behinderung sind darüber hinaus durch eine Verlängerung der Förderungsdauer um einen angemessenen Zeitraum auszugleichen.
8. Durch einen vollständigen Verzicht auf Höchstaltersgrenzen für die Gewährung von Ausbildungsförderung sind Fördermöglichkeiten auch über das 30. Lebensjahr hinaus zu eröffnen. Damit wird der Heterogenität der Lebensverhältnisse von StudentInnen bzw. SchülerInnen Rechnung getragen und Frauen und Männern die Chance eröffnet, auch nach einer Familienphase oder nach Berufstätigkeit ein Studium bzw. eine Ausbildung zu beginnen. Gleichzeitig muss der verpflichtende Einstieg in Förderungsleistungen vom ersten Semester an abgeschafft werden. Dies muss von den SchülerInnen und Studierenden frei gewählt werden können.
9. Die Ausbildungsförderung muss grundsätzlich auch in der Bundesrepublik Deutschland lebenden AusländerInnen, die weder Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates noch anerkannte AsylbewerberInnen bzw. Flüchtlinge sind, noch ein deutsches Elternteil haben, offen stehen.
10. Die bestehenden Restriktionen für die Förderung eines Studiums bzw. einer Ausbildung im Ausland sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union sind aufzuheben.
11. Die Möglichkeiten einer Ausbildungsförderung nach einem Fachrichtungswechsel oder einem Studienabbruch sind zu verbessern.
12. Die Möglichkeiten der Förderung von Aufbau-, Ergänzungs- und Weiterbildungsstudiengängen sind auszuweiten.
13. Master- bzw. Magister-Studiengänge, die sich an einen absolvierten Bachelor- Studiengang anschließen, sind uneingeschränkt zu fördern, auch dann wenn ein Fachrichtungswechsel erfolgt. Auf

besondere Voraussetzungen für die Förderung eines Master- bzw. Magisterstudiengangs ist zu verzichten.

14. Es ist sicherzustellen, dass bei der förderungsrechtlichen Einstufung von Ausbildungen, Ausbildungsgänge in den neuen Ländern oder Ausbildungsgänge mit hohen Frauenanteilen nicht strukturell benachteiligt werden.

15. Ausserdem muss der unter Ziffer 2 genannte Sockelbetrag unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung auch Auszubildenden, für die das Bundesausbildungsförderungsgesetz keine Geltung besitzt, gewährt werden.

=

# Chance ergreifen – Wehrpflicht abschaffen

Der nachfolgende Beschluß wird umgehend den Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion zugeleitet, damit diese ihn vor der Sitzung der Fraktion am kommenden Montag zur Kenntnis nehmen können.

## Einleitung

Wir Jusos haben sind Teil der Friedensbewegung. Unser Engagement versteht sich vor einem dezidiert anti-militaristischen Hintergrund. Für uns bieten Armeen keine Grundlage für die Schaffung eines nachhaltigen Friedens. Nicht Armeen haben Frieden hergestellt, sondern die Politik.

Gleichberechtigte Kooperationen zwischen Staaten, Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den internationalen Beziehungen, soziale Sicherheit innerhalb der einzelnen Staaten sowie wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Märkten und ihren wichtigsten Akteuren sind die zentralen Säulen einer internationalen Friedenspolitik. Die Entstehung neuer politischer und wirtschaftlicher Akteure auf supranationaler Ebene, wie der EU, sind daher unwiderrufliche Eckpfeiler einer nachhaltigen Friedenspolitik. Sicherlich darf Friedenspolitik sich nicht darauf beschränken, diese abstrakten politischen Ziele zu verfolgen und damit die Verantwortung an andere zu delegieren. Vielmehr gibt es auch spezifische Instrumente, derer sich eine derartige Politik bemächtigen muss. Da keine Beziehung frei von Konflikten ist, müssen Methoden der Konflikterkennung, -prävention und -bewältigung geschaffen werden, die dem Primat der Politik unterliegen und nicht von militärischem Denken geprägt sind.

Eine solche nachhaltige Friedenspolitik erfordert nachgerade die Zurückdrängung aller militärischen Strukturen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland (und auch anderswo). Aus diesem Grund haben Jusos immer die Initiative „Bundesrepublik ohne Armee,“ unterstützt. Wir halten dies weiter für richtig. Das Zusammenwachsen in Europa lässt die Existenz nationaler Armeen als Anachronismus erscheinen. Eine arbeitsteilige und stark abgerüstete europäische Verteidigungsstruktur erscheint hier wünschenswert. Die Probleme auf dem Weg dorthin dürfen jedoch nicht unterschätzt werden (z.B. Parlamentarische Kontrolle, Demokratische Einbettung, Schaffung einer einheitlichen Philosophie und Struktur, Aufbau einer eigenen Aufklärungsfähigkeit).

Unabhängig von dieser sehr grundsätzlichen Diskussion über europäische Verteidigungsstrukturen, die Schaffung einer Friedenszone in Europa und dann in der ganzen Welt und die Überwindung des Militärs zumindest in Europa stehen wir heute vor sehr konkreten politischen Auseinandersetzungen. Die Diskussion um den vorgelegten Bericht der Zukunftskommission, die der Bundesminister der Verteidigung einberufen hat, zeigt Chancen und Risiken der Diskussion in den kommenden Monaten auf. Wir Jusos halten diese Diskussion dringend erforderlich, denn mit der bevorstehenden Strukturreform der Bundeswehr legen wir eine wesentliche Grundlage für die deutsche Sicherheitspolitik der nächsten Jahrzehnte. Wir wehren uns daher entschieden gegen den Versuch der Bundesregierung, die Debatte zu beenden, bevor sie eigentlich begonnen hat. Es kann und darf keine vorschnelle Entscheidung geben. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion. Ein wesentlicher Beitrag zu dieser Diskussion muss die vom letzten Bundesparteitag beschlossene kritische Auswertung des völkerrechtswidrigen Kosovo - Krieges sein.

In den letzten Jahren waren die Friedensbewegung und die Jusos nur noch Zuschauer einer immer rasanteren Entwicklung. Die Bundeswehr konnte sich scheinbar „normalisieren,“ Auslandsein-

satz für Auslandseinsatz entfernte man sich in der Bundesrepublik von dem noch Anfang der 90er Jahre vorhandenen gesellschaftlichen Konsens. Als letztes konnte die Bundeswehr im Rahmen eines völkerrechtswidrigen NATO-Krieges offen eingesetzt werden. Erst die Tatsache, dass hier die vorgeblichen Kriegsziele (Ende der Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen, friedliche Stabilisierung der Region) nicht annähernd erreicht werden konnten, hat zu einer Denkzäsur geführt.

Gerade vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges erweist sich die Kritik der Jusos und anderer Linker am Einsatz immer robusterer Blauhelme als richtig. Das einschwenken von vielen ehemaligen Pazifistinnen auf Kriegseinsätze der Bundeswehr wurde auch über die „Einstiegsdroge“ Blauhelme vermittelt.

Daraus müssen wir lernen. Unsere aktuelle Beschlusslage ist nach wie vor gut und sinnvoll. Die Beschlüsse von Herne (1993) und Hannover (1996) geben wichtige Zielmarken unserer Politik vor. Was wir – auch und gerade als Jugendorganisation der Regierungspartei – leisten müssen, ist die Entwicklung konkreter politischer Konzepte, die als Beiträge zur aktuellen Debatte verstanden werden und diese beeinflussen können.

#### Leitsätze einer europäischen Friedensordnung

Wir Jusos benötigen in den kommenden Monaten eine Diskussion über die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung und einer europäischen Verteidigungsstruktur. Der hier vorliegende Antrag soll erste Eckpunkte benennen, kann aber letztlich nur ein Anstoß zur Diskussion sein. Die Zukunftskommission hat ganz richtig erkannt, dass die Frage der Zukunft der Bundeswehr im wesentlichen keine Frage der Finanzierung oder der Arbeitsmarktpolitik sein kann, sondern das in erster Linie die Frage zu beantworten ist, welche Rolle die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren einnehmen soll und welche militärische Struktur dann Sinn macht.

Wir teilen dennoch die Schlussfolgerungen der Zukunftskommission, sich für eine Aufstockung der Interventionskräfte einzusetzen, in keiner Weise.

Europa wächst immer weiter zusammen, dennoch ist Europa immer noch kein Kontinent ohne Kriege und Konflikte. Ob auf dem Kaukasus oder dem Balkan, ob in Nord-Irland, dem Baskenland oder auf Korsika, ob in Rußland oder Weißrußland – Krieg, Bürgerkrieg und Menschenrechtsverletzung sind auch hier noch Alltag. Zugleich bemerken wir, dass die Form der Konflikte sich innerhalb wie außerhalb Europas stark verändert. Zwischenstaatliche Kriege werden seltener, Bürgerkriege, marodierende Banden, ethnisch angeheizte Konflikte bestimmen die Tagesordnung des Kriegs zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei darf nicht übersehen werden, dass viele dieser Konflikte auch ökonomische Ursachen haben.

Klassische Verteidigungsstrukturen und Armeen sind schon lange nicht mehr in der Lage solcher Konflikte oder Kriege Herr zu werden. Ein mit krimineller Energie geführter Bandenkrieg hat keine Frontverläufe. Es lässt sich nur schwer zwischen Mitläufern und Warlords unterscheiden. Befehlsstrukturen sind zudem oftmals nur rudimentär vorhanden.

Wer eine staatlich oder auch supra-nationale Ordnung durchsetzen will, braucht also andere als militärische oder polizeiliche Mittel. Letztlich müssen Instrumente entwickelt werden, denen es gelingt, möglichst schnell stark vernetzte zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen. Sind sie doch ein Kernelement einer nachhaltigen Friedensstruktur.



## Entwicklungsrichtungen der Bundeswehr

Wir müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, dass derartige Instrumente und Strukturen nur rudimentär entwickelt sind und Armeen immer noch ein wesentlicher Eckpfeiler des allgemeinen Sicherheitsverständnisses und –empfindens sind. Dies erfordert, dass wir auch künftige Entwicklungslinien der Armeen in Europa und insbesondere der Bundeswehr aufzeigen.

Wir bleiben dabei der Auffassung, dass der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen offener kriegerischer Konflikte – auch mit der Legitimierung der Vereinten Nationen – ein politisch nicht hinnehmbarer Akt ist. Wir sehen aber auch die Tatsache, dass die Bundeswehr auch künftig im Rahmen friedenssichernder und friedenserhaltender Maßnahmen gebraucht und eingesetzt werden wird.

Wir halten daher eine Entwicklung der Bundeswehr für sinnvoll, die sicherstellt, dass ihr Einsatz nur in einem klar definierten Rahmen stattfinden kann:

- im quasi auszuschließenden Fall der Verteidigung
- im Rahmen eines Stand-by-Force-Konzeptes des Generalsekretärs der Vereinten Nationen
- im Rahmen von UN-Einsätzen zur Friedenssicherung und –erhaltung, denen vorab alle Konfliktparteien zugestimmt haben.
- und zur Unterstützung humanitärer Hilfseinsätze, sofern nicht andere zivile Kräfte dies effektiver und besser können. Das Ziel muss aber sein, diese zivilen Kräfte künftig weiter zu stärken.

Wie eine Bundeswehr vor diesem Hintergrund zu strukturieren ist und welche Aufgaben besser andere (zivile) Stand-by-Forces übernehmen können, wird ein wesentlicher Eckpunkt unserer Diskussion der nächsten Monate sein müssen.

Eine europäische, arbeitsteilig agierende Verteidigungsstruktur kann aufgrund der angesprochenen Probleme zwar nur ein mittelfristiges Ziel sein. Erste Schritte sind jedoch sehr schnell möglich. So kann eine erste Arbeitsteilung zwischen den Armeen vorgenommen werden, die einerseits die Handlungsfähigkeit einer einzelnen Armee erheblich einschränkt, aber insgesamt die europäische Handlungsfähigkeit uneingeschränkt lässt. Die Reduktion der WEU-Armeen um mindestens 50% und die entsprechende Konzentration der nationalen Investitionsentscheidungen auf die jeweilige Aufgabe lassen erhebliche Kosteneinsparungen und eine massive Abrüstung zu.

Zudem halten wir die Kooperation zwischen den Armeen, gerade über alte Bündnisgrenzen hinweg, für einen sinnvollen Beitrag zur Weiterentwicklung gesamteuropäischer Strukturen. Dies sollte in Form multinationaler Korps fortgeführt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf folgende Planungen umzusetzen:

- kurzfristig: Abschaffung der Wehrpflicht
- mittelfristig: Etablierung einer freiwilligen Armee in der Stärke von 240.000 Soldaten. Mit der primären und einzigen Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung.
- langfristig: Ausstieg aus der Militarisierung. Schaffung eines friedlichen Europas und die endgültige Abschaffung der Bundeswehr.

## Die aktuelle Debatte

Mittlerweile liegen vier verschiedene Konzepte zur Zukunft der Bundeswehr vor:

- Zwischenbericht der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg (IFSH)
- Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ vom 23. Mai 2000
- Bericht des Generalinspektors a.D. Kirchhoff
- Reformvorschlag des Bundesministers der Verteidigung vom 31. Mai 2000

Wir stellen fest, dass nur das erste Modell wirklich eine neue Perspektive für europäische Sicherheitspolitik bietet. Das Maß der Abrüstung und der strikt gesamteuropäische Kontext dieses Vorschlages erscheinen uns eine vernünftige Grundlage für weitere Überlegungen.

Die Überlegungen der sogenannten Weizsäcker - Kommission, denen der Bundesverteidigungsminister nun offenkundig entgegenkommen will, auch wenn er eine Gesamtstärke von 275.000 Mann (255.000 Mann in Einsatzbereitschaft plus 20.000 Mann in Ausbildung) anstrebt, gehen von einer wesentlichen Grundthese aus, die wir für falsch und gefährlich halten: Die Bundeswehr müsse in der Lage sein dauerhaft (d. h. über mehrere Jahre hinweg) in zwei Krisenherden gleichzeitig mit einer Präsenzstärke von 5.000 Mann zu intervenieren. Dieser These folgend verlangt die Weizsäcker-Kommission die Aufstockung der KRK fast auf das Dreifache von 60.000 Mann auf 140.000 Mann. Weder Umfang der Interventionskräfte, noch deren dauerhafte Stationierung noch der angesprochene Kontext (in den auch der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg fällt) erscheinen uns akzeptable Vorgaben für die künftige Sicherheitspolitik. Hier wird nichts anderes als eine kriegsfähige Interventionsarmee geschaffen, die deutsche Interessen (nicht einmal europäische Interessen) zumindest in Europa und allen angrenzenden Regionen absichern können soll. Dies wird sehr deutlich, wenn das Verteidigungsministerium von der Rolle der Exportmacht Deutschland und der Sicherung ihrer Interessen redet.

Wir sehen die Gefahr, dass in der laufenden Debatte um Sollstärken der Bundeswehr diese eigentliche Kernfrage untergeht. Nicht die Frage, ob 285.000 oder 240.000 Soldaten sein soll. Eine intervenionsfähige Armee kann und darf nie das politische Ziel der deutschen Sozialdemokratie als Teil einer internationalistischen Bewegung sein.

#### Abschaffung der Wehrpflicht

Historisch ist die Wehrpflicht nie eine Forderung der Arbeiterbewegung gewesen. Vielmehr war es immer das Ziel der Linken kasernierte, stehende Heere zu verhindern. Erst Mitte der 60er Jahre hat sich die SPD mit diesem System der Wehrpflichtarmee arrangiert. Wehrpflicht war und ist bis heute kein Argument gegen die Gefahr einer gesellschaftlichen Entkopplung der Armee („Staat im Staate,“) und hat historisch auch noch nie einen Krieg verhindert. Im Gegenteil: Jeder Krieg setzt die geistige Mobilisierung der Bevölkerung voraus. Gelingt eine solche geistige Mobilisierung, so ist die Mobilmachung einer Wehrpflichtarmee auch kein besonderes politisches Problem mehr. Der Kosovo-Krieg hat dies eindrucksvoll belegt.

Wir Jusos sprechen uns daher für die Abschaffung der Wehrpflicht aus. Nur wenn eine einwandfreie Prüfung der verfassungsrechtlichen Lage ergeben sollte, dass die Abschaffung der Wehrpflicht einer Grundgesetzänderung bedarf, halten wir hilfsweise die Aussetzung der Wehrpflicht für eine sinnvolle

Alternative. Für die Abschaffung der Wehrpflicht sprechen unseres Erachtens eine Vielzahl an Argumenten.

1. Die Wehrpflicht ist ein Hindernis auf dem Weg zur erforderlichen Abrüstung in Europa. Europa ist auch über 10 Jahre nach dem Fall der Mauer eine extrem hochgerüstete Region. Die Größe der nationalen Armeen lässt nicht vermuten, dass wir uns in einer Phase der europäischen Kooperation und Zusammenarbeit befinden. Weiterreichende Abrüstungsvereinbarungen sind daher dringend erforderlich. Wir gehen davon aus, dass eine Sollstärke der Bundeswehr von 150.000 Soldaten eine verantwortungsvolle Zielvorgabe für Verteidigungspolitik der kommenden Jahre ist. Damit ist aber die untere Größenordnung der Wehrpflichtigenarmee bei weitem unterschritten.

2. Bereits seit vielen Jahren ist Wehrgerechtigkeit kaum noch gegeben. Bei einer weiteren Reduktion der Sollstärke ist sie endgültig in Frage gestellt. Der von der Weizsäcker-Kommission vorgeschlagene Auswahl-Wehrdienst per Losentscheid ist nur ein verfassungsrechtlich bedenklicher Ausweg. Da Wehrgerechtigkeit eine wesentliche Voraussetzung der Wehrpflicht ist, darf es keine Wehrpflicht ohne Wehrgerechtigkeit geben.

3. Der Wehrdienst ist ein Pflichtdienst. Wie halten die Aufrechterhaltung eines solchen Pflichtdienstes für einen tiefgreifenden Eingriff in die Lebensplanung und die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden jungen Mannes. Wichtige Grundrechte wie das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, das Koalitions- und Versammlungsrecht sowie das Streikrecht werden durch das Soldatenrecht eingeschränkt. Ein solcher Eingriff muss mit einem existentiellen Anliegen des Staates begründet werden. Kurz: wo keine Landesverteidigung, da auch keine Wehrpflicht. Wer in der heutigen Situation die Wehrpflicht befürwortet, hat kein Argument mehr gegen die Einführung einer Dienstpflicht für alle.

4. Die Tatsache, dass der zivile Ersatzdienst zum wichtigsten Argument für die Wehrpflicht geworden ist, halten wir für eine unglaubliche Fehlentwicklung. Richtig ist, dass die Aussetzung der Wehrpflicht einen großen Bedarf an Planstellen in wesentlichen Bereichen des Sozialstaats schaffen wird. Zahlreiche Studien belegen aber, dass diese Form der Konversion und damit die Abschaffung des Zivildienstes kostenneutral, evtl. sogar kostensparend möglich ist. Die begrenzte Einsatzfähigkeit der ZDL, ihre mangelnde Motivation und das fehlende Know-how bei ZDL wetzt ihrer Effektivität erhebliche Grenzen. Daher lassen sich ZDLer in der Regel im Verhältnis 1:2 durch sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte ersetzen.

Durch die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umstrukturierung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee können laut Schnell - Studie jährlich 7 Mrd. DM im Bundeshaushalt eingespart bzw. umgewidmet werden. Zusammen mit einem Teil dieses Betrages können die Mittel, die der Bund bisher jährlich zur Finanzierung von Zivildienststellen verwendet (ca. 2,5 Milliarden Mark), verdoppelt werden, und in den Fond „Neue Arbeit“ fließen, der die Mittel zur Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) bündeln soll. Die Konversion des Zivildienst in Arbeitsplätze des ÖBS wäre somit zugleich ein Beitrag, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und Menschen Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen, die ihnen eine Existenzsicherung aus eigener Kraft ermöglicht.

Für die Übergangszeit bis zum Ende des Zivildienstes darf dieser die Dauer des Wehrdienstes nicht mehr überschreiten. In ihre Arbeit muß die Kommission auch die Frage einbeziehen, wie künftig Jugendliche, die sich für ein freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr entscheiden, finanziell sowie arbeits- und tarifrechtlich besser und klarer abzusichern sind. Planung hinsichtlich der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht lehnen wir dagegen strikt ab.

5. Wer das gesellschaftliche Verantwortungsbewußtsein stärken und das soziale En-gagement junger Menschen fördern will, der muss andere Formen der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen, der muss soziale Dienste finanziell und image - mäßig aufwerten und der darf FSJler nicht als Billiglöhner ausnutzen. Der Erhalt eines staatlichen Pflichtdienstes ist in jedem Fall aber der falsche Weg. Wir lehnen daher auch die Einführung einer Dienstpflicht für alle als mögliche Alternative zum heutigen Zivildienst strikt ab. Die Vorstellung, Lohnkosten durch Dienstpflichten zu umgehen, ist mit sozialdemokratischen Positionen unvereinbar. Außerdem würden dann auch Frauen herangezogen, wo durch ein immenser Überhang an dienstpflichtigen Personen die Folge wäre. Zudem hat unsere Verfassung mit dem Arbeitszwangverbot in Art. 12 eine bewußte Abkehr von nationalsozialistischen Vorstellungen der selbstverständlichen Indiennahme der Arbeitskraft des einzelnen für den Staat vollzogen. Wir halten an der Aussage fest: Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, läßt sich nicht erzwingen. Denn soziales Engagement kann nur freiwillig und selbstbestimmt geleistet werden

6. Wir fordern daher von der Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, eine Kommission zur Zukunft der sozialen Dienste in Deutschland einzurichten. Diese Kommission sollte unter der gemeinsamen Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Arbeit stehen.

Wohlfahrts- und Naturschutzverbände, die Interessenvertretung der Kriegsdienstverweigerer, das Gesundheits- und Arbeitsministerium, die Kommunen, Kranken- und Pflegekassen und die Bundesanstalt für Arbeit müssen in die Arbeit mit einbezogen werden

7. Aus diesem Grunde halten wir auch die Wehrpflicht nicht mehr für zwangsläufig erforderlich. Sie war in der Anfangsphase der Bundeswehr ein wichtiger Beitrag zur Integration der Armee in die Gesellschaft. Heute jedoch gibt es andere tragende Faktoren. Mit unserem Modell eine Freiwilligen-Armee mit kürzer dienenden Soldaten auf Zeit (SaZ) lässt sich einer Abkopplung der Armee von der Gesellschaft zusätzlich entgegen treten, denn die Soldaten müssen nach einer begrenzten Zeit ins berufliche Leben zurückkehren. Dieses Konzept ermöglicht der Bundeswehr auch die Integration unterschiedliche gebildeter Bevölkerungsgruppen, sofern sie eine laufende Weiterbildung garantiert, so dass ein nahtloser Eintritt ins zivile Berufsleben möglich ist.

8. In Zeiten knapper Finanzlage und staatlicher Verschuldung muss auch die Bundeswehr ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten. Die Festschreibung des Etats des Einzelplans 17 und Vorschläge diesen gar auszuweiten, können wir daher nicht nachvollziehen. Die erforderlichen Investitionsplanungen machen dann aber Einsparungen in der Größe der Bundeswehr erforderlich. Der Verteidigungshaushalt muss unseres Erachtens nach einen überproportionalen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

9. Angesichts der Bestrebungen, die Bundeswehr weltweit einzusetzen, erhoffen sich viele von der Wehrpflicht eine einsatzhemmende Wirkung. Die eigenen Söhne, so heißt es, würden nicht leichtfertig in Auslandseinsätze geschickt. Hier wird jedoch eine gefährliche Illusion geschaffen. Die für Auslandseinsätze vorgesehenen sog. Krisenreaktionskräfte (KRK) bestehen bereits zu 80% aus Berufs- und Zeitsoldaten. Die restlichen 20% setzen sich auch nicht aus regulären Wehrpflichtigen zusammen, sondern aus freiwillig längerdienenden Wehrpflichtigen, die extra bezahlt werden. Normale Wehrpflichtige werden also gar nicht an Auslandseinsätzen beteiligt. Folglich können sie auch keine besondere gesellschaftliche Betroffenheit schaffen. Entscheidend ist vielmehr die Durchsetzung des Primats der Politik. Die Sozialdemokraten haben in Karlsruhe erstritten, daß die Bundeswehr nur aufgrund eines Parlamentsbeschlusses international eingesetzt werden darf. Die Frage, an welchen Einsätzen sich die Bundeswehr in Zukunft beteiligen soll, muß politisch entschieden werden und

darf nicht auf die Wehrpflichtigen abgeschoben werden, die an internationalen Einsätzen gar nicht teilnehmen.

Wir sehen mittelfristig eine stark verkleinerte Bundeswehr als unser Ziel hin zur Überwindung nationaler Armeen. Als Alternative zur Wehrpflicht schlagen wir eine Freiwilligenarmee vor. Damit ist keine reine Berufsarmee gemeint, da der Schwerpunkt bei Zeitsoldaten mit kürzeren Verpflichtungszeiten liegen soll, die nach ihrer Zeit beim Militär wieder in das zivile Berufsleben zurückkehren. Durch entsprechende Einstellungstests, die auch in anderen Bereichen üblich sind, kann gewährleistet werden, daß keine Freiwilligen angenommen werden, die eine besondere Affinität zu militärisch-autoritären Denk- und Verhaltensweisen haben. Eine Freiwilligenarmee ist auch keinesfalls teurer als eine Armee mit Wehrpflichtigen. Volkswirtschaftlich gesehen ist die Wehrpflichtarmee die teuerste und ineffizienteste Lösung, da sie dem zivilen Sektor jährlich Zehntausende junge Männer entzieht und der Einsatzwert eines Freiwilligen zwei- bis fünfmal so hoch ist wie der eines Wehrpflichtigen. Eine weitere Verkürzung des Wehrdienstes auf vier bis sechs Monate, mit der ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild angesteuert wird, ist keine Lösung. Es ist nicht ersichtlich, für welche Aufgaben eine solche Kurzausbildung qualifizieren sollte, zumal das Territorium der Bundesrepublik nicht mehr bedroht ist.

# IUSY-Festival

1996 trafen sich 6000 junge Sozialistinnen und Sozialisten in Bonn zum Festival der International Union of Socialist Youth (IUSY).

Wir Jusos waren damals Gastgeber des größten sozialistischen Jugendtreffens der Welt und haben ein erfolgreiches Festival erlebt.

Seitdem hat sich viel getan. Unter dem beschönigenden Begriff der „Liberalisierung des Welthandels“ erleben wir einen Siegeszug des internationalen Kapitalismus. Die Börsen in New York und Frankfurt stürmen von einem Allzeithoch zum nächsten und unkontrollierte Finanzspekulationen treiben ganze Volkswirtschaften an den Rande des Ruins, während sich bei den „Shareholdern“ immer mehr Reichtümer anhäufen.

Auf der anderen Seite werden Teile der Welt von der wirtschaftlichen Entwicklung gänzlich abgekoppelt. Dies trifft insbesondere für Afrika südlich der Sahara, aber auch für Teile Lateinamerikas und Asiens zu. Gleichzeitig erleben wir Destabilisierungen und Auflösungen der staatlichen Institutionen, wie im Sudan oder Sierre Leone.

Als Sozialistinnen und Sozialisten beschränken wir unsere Politik nicht auf die Situation in Deutschland und Europa. Wir müssen unserer Verantwortung für die Entwicklung des Südens nachkommen. Stichworte sind dabei u. a. die Lösung der Schuldenkrise, die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und die grundlegende Reform der Welthandelsorganisation.

Ein Möglichkeit zur Diskussion dieser Themen bietet die IUSY. Sie ist der Zusammenschluß der sozialistischen Jugendverbände der Welt und stellt damit den Rahmen unserer internationalen Politik dar. In den letzten Jahren ist die IUSY stark gewachsen und hat neue Mitglieder vor allem in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, aber auch in Asien und Afrika gewonnen. Sie ist damit zu einer wirklichen internationalen Kraft geworden.

Diese Kraft wird sich auch vom 26. - 30. Juli in Malmö zeigen: dort werden 5000 Genossinnen und Genossen aus den Mitgliedsorganisationen der IUSY zusammenkommen. Sie werden eine Woche lang die „Kraft der Solidarität“ leben und zu den Themen „Zukunft der Arbeit“, „Gleichheit“ und „Solidarität“ arbeiten - und natürlich miteinander feiern.

Das Festival ist auch gelebte Solidarität - jede/r Teilnehmende aus Europa ermöglicht einer Genossin oder einem Genossen aus dem Süden die Teilnahme in Malmö.

Aus diesem Grunde wollen wir mit möglichst vielen Jusos nach Schweden fahren - CELEBRATE THE POWER OF SOLIDARITY.

=

=